

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Wittwoch, den 24. Mai 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis halbjährlich 3,00 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 26 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erhalten täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die festgesetzte Kolonnenzeile oder deren Raum 60 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Bekanntheitsanzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das festgesetzte Wort 30 Pfg. (zweifache Zeilenbreite). Jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Schließelanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Die Verfassung für Elsaß-Lothringen.

Nach außerordentlich langwierigen und verworrenen Kommissionsverhandlungen ist der Bericht über die elsass-lothringische Verfassung endlich vor das Plenum des Reichstages gebracht worden. Es handelt sich dabei um zwei Gesetzentwürfe. Der eine betrifft die eigentliche Verfassung der Reichslande, der zweite das Wahlgesetz zur Zweiten Kammer des künftigen elsass-lothringischen Landtages. Für die Sozialdemokratie liegt der Kernpunkt des ganzen Verfassungswerkes in der Gestaltung des Wahlrechts und erst wenn die Entscheidung darüber gefallen ist, wird die Fraktion endgültig Stellung zu der Frage nehmen können, ob sie die beiden Gesetzentwürfe im ganzen annehmen oder ablehnen soll.

In der Dienstagverhandlung wurde nur die zweite Lesung der Verfassung zu Ende gebracht; der Gesetzentwurf über das Wahlrecht zur Zweiten Kammer steht auf der Tagesordnung am Mittwoch. Die Debatten über die einzelnen Paragraphen der Verfassung nahmen einen überaus interessanten Verlauf, denn dabei gerieten alle Freunde heftig aneinander: die Konservativen mit der Regierung, das Zentrum mit den Konservativen, schließlich auch die elsassischen Zentrumsmitglieder mit der übrigen Zentrumspartei.

Bei der Verfassung handelt es sich um folgende hauptsächliche Streitpunkte: um die Erteilung von drei Bundesratsstimmen an die elsass-lothringische Regierung mitsamt der Bestimmung, daß diese Bundesratsstimmen nicht gezählt werden dürfen, wenn sie den Ausschlag zugunsten Preußens geben; um die Frage des Oberhauses, um die Ausgestaltung des Budgetrechts und endlich um den Sprachenparagraphen und den Religionsunterricht in den Schulen.

Die Debatte wurde eröffnet durch den konservativen Abgeordneten Wagner aus Sachsen, der im Tone heftiger Verhöhnung das konservative Oppositionsgeschrei gegen die Regierung aufnahm. Seine Partei hatte ihn offenbar vorgeschickt, um durch den Mund dieses sächsischen Richters beweisen zu lassen, daß nicht preussischer Partikularismus, sondern tiefster Erregung des konservativen Gemüts über die drei Bundesratsstimmen ihrer Opposition Worte verlieh. Diese Klagen über eine „Entrechtung Preußens“, in stark sächselndem Dialekt vorgetragen, wirkten aber nicht gerade überzeugend.

Als Herr Wagner mit den Worten geschlossen hatte, seine Partei könne einer direkten Ausnahmebestimmung gegen Preußen ihre Zustimmung nicht erteilen, ergriß sofort der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg das Wort. Er besaß auch heute wieder die Taktik, so kurz zu sprechen, wie er spärlich spricht. Aber die tiefe Erregung, in die ihn die Opposition seiner bisherigen besten Freunde versetzte, wirkte jedenfalls vorteilhaft auf seine rednerischen Leistungen ein. Er sprach mit Wärme dafür, daß den Wünschen des elsass-lothringischen Volkes nach einer gleichberechtigten Stellung im deutschen Staatswesen endlich Rechnung getragen werden müsse; dabei seien von allen Seiten Zugeständnisse erforderlich, um das Zustandekommen dieses großen Werkes zu ermöglichen. Manche seiner Redewendungen nahmen sich allerdings höchst wunderbar im Munde des Mannes aus, der früher im Deutschen Reichstage und noch kürzer im Preussischen Landtag alle nicht minder berechtigten Forderungen des preussischen und deutschen Volkes wegen Gewährung größerer Rechte abgelehnt hatte. Seine angebliche staatsrechtliche Philosophie von den „gewollten Abhängigkeiten“ der Untertanenschaft war noch frisch im Gedächtnis aller Hörer, und wenn er jetzt mit vibrierender Stimme dem Nachgeben gegen den Volkswillen das Wort redete, so lieferte er damit einen sprechenden Beweis dafür, daß Not nicht nur beten, sondern auch reformieren lehrt, und daß man dem „Unannehmbar“ der preussisch-deutschen Macht-haber heute weniger Gewicht beizumessen braucht, als je zuvor.

Für die Sozialdemokratie gab Genosse Böhle die Erklärung ab, unsere Partei halte zwar grundsätzlich fest an ihrem Standpunkt, daß das elsassische Volk Anspruch auf die volle Souveränität in der Gestaltung seiner Geschichte habe. Die Fraktion werde aber die darauf abzielenden Anträge, nachdem sie einmal in der Kommission von allen Seiten abgelehnt worden seien, hier nicht wiederholen; sie stimme aber gegen das Oberhaus und andere Einrichtungen. Andererseits könne die Sozialdemokratie anerkennen, daß in den Kommissionsbeschlüssen über das Verfassungswerk in vielen Punkten ein Fortschritt gegenüber dem jetzigen Zustande erreicht worden sei. So vor allem in der Erteilung der drei Bundesratsstimmen, gegen deren Ausnutzung zugunsten der preussischen Uebermacht die getroffene Ausnahmebestimmung einen Riegel vorschleibe. Mit den Konservativen und uns aneinanderzusehen, halte er für überflüssig, da eine Verständigung mit ihnen doch absolut unmöglich sei.

Ramen der Zentrumspartei sprach der Abgeordnete Schädeler aus Bayern, der in den letzten Jahren nur selten das Wort ergriffen hatte. Er betonte gleich im Anfang, das, was die Konservativen an der Vorlage bekämpfen, sei für das

Zentrum gerade das Erfreuliche an ihr, nämlich die Gewährung der drei Bundesratsstimmen an Elsaß-Lothringen. Denn das Reichsland werde dadurch auf den Weg zu einem wirklichen, vollberechtigten Bundesstaat gebracht. Ganz auf den Standpunkt der Kommissionsvorlage stellten sich der nationalliberale Herr Bassermann und für die Freisinnigen Herr Müller-Reiningen, mit einigen Wenn und Aber auch der freikonservative Abgeordnete v. Dirksen, dessen Partei als Bedingung für ihre Zustimmung den Sprachenparagraphen in das Gesetz hineingebracht hat. Gerade an diesem Sprachenparagraphen nahm jedoch der Graf Mielczynski Anstand, der erklärte, daß die polnische Partei wegen der nationalen Unterdrückung, unter der sie leide, der Regierung nicht freie Hand in der Regelung der Sprachenfrage geben könne. Der Antisemit Graef stellte sich ganz auf den ablehnenden Standpunkt der Konservativen.

Als aber auch der Zentrumschef Gauß seine elsassischen Freunde erklärte, daß sie in der Bestimmung wegen Nichtanzwendung der drei Bundesratsstimmen zugunsten Preußens ein „Ausnahmegesetz gegen Preußen“ erkennen, löste er schallende Heiterkeit aus. Hatte er so schon ein starkes Mißtrauen gegen seine sonst mit großer Wärme dargelegte oppositionelle Haltung gegenüber dem Gesetz erweckt, so wurde die Situation für ihn noch peinlicher, als er Klage darüber führte, daß in dem Gesetz der Kaiser als elsass-lothringischer Staatsoberhaupt eingesetzt würde. Denn flugs nagelte ihn Genosse Emmel durch einen kräftigen Zwischenruf darauf fest, daß seine eigene Partei bei früheren Gelegenheiten gerade diese Stellung des Kaisers in Elsaß-Lothringen verlangt habe.

Dem lächelnden Herrn Wagner ließen die Konservativen nunmehr einen echt-preussischen Junker an die Seite treten: Niemand anders als Herr von Oldenburg-Januschau. Brillant war dieser Sekundant allerdings nicht, wohl aber recht amüßig. Denn es war wirklich ein Schauspiel für lustige Götter, als der Oldenburg in einem Atemzuge den Bethmann Hollweg als einen Attentäter auf die Ehre und das Ansehen Preußens denunzierte und ihn dann als unseren hochverehrten Herrn Reichskanzler bescomplimentierte. Mit veruudertem Kopfschütteln zählte er dann auf, wie er in den letzten Jahren durch die beständigen Wandlungen in den Anschauungen der Regierung aus einer Verlegenheit in die andere gebracht sei. So habe Bethmann Hollweg in Preußen das allgemeine Wahlrecht mit der Floskel von der gottgewollten Abhängigkeit von der Hand gewiesen, und jetzt mude man ihm, dem Oldenburger, zu, er solle hier für das allgemeine Wahlrecht stimmen. Den Schlußeffekt seiner Rede spitzte er auf die gleichzeitige Verfundung seiner Königstreue und seines Abscheus gegen die Sozialdemokratie zu.

Den konservativen Vorwurf, die Ehre und das Ansehen Preußens angetastet zu haben, wollte Bethmann Hollweg nicht auf sich sitzen lassen. Er erklärte als Preuße volles Verständnis für die Januschauerlichen Schmerzen zu haben. Aber das Opfer, das Preußen bringe, sei ein Gebot der Notwendigkeit, sonst hätte die Regierung die Vorlage nur gleich begraben lassen können. Die Liberalen entzündete er durch die Redewendung, daß ein entschlossenes Vorwärtsgen mit den preussischen Traditionen trefflich verträglich. Der Staatssekretär Delbrück unterstützte seinen Chef durch Aufzählung aller der konservativen Einrichtungen, die in dem Verfassungswerk enthalten seien.

Dann ergriff Genosse Frank das Wort, um mit den konservativen Angriffen auf die Sozialdemokratie gründlich abzurechnen. Großen Eindruck erzielte er, als er erwähnte, daß der nämliche Herr v. Januschau, der seinen Abscheu vor dem allgemeinen Wahlrecht Ausdruck gab, in der Kommission selbst dafür gestimmt habe. Herr v. Oldenburg ließ sich beikommen, in einer persönlichen Bemerkung diesen Schlag zu variieren. Er bekannte unverzoren, daß er für das allgemeine Wahlrecht gestimmt habe, weil vorher die Regierung erklärt hatte, so etwas sei für sie unannehmbar; er habe somit gehofft, auf diese Weise die Vorlage zu Fall zu bringen. Mit einem Ausbruch schallender Heiterkeit und Zurufen der Entrüstung quittierte die Linke für dieses echt Januschauerliche Bekenntnis zur parlamentarischen Sabotage.

Bei der nunmehr erfolgenden Abstimmung wurden die ersten beiden Paragraphen gegen die Stimmen der Konservativen und Antisemiten angenommen. Dann kam es noch zu einigen kürzeren Debatten über einzelne Paragraphen der Vorlage. Genosse Emmel begründete unsere ablehnende Haltung gegen die Errichtung eines Oberhauses und Genosse Ledebour wandte sich gegen die Einschränkung des Budgetrechtes, die in dem Paragraphen 5 nach dem Muster der württembergischen Verfassung vorgesehen ist. Gegen jene beiden angefochtenen Bestimmungen stimmte die Sozialdemokratie zunächst. Da aber die konservative Partei in der Verfolgung der oldenburgischen Sabotage aus ganz verworrenen Gründen den ganzen Paragraphen beseitigen wollte, stimmte die Sozialdemokratie bei der Abstimmung über den ganzen Paragraphen mit Ja.

Eine längere Auseinandersetzung gab es über den Sprachenparagraphen, der den gegenwärtigen Zustand in bezug auf die Anwendung der französischen Sprache neben der deutschen in der Verwaltung und in der Schule kodifizieren will. Auch hiergegen machten die Elsässer heftige Opposition. Sie fanden dabei merkwürdigerweise

wieder die Unterstützung der Konservativen, die einen Paragraphen zur Legalisierung konfessioneller Schulen eingebracht hatten. Der elsassische Pfarrer Desfor legte sich mit zudendem Eifer dafür ins Zeug. Das führte abermals zu einer Sensation. Herr Gröber vom Zentrum erklärte die konservative Forderung konfessioneller Schulen für überflüssig und trat dem Kollegen aus dem Elsaß scharf entgegen. Dabei gab er seine eigenen elsassischen Fraktionskollegen wegen ihrer widerspruchsvollen Ausführungen dem Spott preis.

Dann legte auch Genosse Vebel in einer ebenso frischen wie packenden Rede die Haltung der Sozialdemokratie zur Sprachenfrage dar. Er erklärte, daß die Sozialdemokraten nur mit schwerem Herzen für viele Bestimmungen des Gesetzes gestimmt haben; sie wollten aber alle Zugeständnisse machen, die sich mit ihren Grundsätzen vereinigen ließen. Für die Uebertragung der Verfügungsfreiheit in der Sprachenfrage an die Regierung könne die Partei aber ohne wesentliche Bedenken stimmen, da bei den elsass-lothringischen Verhältnissen eine Drangsalierung der französisch sprechenden Bevölkerung nicht zu erwarten sei. Gleiche Vollmachten gegenüber den Polen oder Dänen würde die Sozialdemokratie der preussischen Regierung aber nie und nimmer in die Hände geben. Bei der Abstimmung wurden die konservativen und elsassischen Anträge dann mit großer Mehrheit abgelehnt und der Sprachenparagraph angenommen.

Um 7 1/2 Uhr war die zweite Lesung der Verfassung beendet. Am Mittwoch steht die zweite Lesung des Wahlgesetzes auf der Tagesordnung.

Das Versicherungsgesetz für Angestellte.

Bereits vor einigen Monaten hatte die Regierung der öffentlichen Kritik den Entwurf eines Gesetzes unterbreitet, der die Versicherung der Privatangestellten für den Fall der Invalidität und des Alters und ferner im Falle des Todes den Hinterbliebenen der Versicherten die Bezüge einer Wittwen- und Waisenrente gewähren sollte. Der Entwurf hat in den beteiligten Kreisen verschiedene Beurteilung erfahren. Während der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband seine Zustimmung mit ihm aussprach, erhob man von anderer Seite, besonders vom Zentralverband der Handlungsgehilfen und dem Bunde der technisch-industriellen Beamten lebhaften Bedenken gegen mehrere der grundlegenden Bestimmungen. Schließlich kam noch der Zentralverband Deutscher Industrieller, der besonders lebhaft die Unantastbarkeit der Vergütungsklassen betonte, die er an Stelle der Reichsversicherung setzen wollte.

Der Gesetzentwurf hat nun den Bundesrat passiert und ist an den Reichstag gelangt, der ihn im Herbst noch verabschieden will.

An Änderungen erheblicher Art treten nur die Bestimmungen über die Pensionsklassen hervor. Man ist den Wünschen des Zentralverbandes deutscher Industrieller weit entgegengekommen; die Angestelltenverbände, soweit sie sich nicht im Schlepptau des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes befanden, haben mit ihrer Forderung auf Streichung der Gehaltsrenten für die Versichertenpflicht, Gewährung höherer Leistungen, größeren Einfluß der Versicherten auf die Verwaltung der Reichsversicherungsanstalt, Angliederung der Versicherung an die Allgemeine Invalidenversicherung keinen Erfolg zu verzeichnen gehabt.

Die Versicherung soll sich auf rund 1800000 Personen im Handelsgewerbe, auf Techniker, Betriebsbeamte und Werkmeister, auf Bureaubeamte (darunter Gewerkschaftsangestellte, Redakteure und Rassenangestellte), auf Lehrer, Ergieher, Wägen- und Orchestermitglieder, Offiziere der Schiffsbesatzung erstrecken, soweit das Gehalt dieser Angestellten jährlich 5000 M. nicht übersteigt.

Die Versicherung wird nach Gehaltsklassen abgestuft;

Gehaltsklasse	A	B	C	D	E	F	G	H	J
	von mehr als	550	850	1150	1500	2000	2500	3000	4000
	bis zu	550	850	1150	1500	2000	2500	3000	4000

Nach diesen Gehaltsklassen regelt sich der Beitrag, der je zur Hälfte vom Unternehmer und dem Angestellten zu leisten ist. Der Monatsbeitrag wird für alle Versicherten derselben Gehaltsklasse gleich hoch bemessen. Er beträgt bis auf weiteres:

in Gehaltsklasse	A	B	C	D	E	F	G	H	J
	1,00	3,20	4,80	6,80	9,00	13,20	16,00	20,-	26,00

Zu berücksichtigen ist dabei, daß die Handlungsgehilfen, die Betriebsbeamten, Techniker und Werkmeister und einige andere Berufsberechtigten, sofern ihr Gehalt unter 2000 M. beträgt, außerdem als Pflichtversicherte der allgemeinen Invalidenversicherung angehören und dort Beiträge zahlen müssen.

Als Unterstützung wird ein Ruhegeld bei Vollendung des 65. Lebensjahres gewährt. In der Reichsversicherungordnung ist das 70. Lebensjahr beibehalten worden. Ferner wird das Ruhegeld für den Fall der Invalidität dem Versicherten dann zugesprochen, wenn seine Erwerbsfähigkeit für seinen Beruf unter die Hälfte sinkt, und nun das Ruhegeld und das Gehalt des Ver-

sicherer daß in den letzten fünf Jahren durchschnittlich bezogene Gehalt nicht übersteigen.

Das Ruhegeld beträgt nach Zahlung von 120 Beitragsmonaten ein Viertel dieser Beiträge; die darüber hinausgehenden Beiträge werden mit einem Viertel in Anrechnung gebracht.

Bei weiblichen Versicherten kann die Rente nach 60 Beitragsmonaten bezahlt werden; sie beläuft sich dann auf ein Viertel der gezahlten Beiträge.

Für die Witwe, die ohne Rücksicht auf ihre Hilfsbedürftigkeit eine Rente erhält, beträgt diese Rente 2/3 des Ruhegeldes.

Nach der Reichsversicherungsordnung soll die Witwenrente nur dann ausbezahlt werden, wenn die Witwe zwei Drittel ihrer Erwerbsfähigkeit eingebüßt hat.

Die Waisen erhalten bis zum 18. Jahre je ein Fünftel, Doppelwaisen je ein Drittel des Betrages der Witwenrente. Witwen und Waisenrente dürfen zusammen den Betrag des Ruhegeldes nicht übersteigen, das der Erzhörer zur Zeit seines Todes bezog oder bei seiner Berufsunfähigkeit bezogen hätte.

Für die ersten zehn Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes ist die Wartezeit für die Witwenrente auf fünf Jahre herabgesetzt.

Weibliche Versicherte, die aus einer versicherungspflichtigen Beschäftigung ausscheiden und die Versicherung nicht fortsetzen wollen, können die Gewährung einer sogenannten Leibrente beantragen, die nach einer noch aufzustellenden Skala berechnet werden soll. Wie hoch diese Rente sein wird, kann vorläufig nicht einmal vermutet werden.

Die Organisationsfrage ist wie im Vorentwurf gelassen. Der Rentenausschuß prüft unter Hinzuziehung der Versicherten und der Unternehmer und entscheidet auch in erster Instanz über Rentenansprüche. Gegen die Entscheidung ist Berufung an das Schiedsgericht zulässig und Revision an das Oberschiedsgericht in Berlin. Die finanzielle Verwaltung ruht in den Händen der Reichsversicherungsanstalt, der ein Verwaltungsrat aus Versicherten und Unternehmern mit einigen gutachtlichen Befugnissen beigeordnet ist.

Bedeutend ist, wie schon erwähnt, die Stellung der Pensionsklassen. Hier ist der Entwurf den Industriellen entgegengekommen. Der erste erschien gerade nach der Richtung sympathisch, daß er den Pensionsklassen nur in sehr beschränktem Maße ein Sonderrecht zuekannte.

Die Stellung unserer Partei zu den Pensionsklassen der Fabrikbetriebe ist bekannt. Solche Klassen sind für den Angestellten nur eine Fessel; sie hemmen die freie Bewegung, weil mit dem Austritt aus dem Betriebe auch die Ansprüche an die Klasse verlorengehen. Natürlich sind die Unternehmer darauf bedacht, gerade dieses Mittel ihren Zwecken weiter dienlich zu machen.

Die Vorgabe hat nun diese Klassen in Zuschußklassen und Ersatzklassen geteilt. Die Zuschußklassen sollen wie im ersten Entwurf die Beiträge für die Mitglieder ihrer Klassen an die Reichsversicherungsanstalt in Höhe der im Gesetz vorgesehenen Beiträge abliefern. Beim Rentenanspruch entscheidet der Rentenausschuß und die Reichsversicherungsanstalt zahlt die Rente für den Versicherten an die Pensionskasse, die wieder diese Rente auf ihre Leistungen anrechnen kann. Treibt der Versicherte aus der Pensionskasse aus, bleibt ihm doch sein Anspruch aus der Reichsversicherung.

Die Ersatzklassen, von denen man annimmt, daß sie keine größeren Leistungen übernehmen können, sollen nur für den Fall des Rentenbezuges eines Versicherten ein Deckungskapital an die Reichsversicherungsanstalt einzahlen. Wie hoch das Deckungskapital bemessen wird, läßt sich nicht feststellen; es besteht nur das Bedenken, daß bei einer niedrigen Bemessung den Klassen Vorteile gegen die andern Versicherten gewährt werden können und damit der alte Mißstand bestehen bleibt. Zu bemerken ist allerdings, daß neue Klassen nicht mehr zugelassen werden.

Die Vorlage hat alle Mängel, die der Vorentwurf enthielt, aufgeschriebelt und einen neuen hinzugefügt: die Begünstigung der Pensionsklassen. Der große Fehler bleibt aber, daß die ganze Versicherung nicht im Anschluß an die Reichsversicherungsordnung geregelt wurde. Hier wäre der organische Aufbau zu höheren Versicherungsklassen möglich gewesen und die Einrichtungen der Arbeiterversicherung hätten auch diesem Zweige der Sozialversicherung dienstbar gemacht werden können. Das Ergebnis ist: die Zersplitterung in der Arbeiterversicherung wird fortgesetzt — nicht zum Nutzen der Versicherten.

Die Wahl in Stuttgart.

In der württembergischen Kammer brachte Genosse Heimann am Dienstag bei der Beratung des Etats des Innern den „Staatsanzeiger“-Artikel zur Sprache, aus dem allgemein gefolgert wurde, daß die württembergische Regierung den Genossen Lindemann im Falle seiner Wahl nicht bestätigt haben würde. Die Debatte nahm, wie uns ein Privattelegramm meldet, folgenden Verlauf:

Genosse Heimann führte unter anderem aus: „Der Artikel werde allgemein als eine Desavouierung der früheren Haltung der Regierung gegen Ortsvorsteherwahlen aufgefaßt. Die von dem Artikel angemessene Zensur fordere die schärfste Zurückweisung heraus, weil der „Staatsanzeiger“ ein Organ des Staates und seine Redakteure Staatsbeamte seien. Ob die Regierung weiterhin ein Recht habe, als über den Parteien stehend betrachtet zu werden, hänge wesentlich davon ab, wie sie die Haltung ihres Organs rechtfertige. Der Artikel enthalte eine Klassifizierung und Diskualifizierung größerer Wählerkategorien. Er habe den gegen das allgemeine, direkte und geheime Wahlrecht auftretenden konservativen Tendenzen unmittelbar Vorschub geleistet. Mit der Aufstellung eines Oberbürgermeisterkandidaten habe die Sozialdemokratie nicht einen Gewaltsanspruch oder einen Anspruch auf Massenherrschaft erhoben, wie der Artikel behaupte, sondern nur den Anspruch auf gesetzlich garantiertes Recht. Im übrigen sei weder in der Verfassung noch in der Gemeindeordnung ein Grund für die eventuelle Nichtbestätigung zu finden. Noch 1904 habe der Minister ausdrücklich erklärt, daß eine Bestätigung wegen der Parteizugehörigkeit nicht verweigert werden könne. Die sozialdemokratische Partei betrachte den „Staatsanzeiger“-Artikel als eine Herausforderung.“

Minister Dr. von Fischer erklärte, der Artikel im „Staatsanzeiger“ sei reine Redaktionsarbeit und vollständiglich von der Redaktion allein ausgegangen. Regierung und Krone hätten zu der Frage der Bestätigung des sozialdemokratischen Kandidaten keine Stellung genommen. Durch die Wahl des bürgerlichen Kandidaten sei sie dessen überhoben worden. Die Regierung als solche sei an der Freude der Redaktion des „Staatsanzeigers“ über den Ausfall der Wahl nicht beteiligt, denn die Regierung sei ein unpersönliches Wesen. Er selber aber habe eine große und tiefe Freude über das Wahlergebnis gehabt. Mit Rücksicht darauf, daß durch dieses Wahlergebnis die Haupt- und Residenzstadt Württembergs von der nahegelegenen Möglichkeit, ein sozialdemokratisches Stadtoberhaupt zu erhalten, befreit worden sei. Er hätte eine sozialdemokratische Oberbürgermeisterschaft schon mit Rücksicht auf die sehr naheliegende Gefahr eines ge-

wissen Abhängigkeit des Stadtoberhauptes von den Beschlüssen der Parteileitung für sehr wenig erwünscht gehalten. Namentlich freue er sich aber auch deshalb über das Ergebnis, weil durch dasselbe die Regierung jeder weiteren Erwägung entzogen worden sei, ob eine solche Wahl mit dem Wohle der Stadt vereinbar sei oder nicht. Der Zweifel, ob die Bestätigung einer sozialdemokratischen Oberbürgermeisterschaft in der Residenzstadt erfolgen könne, sei ein in weiten Kreisen gehetzter Gegenstand.

In der weiteren Debatte weiterte der konservative Dieblung gegen das allgemeine gleiche Wahlrecht zum Landtag und in der Gemeinde. Der Führer der Zentrumspartei von Niene erklärte, in den offiziellen Erklärungen des Ministers sei nicht die Antwort gegeben, die er von dem Minister erwartet habe. Ein Staatsweifen darf seinen Feind nicht selbst großziehen und auch nicht an die Spitze des größten Gemeinwesens stellen. Genosse Keil stellte fest, das wichtige Resultat der Debatte sei, daß ein Vertreter des Bundes der Landwirte offen seine Gegnerschaft zum allgemeinen Wahlrecht ausgesprochen habe. Aus den Erklärungen des Ministers gehe hervor, daß, wer eine sozialdemokratische Ueberzeugung habe, damit ein Mensch minderen Rechts sei. Wenn die württembergische Regierung die Bestätigungsfrage in einem solchen Falle anders ansehe als in anderen Fällen, so beweise eben damit auch die württembergische Regierung, daß sie nicht aus ihrer Haut heraus könne und einseitig vorgehe. Die württembergische Regierung habe die brutale Niedertracht der Sozialdemokratie seither nicht betriebe, aber sie habe durch ihre heutige Erklärung bewiesen, daß sie die Sozialdemokratie anders ansehe als die anderen. Das werde die Sozialdemokratie sich merken und das werde ihre Haltung der Regierung gegenüber beeinflussen.

Auf eine weitere Provokation des Führer des Zentrums erklärte der Minister v. Fischer, daß er allerdings schwere Bedenken gegen einen sozialdemokratischen Oberbürgermeister habe; es müsse vor allem auch darauf hingewiesen werden, daß sich seit seiner Erklärung vom Jahre 1904 manches geändert habe. Es sei vor allem auf dem Magdeburger Parteitag der revolutionäre und republikanische Charakter der Partei betont und der Revisionismus über Bord geworfen worden. Er erinnere auch daran, daß nach auf der letzten Landesversammlung der württembergischen Sozialdemokratie der Landtagsfraktion ein Mißtrauensvotum ausgesprochen und damit der Revisionismus gleichfalls abgetan worden sei. Würde ein sozialdemokratischer Kandidat sich auf einen Beschluß verpflichten, wie er bei der letzten Oberbürgermeisterwahl dem Kandidaten Lindemann von der Parteileitung unterbreitet worden war, wonach der Gewählte sich nach dem Willen der Organisation zu richten hat, so könnte ein solcher Kandidat natürlich nicht bestätigt werden. Bei dem weiteren Beschluß, der dann gefaßt und durch den der Kandidat lediglich auf die Beschlüsse der Partei verpflichtet wurde, sei nicht gesagt, ob es sich nur um vergangene Beschlüsse oder auch um die zukünftigen handelte.

Darauf wurde die Debatte vertagt. Die Rede des Ministers und die Betonung der „großen Vorsicht“, die gegen einen sozialdemokratischen Bürgermeister gelbt werden müsse, läßt deutlich erkennen, und das hat ja Gen. Keil trefflich hervorgehoben, daß eben Sozialdemokraten anders und schlechter behandelt werden als andere Staatsbürger. Herr v. Fischer möchte es mit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion nicht ganz verderben, andererseits die bürgerlichen Parteien darüber beruhigen, daß in der Praxis der Sozialdemokrat nicht bestätigt werden wird. Aber dieses Spiel ist zu durchsichtig, um nicht durch sich aus zu werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. Mai 1911.

Deutschland und der amerikanische Schiedsvertrag.

Das amerikanische Staatsdepartement erklärte, wie aus Washington telegraphiert wird, neuerlich, der Entwurf des Schiedsgerichtsvertrages bilde die Grundlage, auf der Amerika mit jedem Lande in Unterhandlungen einzutreten bereit sei, das einen solchen Wunsch hege. Deutschland sei aufmerksam gemacht worden, daß derselbe Entwurf auch Deutschland zur Verfügung stehe, falls es dafür Interesse habe. Der Entwurf sei Frankreich und England zugegangen, nur weil beide den Schiedsgerichtsgebanten, den Text in seiner Rede vom Dezember angeknüpft habe, zu erfüllen wünschten.

Offiziell wird dazu bemerkt: Wir sind in der Lage, Bestätigen zu können, daß das Staatsdepartement in der Tat die Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben hat, mit Deutschland einen analogen Schiedsvertrag abzuschließen, eine Erklärung, die die deutsche Regierung mit sympathischem Interesse entgegengenommen hat.

Das ist also mehr eine höfliche Ablehnung als eine Annahme der amerikanischen Ablehnung. Aber seit der Rede Bismarcks weiß man ja, daß die deutsche Regierung ersten Schiedsgerichtsverträgen feindlich gegenübersteht.

Nationalliberale und Sozialdemokratie.

Der Abg. Stresemann hat Montag, den 22. Mai, in den Prachtzügen des Westens zu Berlin in einer jungliberalen Versammlung einen politischen Vortrag gehalten. Besondere Weisheiten hat er dabei nicht ausgekratzt, aber es lohnt sich im Hinblick auf die kommenden Reichstagswahlen doch festzuhalten, daß er mit Nachdruck betonte:

Der größte bestehende historische Gegensatz ist der zwischen Sozialismus und Liberalismus.

Ich hoffe, die nationalliberale Partei — und so lange ich in ihr wirke, werde ich in diesem Sinne wirken — wird sich nie dazu hergeben, einem Sozialdemokraten ihre Stimmen zu leihen.“

Herr Stresemann hätte sich diese feierliche Beteuerung sparen können. Eine andere Stellungnahme hat kein vornehmlicher Mensch von den nationalliberalen Heiden erwartet.

Ungefähr in dasselbe Horn wie Herr Stresemann blies der nationalliberale Landtagsabgeordnete Dr. Lohmann am Sonntag auf dem Vertretertage des nationalliberalen Verbandes für Ost- und Westpreußen in Pöthen. Herr Dr. Lohmann erklärte in seinem Vortrage über die politische Lage im Reich und in Preußen:

„Richtig ist es, von dem Kommando der nationalliberalen Partei nach links zu sprechen. Bei Stichwahlen zwischen Konservativen und Sozialdemokraten werden wir immer den Konservativen unsere Stimmen geben. Aber von den Konservativen haben wir eine entsprechende Anerkennung noch nicht gehört. Es gibt keinen Schmarh der Nationalliberalen nach links, sondern nur einen lebhaften Wunsch der Konservativen, daß wir nach links marschieren.“

„Herr Dr. Lohmann sagte auch: „Wir sind ausgesprochene Schutzgöllner und lassen daran nicht rütteln.“ Dann stellte er fest, daß die Nationalliberalen nicht in Ostpreußen eingedrungen, sondern von der Bevölkerung gerufen worden wären. Die Politik des konservativen Führers v. Heydebrand kennzeichnete er als „Desperado-Politik“.

Das Herr Lohmann und seine Freunde nicht hindern wird, diese „Desperado-Politik“ zum größten Teile mitzumachen. Denn das bißchen Raubgiererei zwischen Nationalliberalen und Konservativen im Osten ist wirklich nicht ernst zu nehmen. Die Abneigung gegen „links“ ist beiden gemeinsam.

Freisinnig-nationalliberaler Kuhhandel.

Die zwischen den Freisinnigen und Nationalliberalen gepflogenen Verhandlungen über ein gemeinsames Vorgehen in den Kreisen Pommern-Geländkirchen, Dörmund, Hamm-Soest, Altens-Heerlobn, Dagen, die in Hagen gepflogenen worden sind, haben zu keinem Resultat geführt. Am 31. Mai soll nochmals eine Verständigung versucht werden.

Das ergrimte Zentrum.

Die „Kölnische Volkszeitung“ ist über die durch die Spaltung der Konservativen erfolgte Annahme des Feuerbestattungsgesetzes tödlich erzürnt. Sie schreibt:

„Für den Liberalismus war es eine Wackfrage und eine Wackprobe, das wurde mit jedem Tage offenkundiger. Es ist wenig verwunderlich, daß die preussische Regierung dem Liberalismus so entgegenkam, sie ist jetzt mindestens zu zwei Dritteln aus liberalen Parteigängern zusammengesetzt, liberal wenigstens in allen kulturellen und Weltanschauungsfragen.“

Aber daß konservative dem Liberalismus einen so billigen Triumph in dieser ausdrücklichen zur Weltanschauungsfrage gewordenen Wackprobe gewährt, zeigt von einem bedauerlichen Mangel an Klarheit der politischen Ueberzeugungen und Weltanschauung, von einer großen politischen Kurzsichtigkeit einer beträchtlichen Anzahl konservativer... Solche Nullarbeit mit solchen Zugeständnissen nach links in Weltanschauungsfragen wird sich rächen... Die Stärke der konservativen Partei und ihr großes moralisches Gewicht stützen aus ihrer positiv christlichen Grundlage, auf der das gläubige protestantische Volk steht. Wird diese Grundlage unsicher, wird die positiv christliche Weltanschauung mit Zugeständnissen nach links vermischt und verdunkelt, verwischt sich auch die Grenzlinie nach links. Dann wird es schwer sein, noch zu unterscheiden zwischen Konservativen und Nationalliberalen, zumal in Preußen. Zwischen freikonservativen und Nationalliberalen ist dieser Unterschied heute schon kaum sichtbar geworden und er wird sofort ganz verschwinden, sobald die Nationalliberalen vollends Regierungspartei geworden sind.“

Die Konservativen werden diese Abkantung mit Gelassenheit hinnehmen, denn sie wissen ja, daß das Zentrum in allen wichtigen politischen Fragen doch mit ihnen zusammengeht. Nur in der Wahlrechtsfrage könnte es den Konservativen unangenehm werden. Aber wenn es in dieser Frage künftig den Junkern minder eifrige Schleppenträgerdienste leisten sollte, wird das sicherlich auf die Empörung der schmachvoll betrogenen Volksmassen und nicht auf die Verärgerung wegen des Feuerbestattungsgesetzes zurückzuführen sein!

Die Nachwahl im IV. Berliner Landtagswahlbezirk.

Bei der Nachwahl im IV. Berliner Landtagswahlbezirk wurde am Dienstag der Abgeordnete Kreitzing mit 245 Stimmen wiedergewählt, während auf unseren Genossen Max Grünwald 194 Stimmen entfielen. Von den freisinnigen Wahlmännern fehlten 16, von den sozialdemokratischen 6; ferner wurden 2 Mandate von freisinnigen und 12 von sozialdemokratischen Wahlmännern wegen nicht vorgeschrittener Zusammensetzung der Wahlvorstände kassiert.

Eine Landtagsersatzwahl in Bayern.

Im pfälzischen Landtagswahlkreis Frankenthal-Darlsheim hat am Montag eine Ersatzwahl stattgefunden. Der bürgerliche Kandidat, Konmerzlerat Kopp, der sich liberal nennt, erhielt 5101, der sozialdemokratische Kandidat, Rechtsanwalt Adermann, erhielt 4717 Stimmen. Obwohl sich auf den liberalen Konmerzlerat die Stimmen der Liberalen, Bauernbündler und des Zentrums vereinigten, hatte er knapp 400 Stimmen Mehrheit. Der Zuwachs der sozialdemokratischen Stimmen beträgt gegen die Hauptwahl 1704 oder 56 Prozent. Die bürgerlichen Parteien haben gegen die Hauptwahl, bei der das Zentrum einen eigenen Kandidaten neben dem liberal-bauernbündlerischen aufgestellt hatte, 264 Stimmen verloren.

Die Pfälzische Tagespost bezeichnet das Ergebnis der Frankenthaler Wahl als eine der schwersten Niederlagen, die die bürgerlichen Parteien seit der Reichsfinanzreform und der bayerischen Steuerreform erlitten haben.

Die „Entschädigung“ für die Opfer des Essener Meineidsprozesses.

Nach einer Meldung aus Essen ist dem Genossen Ludwig Schröder für die unschuldig verübte Untersuchungshaft und für die vom 3. Oktober 1895 bis zum 3. April 1898 erlittene Zuchthausstrafe aus Anlaß des Essener Meineidsprozesses vom Justizministerium eine „Entschädigung“ von 5250 M. zugesprochen worden. Der Bergmann Friedrich Ehiel, der sechs Monate Gefängnis unschuldig verübte, erhielt eintausend Mark zugebilligt; er hatte 2000 M. beantragt. Die Entschädigungen für die übrigen Opfer des Justizmordes sind noch nicht geregelt. Die Ansprüche des dauernden Siechtums verfallenen Bureaubeamten Johann Reyer stellen sich auf 50 000 M. Selbstverständlich bedarf es keines Hinweises, daß die Qualen der Zuchthausmarter und die daraus entstandenen körperlichen und seelischen Leiden durch keinerlei „Entschädigungen“ aufgewogen werden können.

Hinge vor dem Kriegsgericht.

Der bekannte Arbeitwilligenhüpfing Hinge, der seine schätzenswerte Kraft überall zur Verfügung stellte, wo Arbeiter mit den Unternehmern im Kampfe standen, hat sich auch in Leipzig betätigt. Im Monat Mai 1910 rückte er dort mit seiner Kolonne ein, um den Kofferfabrikanten, deren Sattler streikten, Hilfe zu leisten. Als ein Streikposten der Kolonne zurief: „Hier wird gestreikt“, sprang Hinge vom Wagen und drückte den Posten an: „Holt's Maul, Du Affe!“ Ein Kriminalbeamter hatte zunächst „keine Zeit“, den Roman des Weidwiders festzustellen, versprach dann aber, ihn dem Streikposten schriftlich mitzuteilen. Einen Tag später, als einige Hingebüder wieder abreisten, schrieb Hinge auf dem Berliner Bahnhof einen Ausständigen, der vorher in Gohlis Streikposten gestanden, jetzt aber seine Frau zur Bahn begleitet hatte, an: „Verfolgt Du mich immer noch, Du Lump! Vagabund, Quabertump verflucht, ich bog Dir eine ein!“ Als der Sattler sich nach einem Schutzmann umsaß, verübte Hinge schamlos in einer Drohsche.

Wegen dieser Delikte hatte sich Hinge, der als unsicherer Geerepflichtiger zum 3. ostpreussischen Grenadierregiment eingezogen wurde, vor dem Kriegsgericht der zweiten Division in Rastenburg zu verantworten. Er fand milde Richter, denn das Gericht verurteilte ihn wegen öffentlicher Beleidigung in zwei Fällen, begangen vor dem Diensteintritt, zu 3 (drei) Mark und 5 (fünf) Mark Geldstrafe, eventuell je einen Tag Haft.

Die heftige Wahlreform. Die heftige Erste Kammer hat die Wahlreformvorlage in der von der Zweiten Kammer festgelegten Form angenommen.

Einmarsch der Franzosen in Fes.

Tanger, 23. Mai. Die Kolonne des Generals Moirier ist am 21. Mai abends ohne Schwertstreich in Fes eingerückt. Alle Europäer sind wohlhaft. Dieser unblutige Einmarsch in das „belagerte“ Fes stellt die von der Presse der französischen Marokkotreiber verbreiteten Lärmschreie über die bedrängte Lage des Sultans und der eingeschlossenen Europäer in das rechte Licht.

Im Kulujagebiet schlagen sich die Franzosen mit den Eingeborenen herum. Die Artillerie beschießt Ansiedlungen angeblich feindlicher Marokkaner, wodurch die Erbitterung gegen die fremden Eindringlinge natürlich gesteigert und Anlaß zu immer neuen Zusammenstößen gegeben wird. Das Wohl auch der Zweck der Uebung sein soll. Denn sonst würde sich die Konzentration des ca. 20000 Mann starken Kulujakorps von den Franzosen nicht rechtfertigen lassen.

Zur Abwechslung soll wieder einmal ein neuer Gegenstand aufgefunden sein und zwar ein Scherif Djibula, der sich den Namen des früheren Präsidenten, Du Samara, zulegte. Der bekannte „Gouverneur“ Raissuli und spanische Agenten sollen den neuen Präsidenten unterstützen. Da das Gegenstands spielen in Marokko aber etwas ziemlich Alltägliches ist, braucht man diesen neuen Fall nicht besonders ernst zu nehmen.

Oesterreich.

Zweijährige Dienstzeit.

Budapest, 23. Mai. Die Regierung hat dem Abgeordnetenhaus vier die gemeinsame Armee sowie die ungarischen Landwehr- (Honved) Truppen betreffende Gesetzesentwürfe vorgelegt. Durch diese Gesetzesentwürfe wird das Rekrutenkontingent der gemeinsamen Armee von 108 000 auf 150 000 Mann und das Rekrutenkontingent der Honvedtruppen von 12 500 auf 25 000 Mann erhöht. Die Dienstzeit wird von drei auf zwei Jahre herabgesetzt. Die Kavallerie und die reitende Artillerie behält die dreijährige Dienstzeit bei. Gleichzeitig wird ein neues Militärstrafverfahren eingeführt. Das Verfahren ist öffentlich und mündlich. Ziviladvokaten können als Verteidiger tätig sein. Die Verhandlungssprache der in Ungarn fungierenden Militärgerichte ist ungarisch, mit Ausnahme des Falles, daß der Angeklagte nicht ungarisch versteht, aber der deutschen Sprache mächtig ist.

Frankreich.

Ein Vertrauensvotum für Monis.

Paris, 23. Mai. Der Volksgesundheitsrat der radikalen und sozialistisch-radikalen Partei hat in einer außerordentlichen Sitzung einen Beschlus Antrag angenommen, worin er seinem Schmerz über den tragischen Tod des Kriegsministers und dem Wunsche nach baldiger Genesung des Ministerpräsidenten Monis Ausdruck gibt und der Regierung, die dieser mit solcher Energie leitete, volles Vertrauen für die Fortwirkung der von der Partei angeführten demokratischen und sozialen Reformen wie der Verwirklichung ausdrückt.

Das Befinden Monis.

Paris, 23. Mai. Der Ministerpräsident hat eine gute Nacht verbracht. Heute früh wurde ihm vom Tode des Kriegsministers Mitteilung gemacht. Monis rief mehrere Male unter Tränen aus: Mein armer Freund! und widmete dem Dahingegangenen warme Worte des Lobes.

Ein Nachruf.

Paris, 23. Mai. In der Kammer hielt der Präsident Brisson heute eine Gedächtnisrede auf Vertheug, dessen Tod ein Verlust sei für die Republik, das Heer und das Vaterland, und brachte die Wünsche für die Wiederherstellung des Ministerpräsidenten Monis zum Ausdruck. Die Kammer bewilligte darauf die Adresse für die Beisetzung Vertheugs auf Staatskosten und verlas sie dann auf Montag.

Portugal.

Eine Gegenrevolution?

Lissabon, 23. Mai. Wie ein heißes Blatt meldet, haben hier ansehnliche Portugiesen die Nachricht erhalten, daß eine Gegenrevolution gegen die Republik sorgfältig vorbereitet sei und daß ihr Ausbruch in Lissabon unmittelbar bevorstehe. Es sei beabsichtigt, daß die Monarchisten in Oporto das Zeichen zur Erhebung geben sollen.

Verhaftungen.

Lissabon, 23. Mai. Im Norden Portugals hat man verschiedene Personen verhaftet, die angeklagt sind, alarmierende Gerüchte verbreitet zu haben. Einige von ihnen sind am Bord des „Adamasot“ gebracht worden. Eine Anzahl Matrosen dieses Schiffes sind gelandet worden, um an den Ufern des Minho Polizeidienste zu leisten.

England.

Der amerikanische Schiedsvertrag.

London, 23. Mai. Unterhaus. Auf mehrere Anfragen, welcher Art der englisch-amerikanische Schiedsvertrag sei und ob jetzt Verhandlungen mit Frankreich oder irgendeiner anderen Macht bezüglich ihrer Einbeziehung in den Vertrag im Gange seien, erklärte Sir Edward Grey: Ich habe den vollen Wortlaut des Vertragsentwurfes bis jetzt noch nicht erhalten, aber ich nehme nicht an, daß ein Vertrag zwischen drei Parteien beabsichtigt ist. Ich kann hinzufügen, daß nach dem, was ich von der Art der Vorschläge erfahren habe, jede Aussicht vorhanden ist auf einen beträchtlichen Fortschritt in der Bewährleistung einer praktischen Beilegung von Streitfragen, ohne Krieg herbeizuführen.

Dillon stellt die Anfrage, ob die britische Regierung die französische gedrängt habe, das Vordringen der französischen Truppen auf Fes zu beschleunigen und ob sie der französischen Regierung erklärt habe, daß sie sich gezwungen gefühlt haben würde, die französische Regierung zur Entsendung einer Expedition nach Fes anzufordern, wenn diese nicht ohnehin schon erfolgt wäre. Endlich, ob Gren alle Mitteilungen veröffentlichte wolle, die zwischen Frankreich und Großbritannien über die Expedition ausgetauscht worden seien.

Sir Edward Grey erwiderte: Die britische Regierung hat die französische nicht zu irgendwelchen aktiven Schritten gedrängt, aber ich habe in allen Unterhaltungen über den Gegenstand meiner Meinung dahin Ausdruck gegeben, daß ich ohne die von der französischen Regierung ergriffenen Maßregeln nicht imstande gewesen wäre, auf an mich gestellte Fragen über die Sicherheit britischer Unterthanen zu antworten, und daß die französische Regierung keine andere Wahl gehabt habe, als Fes mit möglichst beschleunigter Expedition zu entsetzen. Den letzten Teil der Frage muß ich vorzuziehen. Dillon fragte sodann, ob das Unterhaus nicht das Recht habe, zu erfahren, ob England mit

dieser grausamen Expedition von schlechter Vorbedeutung etwas zu tun habe. Sir Edward Grey antwortete, daß England nichts mit der Expedition zu tun habe.

Rußland.

Presseverfolgungen.

Eine selbst in Rußland ungewöhnliche Polizeiaktion wird aus Moskau gemeldet. Dort wurde der Redakteur der marxistischen Zeitschrift „Ryski“ (Gefahr) und der Jahaber der Drucker, wo diese Zeitschrift gedruckt wird, von der politischen Polizei verhaftet. Die Ursache war folgende: Die Polizei hatte in Erfahrung gebracht, daß in der in Druck befindlichen Nr. 5 der Zeitschrift ein Artikel von Kautsky: „Die tatsächlichen Richtungen in der deutschen Sozialdemokratie“, erschienen würde. Ohne von dem Inhalt des inkriminierten Artikels auch nur Kenntnis genommen zu haben, ordnete die politische Polizei die Verhaftungen an, während das Pressekomitee die ganze Auflage konfiszierte und gegen den Redakteur ein Strafverfahren einleitete.

Am demselben Tage, wo diese Aktion in Moskau stattfand, wurde in Petersburg die neueste Nummer der wöchentlich einmal erscheinenden marxistischen Zeitung „Swesda“ (Stern) konfisziert. In den Redaktions- und Expeditionsräumen wie in der Druckerei, wo die Zeitung angefertigt wird, fanden Hausdurchsuchungen statt.

Nach zu gleicher Zeit wurde in Petersburg Nr. 4 der marxistischen Zeitschrift „Djelo Schisni“ konfisziert und gegen den Redakteur ein Strafverfahren eingeleitet. — Das Vorgehen der Polizei gegen die genannten Organe zeigt deutlich, daß die Polizei auch die schwachen Ansätze der marxistischen Presse in Rußland mit Stumpf und Stiel auszurotten will.

Frühzeitiger Schluß der Dumasession.

Wider Erwarten hat die Regierung beschlossen, die Duma bereits am 23. Mai in die Ferien zu schicken, obgleich noch eine ganze Reihe wichtiger Vorlagen unerledigt geblieben sind. Der Grund dafür ist recht interessant. Schon seit Wochen wurden Verhandlungen gepflogen, daß die Session um zwei Wochen verlängert werde. Die maßgebenden Dumafraktionen versprachen als Entgelt dafür die nationalpolitischen Regierungsvorlagen — darunter auch die Finnlandsvorlage — vorzunehmen. Nun läuft aber am 23. Mai die zweimonatige Frist ab, nach welcher die auf Grund des Reichsgesetzes (§ 87) von Stolypin durchgeführte Sensationsvorlage der Duma unterbreitet werden muß. Aber nach dem Nichterfolgswort wegen der Verletzung der Grundgesetze vertrat Stolypin der Duma diese Vorlage nicht mehr an. Angesichts der drohenden Niederlage nimmt er sogar blutenden Herzens Abschied von der Einleitung einer neuen Finnlandsehöhe, die ihm sehr sehr gut in den Kram gepaßt hätte. Eine verlässliche Illustration zu der verworrenen politischen Lage in Rußland.

Indien.

Stammeskämpfe.

Kalkutta, 23. Mai. Stammeskämpfe zwischen Muhammedanern und den Kamasubras, einem oderbaureitenden Hinduismus von niedriger Kaste, haben plötzlich in dem Hülsabistri, westlich Kalkutta, eine ernste Wendung genommen. Tausende bewaffnete Muhammedaner plünderten die Dörfer der Kamasubras und brennen sie nieder. Die Behörde des Distrikts zeigt sich der Lage nicht gewachsen. Der Regierungskommissar hat sich mit 85 Polizeibeamten nach dem Schauplatz der Aufrührungen begeben.

Parlamentarisches.

Das Einführungsgesetz zur Reichsversicherungsordnung.

Wurde in der Sitzung der Kommission am Dienstag zu Ende beraten. Eine den bürgerlichen Parteien sehr unangenehme Erinnerung verursachte ein Antrag seiner Genossen, daß den Witwen, die nach diesem Gesetz einen Anspruch erheben können, auch rückgängig die Renten bis zum 1. Januar 1910 gewährt werden. Die Genossen Wolfenbühler und Hoch wiesen darauf hin, daß der Gesetzes-Paragraf 15 vom Jahre 1902 die Bestimmung enthält, daß vom 1. Januar 1910 den Witwen und Waisen die Rente versprochen wurde. Der Ministerialdirektor Caspar wendete sich gegen den Antrag, weil diese Ansprüche nicht erfüllt werden können, weil man die Mittel dafür nicht bereithalten kann. Gize (B.) bedauert, daß das seinerzeit gegebene Versprechen nicht erfüllt werden kann. Er verlangt zur Veruhigung der bürgerlichen Parteien eine Aufstellung der Kosten, die von der Regierung als sehr erheblich bezeichnet wurde. Von unseren Genossen wurde dem entgegengehalten, daß durch die Beitragserhöhung und die befristete Zurückzahlung der Beiträge erhebliche Mittel zur Verfügung stehen, die der Witwen- und Waisenunterstützung dienen könnten. Außerdem handelt es sich für die Regierung um die Einführung eines Versprechens, das beim Volltarif gegeben wurde. Ferner erhalte das Reichskassamt rund 50 Millionen Mark durch die Aufhebung des § 15 des Volltarifgesetzes zurück, so daß für eine lange Zeit die zurückliegenden Renten gedeckt werden können. Horn (noll.) erklärt, daß seine Freunde gegen den sozialdemokratischen Antrag seien. Der Redner stützt sich im wesentlichen auf die entschieden ablehnende Stellung der Regierung. Die Ablehnung des Antrages wurde mit Hilfe des Zentrums, der Konservativen, der Nationalliberalen, der Freiwirtschaftlichen Partei und des Vertreters der Wirtschaftlichen Vereinigung herbeigeführt. Der Rest der Vorlage wurde ohne Debatte angenommen.

Aus der Partei.

Besuch aus Belgien.

Längst betrachtet man in der Internationale die Organisationen, die sich in zähem Kampfe die deutsche Arbeiterklasse geschaffen hat, in diesen Beziehungen als vorbildlich für die eigene Entwicklung und groß ist der Einfluß, den das deutsche Vorbild auf die proletarische Bewegung in anderen Ländern gewonnen hat, wie ja auch unsere eigene Bewegung die Erfahrungen der Bruderparteien zu benutzen verstanden hat. Mit dem Erstarken der Arbeiterbewegung wächst auch die Notwendigkeit des gegenseitigen Gedankenaustausches und wächst die Möglichkeit, sich nicht bloß auf zufällige Gelegenheiten zu beschränken, sondern durch systematische Studienreisen sich jene intimere Kenntnis der Details anzueignen, die für den praktischen Organisator von so großer Wichtigkeit sind. Dies haben unsere belgischen Genossen erkannt, die bereits zum zweitenmal eine Anzahl von Genossen, die im Vordergrund der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung stehen, nach Berlin entsandt haben. Man weiß, daß es besonders die hohe Stufe der Entwicklung ist, die unsere Gewerkschaften dem Zentralisationsprinzip verdanken, die die Aufmerksamkeit im Ausland erregt hat. In Belgien leidet die Arbeiterbewegung durch die Zersplitterung und es bestehen noch manche Vorurteile gegen die striktere deutsche Organisationsform. Da wollen sich unsere Genossen durch eigenen Augenschein überzeugen, ob diese Abneigung berechtigt, was von der deutschen Form auf ihre Verhältnisse anwendbar ist. Die Genossen, die eine Woche zur Verfügung haben, sind wieder, wie ihre Vorgänger, unermüd-

lich, die Zeit für das Studium auszunützen. Neben den gewerkschaftlichen Einrichtungen sollen sie ja auch möglichst viel von den politischen und Bildungsorganisationen kennen lernen. Dienstagabend aber wurde ihr Studium unterbrochen durch einen Empfangsabend, den ihnen die Gewerkschaftskommission im Gewerkschaftshause bereite. Das einfache Fest diente zugleich dazu, um unsere Gäste mit den Leitern unserer Organisationen persönlich bekannt zu machen. Es fand diesmal 17 Genossen zu uns gekommen, 7 Vertreter der Bergarbeiter, 4 der Metallarbeiter, 2 der Textilarbeiter und 4 Parteifunktionäre, darunter als Vertreter des Parteivorstandes Genosse De Braudere.

In warmen Begrüßungsansprachen wurden sie vom Genossen Bauer im Namen der Gewerkschaftskommission und vom Genossen Pfannkuch namens des Parteivorstandes herzlich willkommen geheißen. Genosse De Man dankte und schilderte den Zweck der Reise. Daran schloß sich ein gemüthliches Beisammensein. Ein kaltes Buffet sorgte für die leiblichen Bedürfnisse und als diese befriedigt waren, da wurde die angeregte Unterhaltung oft durch die proletarischen Gesänge unterbrochen, an denen allerdings unsere belgischen Gäste den größeren Anteil hatten. Erst lange nach Mitternacht ging man auseinander.

Eine Nichtstimmung.

sendet uns Genosse Gihler-Heilbronn. Er schreibt: Von Stuttgart aus wurde im „Vorwärts“ (Nr. 114) behauptet, ich hätte mich bei der Kandidatenaufstellung zur Heilbronner Landtagswahl zum „der Drohung verweigert“, ich wollte im „Redar-Cho“ die notwendige Wahltagung nicht leisten. Daran ist soviel richtig, daß mir in einer Sitzung in Gegenwart von zwei Vertretern des Landesvorstandes eine ähnliche Äußerung zum Besten gebracht worden ist. Ich habe aber sofort erklärt, daß ein Genosse, der zu solchen Dingen fähig sei, sofort von seinem Amt entsetzt werden müßte. Ich habe mit aller Kraft am Wahlkampf teilgenommen und hätte die Genugthuung, einen großen Teil des schönen Erfolges in den Reden am Wahltagabend dem „Redar-Cho“ zugeschrieben zu sehen. Auf der anderen Seite habe ich mir, was mir nicht leid tut, erst recht den bitteren Haß der Volkspartei zugezogen. Dem Landesvorstand hat also der Anlaß gefehlt, mich auf meine Pflicht hinzuweisen. Eines „Verbrechens“ habe ich mich allerdings schuldig gemacht. Ich war nämlich der Ansicht, man sollte mir wenigstens für die Dauer des Wahlkampfes eine Hilfskraft begeben, denn bis heute regiere ich das „Redar-Cho“, das jetzt eine Auflage von 8000 hat, ganz allein, habe auch mein eigener Berichterstatter zu sein, von keinen Ausnahmen abgesehen. Diese meine Ansicht hat man mir sehr übel genommen. Das ist aber auch alles.

Heilbronn a. N.

G. Gihler.

Vom tschechisch-sozialistischen Kriegskampflauf.

Der bisherige Abgeordnete der tschechischen Sozialdemokratie, Genosse S. Cingr, ein alter Kämpfer der Bergarbeiterorganisation, wurde von der Parteileitung aufgefordert, vor seiner Wiederaufstellung eine Erklärung zugunsten des Separatismus abzugeben. Er beantwortete dieses Ansinnen mit dem Austritt aus der Partei. Bekanntlich haben die wegen ihrer Treue zur gewerkschaftlichen Zentralisation aus der Partei ausgeschlossenen und eine Reihe ihrer Gesinnungsgenossen eine neue Partei auf dem Boden des Internationalismus und der Erhaltung der gemeinschaftlichen wirtschaftlichen Organisation des Proletariats gegründet, die am 14./15. Mai in Brünn ihre Organisation erhielt. Ueber Cingrs Austritt wird in der separatistischen Presse geschrieben, daß er zu dieser Verbindung, mit der er „an seiner ganzen Vergangenheit Selbstmord und an seiner Ehre ein Hackmesser begangen“ habe, von den zentralistischen Sekretären gezwungen worden sei. Dieser Vorfall zeigt, daß diese Sekretäre die größten Schätze unter der Sonne sind, denn nichts heiliger ist, sie verstehen es, einen Menschen materiell zu vernichten, ihn moralisch zu ermorden. Und dabei tun diese Dingen so, als ob sie es im Namen des unverfälschten Sozialismus täten.“ Nationalistische Brüderlichkeit!

Landtagskandidatur. Für die durch den Tod des Landtagsabgeordneten Dr. Heermann-Witten notwendig gewordene Landtagskandidatur für den Wahlkreis Witten-Hattlingen wurde an Stelle des erkrankten Genossen Wehler, der eine Wiederaufstellung abgelehnt hat, Genosse Linus Scheibe, Parteisekretär des Wahlkreises Bochum aufgestellt.

Spielgelde. Am 14. Mai berichtete der „Vorwärts“ von einem Majestätsbeleidigungsprozeß gegen zwei polnische Genossen in Essen. Dabei war auch von zwei Kopyscheln die Rede, die von einem Polizeikommissar einen Judenlohn von je 150 M. erhalten haben sollen. Wie uns mitgeteilt wird, ist diese Summe nicht richtig. So hoch stehen die Dienste der dunklen Ehrenmänner selbst bei der Polizei nicht im Kurs. Die beiden Spiel haben nur je 15 M. bekommen.

Soziales.

Wie schön.

Die Budgetkommission des Reichstags befaßte sich vor einiger Zeit mit den Rechts- und Dienstverhältnissen der Dienstboten. Bei dieser Gelegenheit wurde festgestellt, daß von den noch heute geltenden Gesindeordnungen drei aus der Zeit vor dem Jahre 1800 stammen, dreizehn wurden erlassen in der Zeit von 1801 bis 1890, einundzwanzig von 1891—1899, der Rest ist späteren Datums. Die älteste Gesindeordnung ist wohl die für das Herzogtum Lauenburg, sie wurde erlassen im Jahre 1799, besteht heute noch und enthält u. a. folgende zwei Paragraphen:

§ 14. Sollten Dienstboten einander zu Widersprechlichkeiten verleiten, so sogar unter sich gegen die Herrschaft verhandeln, sollen dieselben nach Befinden mit Gefängnisstrafe zu Wasser und Brot oder dem Maximalstrafe nach Größe des Verbrechens auf kurze oder längere Zeit bestraft werden.

§ 18. Dienstboten, welche sich vollzogen, in ihrer Herrschaft Wohnung sich scheitern oder schlagen, sollen mit Gefängnisstrafe belegt werden.

Wie schön wäre es doch, wenn diese verstaubten Bestimmungen wieder wortgemäße praktische Bedeutung erlangen könnten. Wer so froh ist, arm zu sein und zu arbeiten, der muß auch geduldet werden. Gütlich-junkerliche Bestordnung.

Ähnliche Bestimmung der Konsumvereine.

Gegen die Konsumvereine gehen jetzt auch die Handwerkskammern zum Angriff vor. Die Schneiderhandwerkskammer verbandte an ihre Vertrauensleute dieses Referat:

Westenburgerische Handwerkskammer zu Scherwin.
G. Nr. 3824. Scherwin, den 1. Mai 1911.

Gehrier Herr!
Auf dem nächsten Deutschen Handwerks- und Gewerbetagungstag wird namentlich auch die Frage der Konsumvereine und besonders auch die Jugendigkeit von Beamten zu solchen Vereinen erörtert werden.

Um das hierzu erforderliche Material aus unserem Kammerbezirk beibringen zu können, erlauben wir Sie, beim dortigen Amtsgericht durch Einsicht in das (jedermann zur Durchsicht vorzuliegende) Genossenschaftsregister festzustellen:

1. Welche Konsumvereine im dortigen Amtsbezirk bestehen.
2. Welche Reichs-, Staats- und Gemeindebeamte denselben als Mitglieder angehören.

Wir erlauben um gefl. Beilegung innerhalb 14 Tagen. Der Vorstand der Westenburgerischen Handwerkskammer.
L. Claus, Vorsitzender. H. Schwabe, Sekretär.

Danach scheinen auch die Innungsräte der Konsumvereine an den Fragen zu wollen. Ob's aber was helfen wird? ...

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Streik der Baulempner Groß-Berlins.

Gestern vormittag hielten die streikenden Baulempner wiederum eine vollzählige Besprechung ab. Der Referent, Cohen, führte in seinem Bericht aus, daß er irgend etwas, was von entscheidendem Einfluß auf die Lohnbewegung sei, nicht mitteilen könne. Jedoch seien in den letzten Tagen eine Anzahl Kleinmeister an die Streikleitung herangetreten mit der Frage, wie die Sache sich wohl weiter entwickeln könne, und wie an eine Beendigung des Streiks zu denken sei. Es ist diesen Firmen darauf mitgeteilt worden, daß man eine endgültige Antwort nicht geben könne, aber die Frage prüfen werde. Die Lohnkommission, die sich weiter mit der Sache befaßt, kam dann zu dem Entschluß, der Anregung der Firmen zu folgen und zu versuchen, ob auf diesem Wege eine Verständigung möglich wird. Es handelte sich hierbei um sieben bis neun der größten Firmen, aber meist um solche, die an den von ihnen bisher schon gezahlten Löhnen nur wenig oder gar nichts zuzulegen brauchen, um den Forderungen gerecht zu werden. Es wäre verkehrt, sagte der Redner weiter, aus dem Vorgehen dieser Firmen ohne weiteres schließen zu wollen, daß unter den Kleinmeistern allgemein ein starkes Bedürfnis nach Friedensschluß vorhanden sei. Vorverhandlungen seien eingeleitet, aber wenn es zu einem Friedensschluß kommen sollte, müßte die Arbeitgeber in der Lohnfrage noch etwas mehr Entgegenkommen zeigen. Die Differenzen seien jedoch nicht so groß, daß es unmöglich wäre, eine Verständigung herbeizuführen. Im übrigen müßte die Sache noch erst im engeren Kreise der Kommission und der Vertrauensleute besprochen werden. Wahrscheinlich werde man der nächsten Streikversammlung schon bestimmte Vorschläge unterbreiten können; sicher sei das allerdings noch nicht.

Im übrigen suchen die Arbeitgeber ihre Lage so rosig wie nur möglich zu schildern. In einem Zirkular, das die Vorstände der Kleinmeistern von Berlin und Charlottenburg sowie des Arbeitgeberverbandes am 19. Mai erlassen haben, wird berichtet, daß in einer am selben Tage abgehaltenen Kleinmeisterversammlung die Lage des Streiks als „außerordentlich günstig“ für die Arbeitgeber bezeichnet wurde, was besonders auch dem Verbandsrat der Baugeschäfte mit zu verdanken sei, der es seinen Mitgliedern zur Pflicht machte, mit der Fertigstellung begonnener Arbeiten nicht zu drängen. Es wird dann weiter mitgeteilt, daß eine Anzahl Kleinmeister sich bereit gefunden hat, die eiligen Arbeiten fertigzustellen, und dann wird auch ein Kleinmeister genannt, der in dieser Hinsicht die Vermittlung übernommen hat. Es handelt sich hier um einen Mann, der im Jahre 1900 in der Holzlegerbewegung auf Seiten der Arbeiter tätig war, eine recht radikale Haltung einnahm und den Tarifvertrag daran scheitern lassen wollte, daß die Freigabe des 1. Mai nicht anerkannt wurde. — Es heißt dann weiter in dem Zirkular:

„In einigen Betrieben haben die Arbeitnehmer versucht, die Arbeit teils zu den alten Bedingungen, teils auf Grund des Schiedsspruches wieder aufzunehmen. In richtiger Erkenntnis der Sachlage haben die betreffenden Arbeitgeber nach Rücksprache mit den Vorständen diese Zumutung zurückgewiesen.“

Daß den Kleinmeistern dergleichen erzählt wird, soll offenbar nur dazu dienen, dem Wankelmütigen in den eigenen Reihen entgegenzutreten. Wie Cohen hierzu bemerkt, liegt die Sache so, daß nicht etwa die Streikenden sich den Meistern angeboten haben, sondern daß bei der Streikleitung und dem Metallarbeiterverbande zahlreiche Angebote von Arbeitgebern, und darunter den bekanntesten Firmen, eingegangen sind, Einzelverträge mit dem Verbandsrat abzuschließen, daß aber dies in allen Fällen seitens der Arbeitnehmer abgelehnt worden ist. Die Streikenden, denen es darum zu tun ist, einen allgemein günstigen Tarifvertrag abzuschließen, hatten und haben keinen Grund, auf dergleichen Angebote einzugehen, obwohl es leicht wäre, auf diesem Wege die Einmütigkeit der Arbeitgeber gehörig ins Wanken zu bringen.

Der Redner teilte ferner mit, daß man auch bei diesem Streik wieder einmal versucht, die berechtigten Legitimationskarten der „Feldarbeiterzentrale“, die die preussische Regierung ja auch den gewerblichen Arbeitern aus dem Ausland ausstelt, gegen die Streikenden auszunutzen. So hat ein Kleinmeister einem bei ihm streikenden Ausländer in die Karte geschrieben: „Hilf mit, die deutsche Arbeiterbewegung zu unterstützen.“ Bei demselben Meister arbeitet ein deutscher Kleinmeister als Arbeitswilliger, und dieser Mensch hat von dem Ausländer vor der Lohnbewegung so nach und nach eine größere Summe Geldes geliehen, die er offenbar nicht zurückzahlen möchte. Aus diesem Grunde hat der Arbeitswillige nun seinem Gläubiger gedroht, ihn einfach auszuweisen zu lassen, wenn er irgendwelche Schwierigkeiten wegen des geliehenen Geldes machte. Es wird jedenfalls noch im Reichstag zur Sprache gebracht werden, zu welchen Schändlichkeiten die rechtlose Stellung, die man in Deutschland den Ausländern antweist, ausgenutzt wird, und zu welchen Folgen es führen muß, wenn man im Ausland gleiches mit gleichem vergelten wollte. — Durch dergleichen Mittel wird es natürlich auch nicht gelingen, die Haltung der Streikenden irgendwie ungünstig zu beeinflussen. Sie stehen nach wie vor fest im Kampf und warten in aller Ruhe ab, was bei den nun angeknüpften Verhandlungen herauskommt, um dann zu prüfen, ob ein Friedensschluß möglich sein wird.

Deutscher Bauarbeiterverband.

Da sich die Arbeiter des Eisenkonstruktionsbaues seit dem 17. Mai in einer Lohnbewegung befinden, werden die Arbeiter des Baugewerbes jetzt vielfach von den Polierern und Bauunternehmern aufgefordert, die Arbeiten der Streikenden auszuführen.

Wir verweisen alle Bauarbeiter darauf, daß die Leistung von Streikarbeiten unter allen Umständen zu verweigern ist. Als Streikarbeit kommen alle Arbeiten in Frage, die schon bisher von Eisenkonstruktionsarbeitern ausgeführt wurden.

Der Zweigvereinsvorstand Berlin.

Die Lohnbewegung der Bäcker.

Die gestrige Vertrauensmännerversammlung des Bäckerverbandes stellte sich auf den Standpunkt, daß durch die Ablehnung des Schiedsspruches seitens der Innungen auch die Arbeiter in keiner Weise mehr an den Schiedsspruch gebunden sind und deshalb vollkommen freie Hand haben in der Aufstellung ihrer Forderungen. Es sei aber zur Berücksichtigung, daß sich in den Innungsverhandlungen ein großer Teil der Meister für die Annahme des Schiedsspruches erklärt haben. Diese würden also zweifellos auch jetzt noch zur Vermittlung bereit sein. Um ihnen dieselbe nicht schwer zu machen, sei es ratsam, in den neuen Forderungen nicht zu weit über den Schiedsspruch hinauszugehen. Aus diesen Gründen erklärte sich die Versammlung dafür, daß die gestern von uns mitgeteilten Bedingungen, die den Meistern, welche um Vertragsabschluss nachsuchten, vorgelegt worden sind, nunmehr als Forderungen für die allgemeine Lohnbewegung aufgestellt und jedem einzelnen Meister zugesandt werden. Diese Forderungen gehen bekanntlich im wesentlichen nur in der Frage des Ruhetages über den Schiedsspruch hinaus. — Weiter beschloß die Versammlung, die Lohnkommission solle der Rixdorfer Innung und dem Bezirksverein Treptow-Baumshulensweg mitteilen, daß der Abschluß eines Vertrages auf Grundlage des Schiedsspruches mit nur einem kleinen Teil der Bäckermeister von Groß-Berlin nicht angänglich sei, nachdem die Innungen in ihrer Gesamtheit den Schiedsspruch abgelehnt haben. Bekanntlich hatten sich die Rixdorfer Innung und der Verantw. Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Injeratenteil verantw.;

Bezirksverein Treptow-Baumshulensweg bereit erklärt, auf Grund des Schiedsspruches einen Vertrag mit dem Bäckerverbande abzuschließen. — Ein weiterer Beschluß der Versammlung ging dahin, daß die Arbeiter das Einigungsamt jetzt nicht mehr anrufen. Sollten sie aber auf Veranlassung einer Meisterkorporation vom Einigungsamt zu Verhandlungen aufgefordert werden, dann würden sie dem Rufe folgen. Es soll dann aber nur auf Grund der ursprünglichen Forderungen verhandelt werden, die ja auch den verflochtenen Einigungsverhandlungen als Grundlage dienen.

Für die jetzige Bewegung kommen die nachstehend aufgeführten 68 Orte in Frage. In allen diesen Orten werden die Forderungen den Meistern unterzögig eingereicht.

Berlin, Adlershof, Alt-Grünau, Treptow-Baumshulensweg, Bohnsdorf, Brix, Buzow, Charlottenburg, Dahlem, Grünau, Grunewald, Groß-Lichterfelde, Halensee, Johannisthal, Köpenick, Landwehr, Mariendorf, Mariensfelde, Rixdorf, Rudow, Sadowa, Schmargendorf, Schöneberg, Spindlersfeld, Südenow, Steglitz, Tempelhof, Zehlendorf, Friedenau, Wilmersdorf, Nieder-Schöne-weide, Vorsigwalde, Franz-Vuchholz, Friedrichsfelde, Heiligensee, Sandhausen, Hermsdorf, Hohen-Reuendorf, Hohen-Sandhausen, Karlshorst, Kaulsdorf, Mahlsdorf, Dichtenberg, Nieder-Schönhausen, Nordend, Ober-Schöne-weide, Pantow, Reinickendorf, Rosenthal, Nimmelsburg, Sadowa, Stralau, Tegel, Zehlendorf, Waldmannsluft, Weissensee, Wilhelmshagen, Wilhelmstruß, Wittenau, Freie Scholle, Wiesdorf, Heinersdorf, Spandau, Pichelsdorf, Seegelsfeld, Falkenhagen, Nieder-Reuendorf, Romenndamm.

Die Risten- und Koffermacher hielten am Montag eine zahlreich besuchte Branchenversammlung ab. Nach einem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrage des Arbeitersekretärs Brüdner berichtete der Branchenobmann zunächst über die Lohnbewegung der Koffermacher und teilte mit, daß die Koffermacher am selben Tage die Arbeit niedergelegt hatten, nachdem die Arbeitgeber es nicht für nötig hielten, Verhandlungen anzuknüpfen. Der Streik wird mit Einmütigkeit durchgeführt und die Arbeitgeber werden sich jedenfalls über kurz oder lang genötigt sehen, den eingereichten Forderungen Beachtung zu schenken. — Ferner sollte die Versammlung Stellung nehmen zur Kündigung des Tarifvertrages der Ristenmacher. In dieser Frage waren jedoch die Arbeitgeber den Arbeitern schon zuvorgekommen und hatten den Tarifvertrag bereits vor dem festgesetzten Termin gekündigt. Sie erklärten sich in ihrem Kündigungsschreiben zu Verhandlungen bereit. Nach früheren Äußerungen der Arbeitgeber scheint es jedoch sehr zweifelhaft, ob sie sich auf dem Wege friedlicher Verhandlungen zum Abschluß eines annehmbaren neuen Tarifvertrages bereit finden werden. Der alte Tarifvertrag läuft mit dem 31. August dieses Jahres ab. Ueber die Forderungen, die die Ristenmacher zu stellen gedenken, wird noch in einer späteren Versammlung beraten werden.

Mit dem Streik der Schuhmacher bei der Firma Hamann u. Co., Michaelstr. 15, beschäftigt sich eine Vertrauensmänner-sigung des Schuhmacherverbandes. Der Vorsitzende berichtete über den Verlauf des Streiks. Eine von dem Vorsitzenden des Fabrikantenverbandes in Aussicht gestellte Verhandlung ist nicht zustande gekommen. Der Firma war es möglich, eine Anzahl Arbeitswilliger heranzuziehen. Persönlich machte Herr Wolfsohn, der Inhaber der Firma, Besuche bei den Streikenden und versprach ihnen Lebensstellung, wenn sie sich zu Judasdienern bereit finden ließen. In einer Annonce im „Zentralanzeiger für Deutschlands Lederindustrie u. Handel“ sucht die Firma unorganisierte oder im Rixdorf-Bundschuh-Gewerksverein organisierte Arbeiter, woraus hervorgeht, daß sie von dieser Seite Arbeiterderrat erwartet. Nicht nur gegen die Streikenden, sondern auch gegen gänzlich unbeteiligte Leute ergingen Strafandrohungen. So wird der Portier des Hauses, welcher im Geruch stand, mit den Streikenden zu sympathisieren, beschuldigt, zu einem Arbeitswilligen, man vernehme das scheidliche Verbrechen, „Streikbrecher“ gesagt zu haben. Wenn auch dem Portier selbst davon nichts bekannt ist, so hatte der sehr junge Herr Wolfsohn doch die Genugtuung, daß sich der Mann gezwungen sieht, seine Stellung, welche er 3 1/2 Jahre inne hatte, aufzugeben. Die Streikenden selbst haben bereits zum größten Teile anderweitig Arbeit gefunden. Die Vertrauensmänner-sigung kam daher zu der Ansicht, daß von einer Weiterführung des Streiks gegenwärtig keine positiven Resultate zu erwarten seien und beschloß aus diesem Grunde, über die Firma die Sperre zu verhängen. Kein ehlich denkender Arbeiter beachte die Arbeitsangebote dieser Firma.

Zentralverband der Schuhmacher, Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Der Ziegelarbeiterstreik in Köslin dauert unverändert fort. Da alle Einigungsversuche scheiterten, wurden die Verhandlungen kurzerhand abgebrochen. Die Unternehmer nehmen jetzt Rache an den Streikenden. So wurden die Arbeiter der Karlsruher Ziegelfabrik vor das Gewerbegericht zitiert, weil sie ohne Beachtung der 14tägigen Kündigungsfrist die Arbeitsstätte verlassen hatten. Noch nie hat eine Ziegelfabrik jemals darauf bestanden, daß die Arbeiter vorher kündigen müßten, wenn sie sich andere Arbeit gesucht haben. Jetzt auf einmal befindet sich das Unternehmen auf seine „Rechte“. Die Arbeiter wurden verurteilt, je 13,50 M. an die Firma zu zahlen. Obwohl die Streikenden zum größten Teile anderweitig Beschäftigung gefunden haben, ist Zugzug nach wie vor streng fernzuhalten.

Kampf im Münsterländischen Textilgewerbe.

Wider Erwarten ist es doch zur Aussperrung gekommen. Nach den Vermählungen, die Aussperrung zu vermeiden, hatten die Christen in ihren Blättern Siegesmeldungen verbreitet. In einer Sitzung, die in Münster stattfand, wurde darauf von den Fabrikanten beschloffen, die Arbeiter sollten eine Erklärung unterzeichnen, daß sie den Streik verloren hätten und die Arbeit bedingungslos wieder aufnehmen. Die Christen beraten jetzt in Düsseldorf, um einen Ausweg aus der Situation zu finden. An der Aussperrung sind bis jetzt 275 freigeorganierte und gegen 3000 Christen beteiligt. Hätten die Fabrikanten auch die Indifferenten ausgesperrt, würden etwa 10- bis 12000 Arbeiter in Frage gekommen sein.

Zum Streik der Chauffeure in Dresden.

Die bürgerliche Presse verbreitet die Nachricht, der Streik der Chauffeure der Dresdener Automobilgesellschaft sei beendet; in nächster Zeit werde der volle Betrieb wieder aufgenommen werden. Die Nachricht entbehrt jeder Begründung. Es fährt nicht einmal ein Drittel der Wagen. Dabei fahren die Kausreiter so ungeschickt, daß sich nur Leute, die von dem Streik in Dresden nichts wissen, den Arbeitswilligen anvertrauen. Es ist deshalb dringend geboten, alle von unterwegs in Dresden eintreffenden Reisenden zu warnen. Täglich ereignen sich Unfallsfälle. Die Polizei, die sonst scharf gegen die geringsten Verstöße wider die Fahrordnung einschreitet, verhält sich gegen die jetzige Gefährdung der öffentlichen Sicherheit äußerst passiv.

Der Streik der Arbeiter bei den Hafenanlagen in Wilhelmshaven ist vor dem Gewerbegericht als Einigungsamt durch Vergleich beendet worden. Die Firma Holgmann erklärte sich zu einer sofortigen Erhöhung des Stundenlohnes um 5 Pf. bereit. Die Einigungsverhandlungen zur Durchführung des Vertrages wurden auf später festgesetzt.

Ausland.

Die bürlicher Holzarbeiter streikten schon seit längerer Zeit den freien Sonnabendnachmittag an, und da ihn die Tischlermeister nicht bewilligen wollten, arbeiteten sie einfach von sich aus.

an diesem Nachmittag nicht. Jetzt ist es vor dem Einigungsamt zu einer Vereinbarung gekommen, nach der bis zum 1. März 1913 jeder zweite und von da ab jeder Sonnabendnachmittag mit Beibehaltung der neunstündigen Arbeitszeit an den ersten fünf Wochentagen freigegeben und somit die 50-Stundenwoche eingeführt wird. Der minimale Stundenlohn wurde auf 45 Cts. festgesetzt und er wird jeweils mit Eintritt der Arbeitszeitverlängerung entsprechend erhöht. Außerdem tritt am 1. März 1912 eine allgemeine Lohnerhöhung in Kraft.

Ein Tarifvertrag der dänischen Seeleute.

Während die gewerbliche und industrielle Arbeiterschaft Dänemarks mit dem Unternehmertum in schwere Kämpfe verwickelt war, die erst nach äußerst schwierigen Verhandlungen und schweren Opfern der Arbeiterschaft ihr Ende erreichten, ist es den Seeleuten und Heizern Dänemarks gelungen, auf friedlichem Wege einen Tarifvertrag mit ihren Arbeitgebern abzuschließen, der zwar nicht viel, aber im Hinblick auf die bisherige Willkür in den Lohn- und Arbeitsverhältnissen immerhin schätzenswerte Vorteile bietet. Die tägliche Arbeitszeit der Heizer, die bisher bis zu 17 Stunden dauerte, ist für die Arbeit auf See auf 10 Stunden festgesetzt, so daß, was darüber hinaus gearbeitet werden muß, als Ueberzeitarbeit zu bezahlen ist. Im Land dauerte die Arbeitszeit bisher von 6 bis 8 Uhr, nach dem neuen Tarifvertrag aber nur von 7 bis 5 Uhr. Außerdem ist in dem Vertrag eine Bestimmung enthalten, wonach die Heizer nicht verpflichtet sind, in Häfen zu arbeiten, wo Streik oder Konflikt vorliegt. Die Monatslohnsteuer ist von 60 auf 62,50 Kronen erhöht und soll nach Verlauf von drei Jahren mindestens 65 Kronen betragen. Für die Matrosen besagt der Tarifvertrag daselbe, nur mit dem Unterschied, daß ihre Dienst im Hafen von 6 bis 6 Uhr dauert. Abgeschlossen ist der Tarifvertrag allerdings auf sehr lange Zeit, nämlich auf 8 Jahre.

Es sind neun Jahre darüber verfloßen, daß die Seearbeiterschaft Dänemarks in einer Lohnbewegung stand. Damals, im Jahre 1902, gelang es den Reedern, mit internationaler Streikbrecherhilfe die Organisationen der Seeleute und Heizer zu sprengen und ein Freikorps auf den Schiffen einzuführen, wie man es bis dahin noch nicht gekannt hatte. Aber alle Bestrebungen und Schikanen haben das Wiederaufblühen der Organisationen nicht zu verhindern vermocht, und sie erstarkten dann auch so, daß die Reederei sich schließlich zum regelrechten Abschluß tariflicher Vereinbarungen genötigt sah.

Die amerikanischen Bäcker haben seit dem 1. Mai dieses Jahres mancherlei Erfolge zu verzeichnen. Am 1. Mai liefen in zahlreichen Städten die mit den Unternehmern abgeschlossenen Verträge ab. Nach einem Bericht vom Hauptquartier der „Internationalen Union der Bäckerarbeiter“ hat sich der Abschluß neuer Verträge in befriedigender Weise vollzogen. Große allgemeine Streiks waren nicht notwendig, und doch sind viele Verbesserungen erzielt worden. Die Arbeitszeit wurde vielfach verfürzt und Lohnerhöhungen bis zu zwei Dollar und mehr pro Woche in einer Reihe von Orten durchgesetzt. Von größerer Bedeutung ist der Erfolg der organisierten Bäcker in Chicago. Dort ist der A. C. I. u. N. T. A. für alle Bäckereien, die Maschinen eingeführt haben, zur Anerkennung gebracht worden. Um dem Ueberstundenlohn entgegenzuwirken, wurde festgesetzt, daß jede Ueberstunde mit 75 Cent (3,15 M.) bezahlt werden muß. Die Unternehmer widersetzten sich diesen Forderungen zuerst sehr heftig, sie suchten durch Plakate und Anzeigen in großen Zeitungen sofort 400 nichtorganisierte Bäcker. Die organisierten Bäcker drohten nun mit dem Streik, und die Großbäckereien, die zusammen etwa 800 Arbeiter beschäftigen, zogen es vor, den vorgelegten Vertrag auf ein Jahr mit der Gewerkschaft abzuschließen. In etwa 1000 Bäckereien in Chicago werden nur Mitglieder der Gewerkschaft beschäftigt. — In vielen Städten beträgt die Arbeitszeit für Bäcker 8 Stunden, der Lohn pro Woche 12, 15 und 18 Dollar (60, 63 und 75 M.).

Letzte Nachrichten.

Die veto-Bill im englischen Oberhause.

London, 23. Mai. (B. T. Z.) Vor nicht befehltem Hause beantragte Viscount Morley die zweite Lesung der veto-Bill. Er warf einen Rückblick auf die Geschichte der Vorlage und zog die Behauptung ins Lächerliche, daß die Bill eine Regierung durch eine einzelne Kammer bedeute. Dem Oberhause würden wichtige Befugnisse belassen. Die Vorlage sei nicht notwendigerweise eine endgültige. Nachdem sie zum Gesetz erhoben sei, würde die Regierung die Freiheit besitzen, nicht nur die neue Zusammensetzung des Oberhauses in Erwägung zu ziehen, sondern auch, ob nicht bequemere und weniger zeitraubende Verfahren zur Verlegung von Meinungsverschiedenheiten gefunden werden könnten. Morley bestand darauf, daß es notwendig sei, die veto-Bill zur Annahme zu bringen. Er hoffe, daß die Peers die Dinge nicht zum Aufheben treiben, sondern ein Vorgehen vermeiden würden, welches das Land in eine sehr schwierige Lage und vielleicht in eine bedenkliche Verwirrung bringen könne. Lord Riddleton erklärte, nach Erwägung der Sachlage hätten sich die Unionisten dafür entschieden, der zweiten Lesung der Bill zuzustimmen; sie würden aber später wichtige Amendements vorschlagen.

Eine kleine Abwechslung in Paraguay.

Asuncion, 23. Mai. (B. T. Z.) Die Kammern beschloffen die Aushebung des Belagerungszustandes.

Der Chauffeurzustand in Paris.

Paris, 23. Mai. Infolge des gestrigen von den Chauffeuren in der Arbeitsbörse gefassten Beschlusses kamen diese heute morgen in großer Anzahl zusammen, jedoch nicht in der Absicht, die Arbeit aufzunehmen, sondern nur um das Ausfahren von Wagen, die durch etwaige Arbeitswillige gefahren würden, zu verhindern. Bei der Mehrzahl der großen Automobilgesellschaften ist der Zustand ein vollständiger; mit verschwindend geringen Ausnahmen kam kein Wagen heraus. Die Ausständigen haben Streikposten aufgestellt und liegen auf der Lauer, um die „Fische“ (renard ist der Fachausdruck für einen Streikbrecher) abzufangen. Von der Polizei ist ein umfassender Sicherheitsdienst eingerichtet worden; in der Rue de Vallois, wo sich die Depots der beiden großen Gesellschaften „Compagnie Générale“ und „La Française“ befinden, welche ungefähr 4000 Chauffeure beschäftigen, herrschte bis in die Mittagsstunden Ruhe. Im ganzen befinden sich 6500 bis 6800 Chauffeure im Ausstand.

Französische Seeleute drohen mit dem Ausstand.

Paris, 23. Mai. (B. T. Z.) Das Syndikat der in die Marine-tollen eingeschriebenen Seeleute hat gegen den vom Marineminister ausgearbeiteten Gesetzentwurf über die Rekrutierung der Flottenmannschaften Einspruch erhoben und droht mit Ausstand, falls gewisse Bestimmungen nicht beseitigt würden, u. a. die, daß Seeleute auch im Landheere verwendet werden können.

Furchtbare Hitze in Amerika.

New York, 23. Mai. Die ungeheure Hitze, welche über das Gebiet der Vereinigten Staaten geht, hat viele Unglücksfälle verursacht. In Philadelphia sind gestern 5 Todesfälle und in New York ist ein Todesfall durch Sonnenstich vorgekommen. Die Zahl der Hitzeopfer, die ernste Erkrankungen der davon Betroffenen zur Folge hatten, ist sehr groß.

Paul Singer & Co., Berlin SW. 4. Verlagen u. Unterhaltungsbl.

Die Reichsversicherungsordnung

im Plenum des Reichstages.

Der antisoziale Reichstagsblock ist bis zum Schlusse der zweiten Lesung seinem Prinzip treu geblieben, aus der Reichsversicherungsordnung ein Dokument der Schande zu machen. Ablehnung aller Verbesserungsanträge war daher bis zur letzten Abstimmung der Leitgedanken der reaktionären Parteien. Wohl selten hat die brutalste Arbeiterfeindschaft solche Organe gefeuert, wie gelegentlich der Durchspruchung der 1764 Paragraphen der Reichsversicherungsordnung. Das letzte Buch regelt das Verfahren. Obgleich gerade auf diesem Gebiete sehr viel Wünsche bestehen, stimmten die Kompromissparteien auch hier alle sozialdemokratischen Anträge nieder, die das Verfahren so gestalten wollten, daß die armen, der Unterstützung bedürftigen Arbeiter auch wirklich zu ihrem Rechte kommen könnten.

An der Unfalluntersuchung können die Beteiligten, die rechtzeitig vom Zeitpunkt der Untersuchung benachrichtigt werden müssen, teilnehmen. Die Berufsgenossenschaft kann ihre Vertreter dazu entsenden. Der Verletzte oder seine Hinterbliebenen können erwachsene Angehörige oder andere geeignete Personen als Beistand zu den Verhandlungen zuziehen, jedoch sind davon diejenigen Personen ausgeschlossen, die das Verhandeln vor Behörden geschäftsmäßig betreiben. Hierunter fallen nach der Rechtsprechung auch die Arbeitersekretäre und Gewerkschaftsbeamten.

Die Sozialdemokraten beantragten, diese schwere Schädigung der Arbeiter, denen gerade die sachkundigsten Berater entzogen werden sollen, zu streichen:

Abgelehnt von den Kompromissparteien.

Die Ortspolizeibehörde stellt den Sachverhalt bezüglich der Betriebsunfälle fest. Auf Antrag der Berufsgenossenschaften oder des Verunglückten oder seiner Angehörigen können Sachverständige zugezogen werden. Die Kosten dafür trägt derjenige, der die Zuziehung von Sachverständigen verlangt. Die Sozialdemokraten beantragten, daß mit diesen Kosten nicht die armen verunglückten Arbeiter belastet, sondern daß die Berufsgenossenschaften zur Zahlung dieser Kosten verpflichtet werden:

Abgelehnt von den Kompromissparteien.

Zeugen und Sachverständige werden bei diesem Verfahren durch die Gerichte vereidigt, und zwar nur dann, wenn die Berufsgenossenschaften dies für notwendig halten, um eine wahre Aussage herbeizuführen. Die Sozialdemokraten beantragten, daß die Entscheidung, ob eine Vereidigung notwendig ist oder nicht, nicht den Berufsgenossenschaften, sondern dem Richter überlassen wird, damit die verunglückten Arbeiter und deren Angehörige unnötige Vereidigungen vermeiden und die von ihrem Standpunkte aus notwendige Verteidigung von Zeugen und Sachverständigen erreichen können:

Abgelehnt von den Kompromissparteien.

Gegen den vorläufigen Bescheid der Berufsgenossenschaften bezüglich der zu gewährenden vorläufigen Unterstützung an die Verunglückten oder deren Angehörige kann Einspruch erhoben werden. In diesem Falle muß der Berechtigte persönlich über seinen Anspruch gehört werden, und zwar entweder vor dem Versicherungsamt oder vor dem Vorstand der Berufsgenossenschaft. Die Sozialdemokraten beantragten, daß der Berechtigte unter allen Umständen vor dem Versicherungsamt gehört werde:

Abgelehnt von den Kompromissparteien.

Findet die Vernehmung vor dem Versicherungsamt statt, so kann das Versicherungsamt sich zu der Sache äußern. Die Sozialdemokraten beantragten, daß nach dem Abschluß der Ermittlungen das Versicherungsamt in mündlicher Verhandlung unter Hinzuziehung von je zwei Vertretern der Arbeitgeber und der Versicherten über den Anspruch des Berechtigten auf die Unfallunterstützung entscheidet:

Abgelehnt von den Kompromissparteien.

Wenn eine Dauerrente festgestellt werden soll, dann muß vor dem Versicherungsamt eine mündliche Verhandlung stattfinden.

Kleines feuilleton.

Das entstellte London. Die Tausende von Besuchern, die aus allen Teilen der Welt der Themsestadt zuströmen, sind entsetzt über den entstellten Charakter der zur Krönungsfeier sich rüstenden größten Metropole der Erde. Die allgewohnten Wahrzeichen Londons, seine historischen Gebäude und Denkmäler, sind im Vergleich zu verschwinden. Glücklichweise nur für kurze Zeit. In allen Ecken und Enden erheben sich scheußliche Holzgerüste, die den schönsten Plätzen und Straßen den Eindruck eines Jahrmarkts verleihen. Kilometerweit erstrecken sich die aus ungehebelten Brettern zusammengesetzten Tribünen. Pfähle, Planen und Bretter, das ist jetzt die Signatur Londons. Die schönen Strandstraßen stehen bis an den Hals in Holzgerüsten. Die malerischen Kirchen des zentralen Londons haben ihre harmonische Grazie verloren. Das schöne Denkmal Dr. Johnsons, des großen Gelehrten und Dichters des 17. Jahrhunderts, hat den Wünschen der Holzarchitekten und Spekulanten weichen müssen. Und das Denkmal ist nicht allein, das verschwinden mußte. Die schönsten Bäume, der Schmutz Londoner Straßen, sind unbarmherzig der Art verfallen, um den Schauergerüsten Platz zu machen, wie man sagt, „um den imposanten Eindruck der Feiertage zu heben“. Tatsache ist, daß London für 10 Jahre mindestens diesen schönen Baumschmuck verloren hat. Und so geht's weiter. Das Parlament Viertel ist nicht zum Wiedererkennen. Die Denkmäler sind hinter Holzplanen verschwinden. Der alterwürdigen Westminster-Abtei ist es nicht besser ergangen. Ein ganzer Flügel des prächtigen Klosters ist im Umbau begriffen; Fenster sind vergrößert, Türen ohne Rücksicht auf die Architektur neu geschaffen; das ganze vornehme und edle Denkmal der Kunst vergangener Jahrhunderte umringt eine höfliche Masse von Holzgerüsten, die eine ständige Feuergefahr für das Pantheon der englischen Nation bilden. Man gehe, wohin man will. Überall das gleiche scheußliche Bild von Gerüsten, Planen und Bretterzäunen.

Zwar hat London schon mehrere Male unter ähnlichem Vandalismus gelitten. Die Entstellung erlebte es anfänglich des Regierungs-Jubiläums der Königin Victoria im Jahre 1897. Aber damals waren die Tribünen nicht so zahlreich und in die Augen fallend; sie zerstörten nicht den Charakter der Stadt. Zur Krönungsfeier König Eduards war's schon schlimmer. Kirchen und Friedhöfe versanken damals der gewinnstüchtigen Spekulation. Aber der jetzige Zustand hat alle Rekorde von früher geschlagen.

Der Kandidat für alle. Wie die christlichsozialen Volkspolitiker im österreichischen Wahlkampf die Wähler umhüllten, charakterisiert die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ witzig in folgender Rede eines Wählerkandidaten:

„Herrn, meine Herren, ich bin jetzt der offizielle Parteikandidat und mein Programm besteht bis auf weiteres aus drei

Die Genossenschaft kann sich dabei durch einen Vertrauensmann oder ein Vorstandsmitglied vertreten lassen. Der Verunglückte oder seine Angehörigen dagegen können erwachsene Angehörige oder andere geeignete Personen als Beistand zur Verhandlung zuziehen. Die Vertreter der Genossenschaft und der Beistand des Berechtigten dürfen nicht zu solchen Personen gehören, welche das Verhandeln vor Behörden geschäftsmäßig betreiben. Die Sozialdemokraten beantragten, daß der Verunglückte oder seine Angehörigen sich durch jeden vertreten lassen könnten, den sie dazu für geeignet halten, also auch durch Arbeitersekretäre oder Gewerkschaftsbeamte:

Abgelehnt von den Kompromissparteien.

In dem Spruchverfahren vor dem Versicherungsamt, Oberversicherungsamt und Reichsversicherungsamt entscheidet der Vorsitzende darüber, ob ein ärztliches Gutachten eingeholt wird oder nicht. Verlangt der Verunglückte oder seine Hinterbliebenen ein ärztliches Gutachten und hält der Vorsitzende ein solches nicht für unbedingt notwendig, so kann er dem Verunglückten oder seinen Angehörigen die Dedung der Kosten auferlegen. Die Sozialdemokraten wollten aber dem Verunglückten und seinen Angehörigen in allen Instanzen das Recht sichern, daß auf ihr Verlangen ein Gutachten von dem von ihnen bezeichneten Arzt eingeholt wird, falls sie bereit sind, die Kosten in den Fällen zu tragen, in denen sich das Gutachten als nicht notwendig erwiesen hat:

Abgelehnt von den Kompromissparteien.

Der Vorsitzende des Reichsversicherungsamtes hat die Befugnis, eine Vorentscheidung ohne mündliche Verhandlung abzugeben. Die Sozialdemokraten beantragten, diese für die Versicherten sehr gefährliche Bestimmung zu streichen:

Abgelehnt von den Kompromissparteien.

In gewissen Fällen kann der Vorsitzende in mündlicher Verhandlung allein entscheiden. Auch dieses Verfahren ist geeignet, die Arbeiter zu schädigen und deshalb beantragten die Sozialdemokraten die Streichung:

Abgelehnt von den Kompromissparteien.

Das Versicherungsamt kann Bevollmächtigte und Beistände zurückweisen, die das Verhandeln vor Behörden geschäftsmäßig betreiben, also auch Arbeitersekretäre und Gewerkschaftsbeamte. Diese Personen müssen ausdrücklich zur Vertretung vor den Versicherungsämtern, Oberversicherungsamt und Reichsversicherungsamt zugelassen werden. Die Sozialdemokraten beantragten, daß die Arbeitersekretäre und Gewerkschaftsbeamten ohne weiteres berechtigt sein sollten, vor den Versicherungsbehörden als Vertreter der Arbeiter aufzutreten:

Abgelehnt von den Kompromissparteien.

In Sachen der Secunfallversicherung ist für die Zuständigkeit des Oberversicherungsamtes nicht, wie sonst, der Wohnsitz des Verunglückten, sondern der Heimatort des Verunglückten maßgebend, oder desjenigen Betriebes, an dem sich der Unfall ereignet hat. Diese schwere Belästigung der verunglückten Seeleute, die nicht in diesem Bezirk wohnen, wollten die Sozialdemokraten gestrichen haben:

Abgelehnt von den Kompromissparteien.

In den meisten Unfallversicherungssachen ist der Rekurs an das Reichsversicherungsamt beseitigt worden, so daß das Oberversicherungsamt als letzte Instanz entscheidet. Die Sozialdemokraten beantragten, daß diese sehr bedenkliche Verschlechterung gestrichen wird:

Abgelehnt von den Kompromissparteien.

Reichstag.

182. Sitzung, Dienstag, den 23. Mai, mittags 12 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Staatssekretär Jörn v. Dula, Staatssekretär v. Delbrück, Reichskanzler v. Bethmann Hollweg.

Worten. Es heißt: Doktor Albert Wehmann. Ich sag': „bis auf weiteres“, denn ich hab's nicht schriftlich gegeben und man soll überhaupt nie schriftlich geben, weil der Mensch ja leicht morgen ein anderer ist als heute. Ich bin natürlich christlichsozial und stramm antisemitisch und ein deutscher Mann, der die Ansichten des Herrn von Benedikt in der „Freien Presse“ teilt. Ich vertrete, wie das bei einem christlichsozialen selbstverständlich ist, alle Stände und alle Interessen und siehe da auf dem Standpunkte: „Jedem das Seine.“ Jedem muß geholfen werden. Wie das geschehen soll, dafür habe ich ein ausführliches Exposé bei mir. . . . Bitte, nur einen Moment Geduld, bis ich mir meine Zettel, wo alles draussteht, geordnet habe! Also, geben Sie acht. Vor allem muß natürlich dem kleinen Ranne geholfen werden, das Handwerk muß wieder einen goldenen Boden bekommen. Ich werde daher bestrebt sein (siehe in den Zeiteln nach), das Koalitionsrecht der Arbeiter auszubauen und die Unfallversicherung auch auf Kleinbetriebe zu erstrecken. Den Arbeitern, die ja unter der Teuerung und unter der Wohnungsnot so schwer leiden, muß natürlich auch geholfen werden, und zu diesem Zwecke werde ich . . . na, was steht denn nur in den Zeiteln . . . aha! . . . Verschärfung der Strafbestimmungen zum Schutze der Arbeitswilligen beantragen. . . . Ein besonderes Augenmerk gedente ich auf die Lage der Postoffizianten und Vertragsbeamten zu richten, denen wohl am besten durch entsprechende Regulierung der Güterpreise und Öffnung der serbischen Grenzen geholfen werden kann. Dagegen ist es mit Rücksicht auf die Lage der Handlungsgärtner, die ja agrarische Interessen haben, notwendig, die serbischen Grenzen zeitweilig wieder zu schließen. Am besten werden sich da die Interessen des christlichen Volkes unter einen Hut bringen lassen, wenn wir die Grenzen einen Teil des Jahres offen, den anderen Teil des Jahres geschlossen halten, genau so wie die Theater. Ich möchte Ihnen noch einiges sagen, aber jetzt sind gar meine Zettel hinuntergefallen und ganz durcheinander gekommen. Da könnt ich mich leicht irren. Jedenfalls werde ich im Parlament immer im Sinne meiner Ausführungen positiv arbeiten zum Wohle des christlichen Volkes aller Stände.“

Am Tolstois Erbschaft. Aus Petersburg wird dem „Corriere della Sera“ berichtet: Die Erörterungen und Feindseligkeiten, die sich an Tolstois Testament knüpfen und die bereits erledigt zu sein schienen, sind jetzt, wo die Zeit der Veröffentlichung der nachgelassenen Werke des Dichters nahebrückt, unter den Mitglieder seiner Familie von neuem zum Ausbruch gelangt. In diesen Tagen fand in Moskau eine Beratung der drei Anwälte der Gräfin Alexandra Tolstois, der Tochter und Universalerin Tolstois, statt. Man kam zu dem Entschluß, gegen die Witwe Tolstois einen Prozeß anzustrengen und die Rückgabe aller Manuskripte, die in ihrem Besitz sind, zu fordern. Die Witwe ist auf diesen Prozeß längst vorbereitet und gut gerüstet. Sie ist entschlossen, auf gerichtlichem Boden mit aller Entschiedenheit um ihre Rechte zu kämpfen und

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Verfassung Elsaß-Lothringens.

Abg. Dr. Wagner-Sachsen (L.): Ich habe zunächst namens meiner Freunde namentliche Abstimmung über unseren Antrag zu beantragen, der dahin geht, in Artikel 1 den Absatz 3 zu streichen, wonach die drei Stimmen Elsaß-Lothringens nicht gezählt werden sollen, wenn sie im Bundesrat den Ausschlag für Preußen geben würden. Es ist wohl noch nicht dagewesen, daß ein grundlegender Paragraph der Reichsverfassung geändert werden soll unmittelbar auf Anregung einer Kommission des Reichstages. Eine Partei, der gesetzgeberisch positives Arbeiten zur Gewohnheit geworden ist, die sich als zuverlässig in nationalen Fragen stets erwiesen hat, die auch gern bereit ist, mit der Regierung zu gehen, wo es ihre Überzeugung gestattet, für eine solche Partei, für unsere Partei, sind es wohlwollendere, ernste Gründe, die uns hindern, in dieser Frage der Regierungsvorlage zuzustimmen. Der Absatz 3 im Artikel 1 enthält einen unlöslichen Widerspruch. Der Staatsrat Elsaß-Lothringens wird vom Kaiser ernannt, wenn aber Elsaß-Lothringen im Bundesrat sein Stimmrecht wirksam ausüben will, dann muß es gegen Preußen und damit auch gegen den preussischen König, den Kaiser stimmen. Nicht nur von konservativen, sondern auch von hervorragenden national-liberalen und liberalen Führern ist anerkannt worden, daß die von uns abgelehnte Bestimmung eine große Schwächung Preußens bedeutet. Auch die fortschrittliche „Rössische Zeitung“ hat das in einem Artikel zugegeben. Dem preussischen Staat und seiner historischen Bedeutung verdanken wir in erster Linie die Einheit des Deutschen Reiches. (Weisfall bei den Konservativen.) Da kann die Einführung einer direkten Ausnahmestimmung gegen Preußen unsere Zustimmung nicht finden. (Sehr richtig! bei den Konservativen.) Wenn wir den Absatz 3 ablehnen, so stehen wir auf dem Boden, den die Reichsregierung bisher immer eingenommen hat und den auch liberale Führer früher geteilt haben. Wir sind die Hüter der Reichsverfassung, wenn wir die Vorlage ablehnen. (Lächerlicher Weisfall bei den Konservativen.)

Auf Antrag des Abg. Müller-Weinungen (Op.) wird beschlossen, die Debatte über die Artikel 1 und 2 der Vorlage zu verbinden.

Reichskanzler von Bethmann Hollweg:

Der Widerspruch von rechts kommt mir nicht überraschend, ich habe ihn von vornherein erwartet und ich habe mich niemals dem Glauben hingegeben, daß die Bedenken auf der rechten Seite, die auf grundsätzlicher Überzeugung beruhen, beseitigt werden. Wer, wie ich, in der fortschreitenden Vervollständigung der Reichslande nicht nur eine notwendige Konsequenz der von Bismarck inaugurierten Politik sieht, sondern zugleich ein Mittel erblickt, um das Land weiter zu entwickeln und damit mehr und mehr mit dem Reiche zu verschmelzen, dem sind die Bundesratsstimmen in dem Sinne eine Verbesserung. (Zustimmung links.) Es soll eine Inkongruenz (ein Mangel an Übereinstimmung) darin liegen, wenn man einem Glied des Reiches, das nicht Bundesstaat ist, Bundesratsstimmen gewährt. Ich gebe Ihnen diese Inkongruenz zu, aber ich frage Sie: was wiegt schwerer, diese Inkongruenz oder die für die Reichslande eröffnete Möglichkeit, ihre Landesinteressen gleich den übrigen Bundesstaaten im Bundesrat zu vertreten? Diese selbständigen Landesinteressen bestehen schon heute. Ihre Existenz ist ganz unabhängig von irgend einer Verfassungsreform. Daß diese Interessen gegenwärtig nicht so wie die der übrigen Bundesstaaten mitgesprochen können, wird in den Reichslanden als eine Zurücksetzung empfunden. (Sehr richtig! links.) Wenn wir dieses Gefühl beseitigen, dann werden wir denjenigen, welche gegen die Verschmelzung der Reichslande mit dem Reiche sind, eine gewichtige Waffe aus der Hand. Mit der Klausel, die an die Bundesratsstimmen angeknüpft worden ist, finde auch ich mich als Preuße wahrlich nicht leicht ab. Erleichtert wird mir der Entschluß nicht bloß durch die geringe Anzahl von Fällen, in denen zahlenmäßig der preussische Einfluß im Bundesrat leiden könnte, sondern auch durch den historischen Verursacher, den Preußen in Deutschland erfüllt hat und weiter erfüllen wird. (Sehr richtig!) Man hat noch mit Bezug auf andere Punkte den Vorwurf erhoben, im Verlaufe der Verhandlungen wären die Verbündeten Regierungen zu weit von ihrem ursprünglichen Entwurf abgewichen. Sie hätten zu große Konzessionen gemacht. Meine Herren, glauben Sie nicht, daß wir daran Freude haben, Konzessionen zu machen. (Heiterkeit.) Unsere Abneigung dagegen ist genau so groß, wie die Ihrige. Aber noch niemals hat eine Partei über Konzessionen geklagt, und deshalb die Regierung der Barmherzigkeit geziehen, wenn ihr selber Konzessionen gemacht wurden. (Sehr richtig!)

hat sich nach Petersburg begeben, um die Aufsichtsbehörden zu einer Intervention zu veranlassen und den Jaren um eine Audienz zu bitten. Sie behauptet, daß Tolstoi außer dem Testament, das sie sagt all ihrer Rechte beraubt, noch ein anderes, für sie weit günstigeres Testament hinterlassen habe, und daß dieses Testament von den Testamentsvollstreckern beiseitegeschafft worden sei. Die Gräfin verläßt sich auch stark auf das Zeugnis des Direktors des Historischen Museums zu Moskau, dem Tolstoi persönlich gesagt haben soll, daß alle Manuskripte, die er dem Museum zur Aufbewahrung übergeben, ausschließliches Eigentum seiner Frau seien. Während ihres Aufenthaltes in Petersburg knüpfte die Gräfin auch mit der Regierung Unterhandlungen wegen des Verkaufs von Jasnaja Poljana an; die Regierung soll das Gut kaufen wollen, und die Verhandlungen sollen dem Abschluß nahe sein. Der Kaufpreis soll 600 000 Rubel betragen. Jasnaja Poljana würde also Nationaleigentum werden. Die Gräfin hatte in Petersburg noch anderes zu tun: sie wollte die letzten drei Bände der Gesamtausgabe der Werke ihres verstorbenen Gatten, die von der Polizei konfisziert und von der Zensur verboten worden sind, zu retten suchen. Mit diesen Bemühungen hatte Tolstois Witwe aber keinen Erfolg. Das Appellationsgericht zu Moskau verurteilte die drei Bücher und entschied, daß alle Artikel, die von der Polizei für gefährlich erachtet werden, aus den Büchern herauszuscheiden und zu verbrennen seien. Der 19. Band, der jetzt 830 Seiten hat, wird nach dem Autodafé nur noch 150 Seiten haben und der 20. Band statt 640 nur noch 212.

Notizen.

— Wie wird man Intendant? Antwort: Man flamme aus einer adligen Familie, der Vater sei ein höherer Militär, z. B. Brigadeadjutant, die Mutter muß möglichst aus dem gleichen Milieu stammen. Dann werde man Rabat bei einem gut angeordneten Regiment und gehe womöglichst zur Kavallerie über. Gelegentlicher Verkehr mit Herrn v. Hülsen und so'n bishen Discretionerlei bei irgend einem „Theaterfrühen“, Studium an einem Berliner Theater — und die Sache ist gemacht. Voraussetzung ist nur, daß man schon einen Herzog als Protektor hat, der gerade einen Intendanten braucht. Das alles war bei dem Leutnant Holtzoff v. Jagmann der Fall, und deshalb wurde er Koburg-gerthaler Hoftheaterintendant.

— Englische Erfindungen. Während des Jahres 1910 hat das englische Patentamt 30 388 Patentanmeldungen, 82 212 Patente und 5722 Fabrikmarken registriert. Die größte Zahl der Patente beschäftigte sich mit der mechanischen Beförderung. Dagegen hat sich die Zahl der Erfindungen auf dem Gebiete der Luftschifffahrt gegenüber dem Vorjahre etwas vermindert. Ueber 100 Patente bezogen sich dabei auf militärische Aufgaben der lenkbaren Luftschiffe und Flugmaschinen; vor allem wurden besonders konstruierte Kanonen und Geschosse und andererseits Mittel zur Abwehr dieser neuesten Waffe erfunden.

und Helferlein.) Man verkörpert nur diejenigen Konzeptionen, welche einem selbst unangenehm sind. (Sehr richtig!) Deshalb müssen die Regierungen sich in jedem einzelnen Falle fragen: Ist der Gewinn das Opfer den Einsatz wert? Trotz aller Angriffe, die von mir, weil sie von nationaler Sorge diktiert werden, gewiß nicht leicht genommen werden, halte ich an meiner Ansicht fest, daß die Fortbildung der reichsständischen Verfassung eine Notwendigkeit ist. (Beifall links.) Man hat mir gesagt: „Gut, annectieren können wir nicht mehr. Bis zu den 80er Jahren haben wir den Reichsländern schrittweise größere Selbstständigkeit eingeräumt, aber jetzt einen Schritt weiter zu machen und noch dazu einen so großen Schritt, dazu ist die Zeit noch nicht gekommen, dazu ist Elsass-Lothringen noch nicht reif.“

Reif? Wofür? Daß die reichsständische Regierung im Bundesrat mitstimmt? Man wird diese durch Vermittlung des Statthalters ausübende Befugnis nicht unter dem Gesichtspunkt der politischen Reife ansehen können, oder glauben Sie etwa, daß durch die Bundesratsstimmen die Verbindung der Reichsländer mit dem Reich gelockert wird? Im Gegenteil, befestigt wird sie durch sie. Nicht reif dafür, daß ein in den Reichsländern einzurichtendes Oberhaus in der Landesgesetzgebung die Funktionen übernimmt, die gegenwärtig der Bundesrat ausübt? So hoch die Schaffung eines neuen reichsständischen gesetzgebenden Organs als Bestandteil einer größeren Autonomie der Reichsländer geschätzt werden muß, wenn Sie hier von einem gefährlichen, riskanten Vorgehen sprechen wollen, dann ist das nicht diese Stelle, dann ist es das Gesetz von 1877 gewesen, das den Landesauschuß an die Stelle des Reichstages setzte. Denn damit ist der Schwerpunkt der Landesgesetzgebung in das Land selbst gelegt worden. Und in noch höherem Grade gilt dies von dem Verfassungsgesetz von 1879, das ein selbständiges, reichsständisches Ministerium, das einen Staatsrat schuf, das den Landesauschuß in seinen Befugnissen neu regelte. (Sehr richtig!) Ja! Damals hätte man fragen können: Ist Elsass-Lothringen denn reif dazu, diese Einrichtungen staatlichen und verfassungsmäßigen Eigenlebens zu bekommen? Aber heute? Die Gegner der Vorlage beschreiben die Situation. Es wird der Anschein erweckt, als ob Elsass-Lothringen gegenwärtig noch kein derartiges Staats- und Verfassungsleben besäße, als wären wir es jetzt, die wir mit dieser Vorlage ein solches Leben neu stiften und als ob wir damit dann das Reich in Gefahr stürzen. Nein, meine Herren, so liegt die Sache nicht. Dieses selbständige Leben in den Reichsländern existiert bereits, es ist unvollkommen, es hat Mängel an sich, die beseitigt werden müssen, die man meiner Ueberzeugung nach schon längst hätte beseitigen müssen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten. Beifall links.) Aber es ist kein neues Haus, was wir aufzurichten, sondern wir versuchen da ein vorhandenes Haus wohnlicher einzurichten und so muß nach meiner Ansicht auch die Uebertragung landesgesetzlicher Befugnisse an das Oberhaus beurteilt werden. Diese Uebertragung ist lediglich eine natürliche und notwendige Folge jenes Gesetzes von 1877, das für die Landesgesetzgebung dem Reichstage den Landesauschuß substituiert hat. Und endlich das Wahlrecht zur zweiten Kammer.

Es ist sehr heikel, darüber zu urteilen, ob ein Volk für dieses oder jenes Wahlrecht reif sei.

Es ist sehr heikel. Wenn hier in diesem Saale ein jeder ganz freiweg von der Leber spräche, ich glaube, dann würden wir auch, abgesehen von Elsass-Lothringen, ganz eigenartige Dinge zu hören bekommen. (Weiterkeit und Zustimmung.) Ein jedes Wahlrecht können wir nach den Reichsländern nicht importieren. Nun bin ich weit davon entfernt, alle Ueberlegungen, welche Ihre Kommission an dem Wahlrecht vorgenommen hat, für Verbesserungen anzusehen. Ich bedauere es nur, meine Herren von der konservativen Partei, daß Sie von vornherein in der Kommission passiv beiseite gestanden haben. (Sehr richtig! im Zentrum.) Hätten Sie das nicht getan, dann wäre es möglich gewesen, manchen Vorarbeiten eine andere Fassung zu geben. (Sehr richtig!) Ich bitte, vergegenwärtigen Sie sich doch noch einmal den Verlauf der ganzen Sache. Seit zehn Jahren wird der Reichskanzler in diesem hohen Hause alljährlich gefragt, wie es mit der Weiterbildung der reichsständischen Verfassung stehe. Seit Jahren wird diese Weiterbildung von der reichsständischen Regierung befristet. Als ich vor einem Jahre den Entschluß anfandigte, ein entsprechendes Gesetz vorzulegen, da ist diese Absicht von dem überwiegenden Teile dieses hohen Hauses mit Wenigkeit begrüßt worden. Reichsländer, und zwar Reichsländer, die aber jeden Verdacht deutschfeindlicher Stimmung weit erhaben sind, haben mir immer wieder gesagt: der Druck, der auf unserer politischen Entscheidung lastet, ist das Gefühl, daß wir als Deutsche zweiter Klasse behandelt werden. (Sehr richtig! bei den Elässern.) Diesen Druck wollen wir mit der Vorlage beseitigen und damit schädigen wir nicht das Reich, sondern wir fördern es. (Sehr richtig!) Gewiß, jede Maßnahme, die sich mit Elsass-Lothringen beschäftigt, schließt eine große Verantwortung in sich. Aber ich frage, welche Verantwortung ist die größere: Unthätig mit den Händen im Schoß dem Fortgeschreiten von Zuständen zuzusehen, die kein Mensch für richtig, für befriedigend, für fördernd ansehen kann, oder aber die Verantwortung dafür, zu versuchen, die bestehenden Mängel zu beseitigen? (Sehr richtig!) Ich will die Verantwortung für die Unthätigkeit nicht tragen. (Beifall.) Damit wende ich mich zu den Parteien, die sich entschlossen haben, die Regierung bei ihrem Vorgehen zu unterstützen. Bei dieser Gelegenheit ist uns draußen in der Presse, mir und der Vorlage, der Vorwurf gemacht worden, daß ja selbst die Sozialdemokraten anscheinend die Absicht hätten, die Vorlage zu unterstützen. Eine rechtsstehende Zeitung hat vor einigen Tagen von der Morgengabe gesprochen, die die Sozialdemokraten dem deutschen Kaiser mit diesem Gesetz darbringen. Das ist ein Schlagwort, das gehen soll, aber es ist unwarhaft. (Sehr richtig!) So wenig wie ich es Ihnen von der konservativen Partei verargen kann, daß Sie Ueberzeugungen und preussisches Empfinden nicht aufgeben wollen, das Ihnen verbietet, für die Vorlage zu stimmen, so wenig kann ich den Herren Sozialdemokraten verbieten, für die Vorlage zu stimmen, falls Sie die Absicht dazu haben. (Weiterkeit.) Ich kann nicht etwa deswegen die Vorlage zurückziehen. Das würde doch gerade der Auffassung von der unabhängigen Haltung der Regierung widersprechen, die gerade von der rechten Seite des Hauses mit Recht von der Regierung gefordert wird. (Sehr richtig!) Aber ich schreibe daraus noch ein weiteres. Der Weg, den die Kommissionsverhandlungen gegangen sind, ist so voll Dornen gewesen, wie es selten der Fall gewesen ist. (Sehr richtig!) Eine Ueberzeugung wieb sich da Ihnen allen aufgedrängt haben: das, worum wir hier kämpfen, steht zu hoch, als daß Fraktions- oder Parteinteressen dabei den Ausschlag geben könnte. (Sehr richtig!) Wir alle haben ein gleichmäßiges Interesse daran, daß sich Elsass-Lothringen politisch und wirtschaftlich richtig entfalte. (Sehr richtig!) Das ist das sicherste Mittel für seine Verschmelzung mit dem Reich. Das Land ist uns vor 40 Jahren durch das Vertrauen unserer Väter geworden. Durch dieses Vertrauen werden wir auch jetzt vorwärts kommen. (Beifall: Der Reichskanzler verläßt den Saal.)

Abg. Böhle (Soz.):

Ich habe schon gelegentlich der Verlesung des Gesetzentwurfes in erster Lesung von dieser Stelle aus auf die wirtschaftlichen schweren Nachteile hingewiesen, die Elsass-Lothringen in den letzten Jahren dadurch erfahren hat, daß es im Bundesrat nicht vertreten war, daß es keine wirtschaftlichen Interessen dort nicht verteidigen konnte. Ich glaube auch, ich brauche nicht näher auf Einzelheiten einzugehen, sondern will nur konstatieren, daß die Kommissionsbeschlüsse dem Regierungsentwurf gegenüber einen Fortschritt bedeuten, soweit es sich um den Artikel I handelt. Im Artikel II werden diese Fortschritte allerdings wieder herabgemindert. Dort wird den Wünschen der großen Mehrzahl der elsass-lothringischen Be-

völkerung nicht mehr in der Weise entgegengekommen, wie es notwendig gewesen wäre. Den Herren der Rechten gehen zwar die geringen Zugeständnisse, die gemacht worden sind, zu weit, und sie kämpfen mit aller Energie dagegen an. Es ist eigenartig, daß ausgerechnet ein sächsischer Richter berufen sein muß, die Interessen der preussischen Junker hier zu vertreten. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Nach meiner Auffassung hätten gerade die Herren aus Sachsen alle Veranlassung, diese Vorlage namentlich in ihrem ersten Teil mit freundlichen Augen anzusehen und sich nicht als

Vorspann für die preussischen Junker

gebrauchen zu lassen. (Sehr richtig! links.) Wir wissen, daß dieser Gesellschaft jedes Verständnis dafür abgeht, daß die elsass-lothringische Bevölkerung ein Recht darauf hat, ebenfalls als gleichberechtigter Bundesstaat, als Glied des Reiches betrachtet zu werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Mit diesen Menschen sich über solche Dinge auseinandersetzen, halte ich für vollständig überflüssig. Die Herren wollen sich nicht befehren lassen. Die Konservativen, die noch entschlossen sind, gegen die Vorlage zu stimmen, werden dadurch der Bevölkerung zeigen, wo eigentlich die wahren Feinde der elsass-lothringischen Bevölkerung liegen. Die Vorgänge hier werfen ein großes Schlaglicht auf die politischen Verhältnisse in Deutschland überhaupt.

Sie zeigen, daß die preussischen Junker jedem noch so kleinen Fortschritt in Deutschland abhold sind.

(Sehr richtig! links.) Die sozialdemokratischen Vertreter haben in der ersten Lesung durch ihre Anträge die Wünsche der großen Mehrheit der elsass-lothringischen Bevölkerung vertreten. Elsass-Lothringen soll einen selbständigen Bundesstaat im Deutschen Reich bilden im wahren Sinne des Wortes, und die Bundesratsstimmen sollen ihm ohne jede Einschränkung gewährt werden. Das ist der Wille der elsass-lothringischen Bevölkerung, und das wollte auch unser Antrag. Wir beantragen weiter: die Staatsgewalt übt das Volk durch die auf Grund des Gesetzes berufene Regierung aus, die Regierungsgeschäfte werden durch einen vom Landtag aus seiner Mitte gewählten Regierungsausschuß besorgt. Auch hiermit hatten wir den Wünschen der Mehrheit des elsass-lothringischen Volkes Rechnung getragen. Diese unsere Anträge in der Kommission sind aber von den Vertretern sämtlicher bürgerlicher Parteien abgelehnt worden, obwohl man anerkannte, daß sie in der jetzigen Situation die konsequentesten waren. Wenn wir in der zweiten Lesung davon absehen, diese Anträge wieder im Plenum zu stellen, so geschieht es nur deshalb, weil wir die Ruhlosigkeit einsähen, hier im Plenum die Zustimmung der Mehrheit dafür erreichen zu wollen. Wir halten aber nach wie vor diese Anträge für durchaus berechtigt. Meine Freunde betrachten die Vorlage als

eine Abschlagszahlung,

einen Anfang zum Besseren. Im Artikel I sind Verbesserungen enthalten, denen wir zustimmen können. Die Zustände in Elsass-Lothringen beweisen, daß der Regierungskarren vollständig in den Sumpf gerät, wenn das Volk von der Regierung ausgeklüffelt ist und diese nur von einer bestimmten Klasse ausgeht. Unsere Kolobeln in Elsass-Lothringen haben in den letzten Jahrzehnten bewiesen, daß sie unfähig sind, die Interessen des Volkes zu vertreten. Die Vorlage soll den Anfang bilden zu einer vernünftigen Verfassung, mit der der Regierungskarren in Elsass-Lothringen aus dem Sumpf gezogen wird. Wir stimmen ihr deshalb zu. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Schäfer (Z.): Gerade das, was die Konservativen an der Vorlage bekämpfen, ist für uns das Erfreulichste. Wir begrüßen es, daß durch die Gewährung der drei Stimmen Elsass-Lothringen auf dem Wege zum Bundesstaat ist. In dem bisherigen Zustand mußte Elsass-Lothringen eine Jurisdiktion führen. — Daß Preußen nicht gern Konzessionen macht, wie der Herr Reichskanzler betonte, haben wir im Reichstag oft genug erfahren. Freilich machen auch die Parteien nicht gern Konzessionen, lieber nehmen sie solche entgegen. (Weiterkeit.) Auch bei dieser Vorlage werden wir noch gern einige Konzessionen entgegennehmen. Die Stellung Preußens im Bundesrat wird durch die drei Stimmen nicht alteriert. Auch wir hoffen, wie Herr Kollege Böhle, daß die Vorlage ein Anfang zum Besseren ist. Wenn seine Freunde bereit sind, hier positiv mitzuarbeiten, so wird das auch hoffentlich ein Anfang zum Besseren sein. (Weiterkeit und Bravo! im Zentrum.)

Abg. Wassermann (nat.): Der starke Wille der Kommission, aber alle Schwierigkeiten hinweg schließlich doch zu einem positiven Ergebnis zu kommen, entpang der Ueberzeugung von der Notwendigkeit, daß der bisherige Zustand in Elsass-Lothringen unhaltbar war. Die Erfahrung beweist eben, daß überall da, wo veraltete Verfassungen und Wahlrechtsformen die Entwicklung des Volkes einengen, sich

Währungsprozesse

geltend machen. Das sehen wir bis weit hinein in die Orientstaaten. Das Gesetz bedeutet ein großes Entgegenkommen gegenüber Elsass-Lothringen. Wir hoffen, daß in die Hand, die der Reichstag hier bietet, von der anderen Seite eingeschlagen werden wird. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Müller-Meinings (Sp.): Auch wir sind der Meinung, daß der kleinliche Fraktionsstandpunkt bei dieser Vorlage nicht ausschlaggebend sein darf. Es handelt sich hier um ein nationales Werk, für dessen Zustandekommen jede der zustimmenden Parteien Opfer bringt. Die Konservativen möchte ich darauf hinweisen: welche häßliche Freude würde es im Auslande erregen, wenn es nicht gelänge, den Reichsländern wenigstens ein Hauptstück der Autonomie zu verleihen. Aus kleinlichem preussischen Partikularismus und

aus Furcht vor dem allgemeinen Wahlrecht

sind die Konservativen zu Bundesgenossen der ärgsten Nationalisten in Elsass-Lothringen geworden. Wir hoffen, daß der Wunsch des Grafen Wedel nicht in Erfüllung gehen wird, daß die Konservativen über die Absicht der Vorlage hinweg dem Reichskanzler die Freundeshand reichen werden. Mit je größerer Mehrheit die Vorlage angenommen wird, desto besser für das Ansehen Deutschlands. (Bravo! links.)

Abg. v. Dittzen (Sp.): Ein großer Teil meiner Freunde stimmt der Vorlage zu. Auch wir bringen damit große Opfer und bedauern vor allem die

Verbengung vor der Sozialdemokratie,

die in dem Verzicht auf die Mehrheitsstimmen liegt. Abg. Graf Niefzinski (Vot.): Wir sind in diesem Falle mit dem Vorgehen der Regierung einverstanden. Sie hat Verständnis für die Gefühle der elsass-lothringischen Bevölkerung gezeigt. Mit dem Sprachparagrafen aber würde für uns die Vorlage unannehmbar. Möge die Regierung hier wirklich hart bleiben und Front machen gegen die Schwarzmacher, die bei jeder Gelegenheit den preussischen Standpunkt hervorkehren, wenn es gilt, einen Fortschritt zu verhindern. (Bravo!)

Abg. Graf (Wirtsch. G.): Die Kommissionsverhandlungen wären gescheitert, wenn nicht Dr. Franz Mannheim der Regierung als rettender Engel erschienen wäre. (Weiterkeit und Hört! hört! uns muß die Tatsache, daß die Sozialdemokratie dieser hochpotenzierten Vorlage zustimmt, äußerst mißtrauisch machen. Wir sehen in der Vorlage ein Ausnahmengesetz gegen Preußen.

Abg. Daus (G.): Namens meiner politischen Freunde habe ich zu erklären, daß wir dem konservativen Antrag auf Streichung des Absatz 3 im Artikel I zustimmen werden. Wir erblicken auch in dieser Bestimmung ein Ausnahmengesetz gegen Preußen. (Große Weiterkeit.) Als Gegner aller Ausnahmengesetze stimmen wir auch gegen diese Ausnahmestimmung, wenn sie sich diesmal auch gegen Preußen richtet. (Weiterkeit.) Wir wollen ein autonomer Bundesstaat sein, wie alle anderen. Wir bedauern deshalb die Fassung der Vorlage, die einen Stachel der Unzufriedenheit in den Herzen der Elässler zurücklassen muß. Ich bin nicht Jurist und bin

troub, daß ich es nicht bin. (Weiterkeit.) Spezialisten aber, wie Minister v. Delbrück, der frühere Minister Graf v. Posadowski und Hans v. Delbrück haben ausgesprochen, daß Bundesratsstimmen für Elsass-Lothringen so lange keinen Wert haben, als der Statthalter sie nach dem Willen des Kaisers instruiert. Auch wir meinen, daß es zu Konflikten zwischen Landtag und Statthalter, ja auch zwischen Landtag und Kaiser führen muß, wenn in der von der Regierung vorgefahragenen Weise die Bundesratsstimmen instruiert werden. (Abg. Emmel (Soz.) ruft: Sie haben es ja selbst beantragt! Große Weiterkeit.) Gältschen Sie doch nicht die Geschichte, ich habe das niemals beantragt. Der Redner begründet schließlich einen Antrag seiner Freunde, wonach der Statthalter selbständig die Beamten in Elsass-Lothringen ernennen soll.

Abg. v. Oldenburg-Jamuschau (L.): Der Abg. Dr. Wagner hat die Meinung meiner Freunde zu dieser Vorlage schon ausgesprochen. Unsere preussischen Kreise, die wir zu bereiten die Worte haben, würden es aber nicht verstehen, wenn in dieser für unser preussisches und deutsches Vaterland so ersten Stunde nicht auch ein Preusche spräche. Der Reichskanzler hat gesagt, es wäre bedauerlich, daß wir die Mitarbeit verweigert hätten. Ja, wenn wir selbst in der Lage gewesen, wenn wir den Zeitpunkt jetzt für gekommen gehalten hätten, diese Gesetzgebung für Elsass-Lothringen zu inszenieren, die Art, wie die Bundesratsstimmen wirken sollen, hätte uns jede Mitarbeit unmöglich gemacht, denn das ist für uns ein Ehrenpunkt. Ich möchte die Herren, die diese Empfindung mit uns teilen, bitten, die Gegnerschaft gegen diese Bestimmung nicht eine rein platonische sein zu lassen, sondern auch einem Gesetz die Zustimmung zu verweigern, welche diesen Absatz enthält. Denn entweder jagt dieser Absatz nichts — nun, dann ist es doch eine sehr bittere Empfindung für Preußen, wenn es in dem Bewußtsein, daß es seine nationale Pflicht in den 40 Jahren, seitdem das Reich besteht, erfüllt hat, nun erlebt, daß doch ein so erhebliches Mißtrauen gegen seine Führung obwaltet, daß eine derartige Einschränkung der Stimmen notwendig erscheint, oder es bedeutet etwas. Ich bedauere es, Herr Reichskanzler, daß in dieser Frage wir

vollkommen außer Fassung

gekommen sind mit dem Herrn Reichskanzler und dem preussischen Ministerpräsidenten. (Lautes Lachen links.) Denn wir erblicken in dieser Sache einen Schlag gegen die Ehre und das Ansehen Preußens. (Hört! links und vereinzelt Bravo! rechts.) Das auszupprechen, ist meine bittere Pflicht und Schuldigkeit, ob es mir angenehm ist oder nicht. (Sehr richtig! rechts.)

Der Reichskanzler hat auf den Fürsten Bismarck exemplifiziert. Es ist aber etwas anderes, ob Fürst Bismarck, der drei große Kriege für die Ehre unseres Vaterlandes geführt hatte (Bravo! rechts), um das Vertrauen der sächsischen Stämme zu gewinnen, bis an die Grenze des Möglichen ging, oder ob nach 40 Jahren irgend einer seiner Herren Nachfolger (Stürmisches Gelächter links) sich auf den Weg der Ausnahmengesetzgebung gegen Preußen begibt; denn darauf läuft die Klausel letzten Endes hinaus. Wir konservativen die wir nur schweren Herzens gegen die Regierung stimmen, die wir es sonst als unsere Aufgabe betrachten, die Regierung zu unterstützen (Lachen links), für uns ist es eine schwere Entscheidung in dieser Frage, gegen die Regierungsvorlage aufzutreten. Wenn der Herr Reichskanzler auf die preussische Geschichte einging, so muß ich sagen, im Privatleben gilt wohl der Satz: Welcher Mensch, hilfreich und gut! in der Politik hat zu große Raubgierigkeit aber niemals dem Vaterland genügt, vom laudinschen Joch bis Olmütz. (Lachen links.) Uns Konservativen wird es sehr schwer gemacht, die Regierung zu unterstützen, denn oft genug mühen wir erleben, daß die Regierung von ihr als richtig festgelegten Grundlagen selbst abweicht. Bei der ersten Reichsfinanzreform habe ich gegen meine Ueberzeugung gestimmt für die Einführung der Erbschaftsteuer, weil der Finanzminister v. Rheinbaben und der Reichskanzler Fürst Bismarck eindringlich nachwiesen, daß die Steuer in der vorgelegten Form dem Wohle des Vaterlandes entspricht und keine berechtigten Interessen verletzt, was ist mir aber passiert? Nach zwei Jahren hat derselbe Finanzminister v. Rheinbaben eine ebenso glänzende Rede gegen seinen früheren Standpunkt gehalten (Weiterkeit links) und der Reichskanzler Fürst Bismarck hat gesagt, daß wir ein triviales Spiel trieben mit den Interessen des Vaterlandes, wenn wir anderer Meinung sein würden. Durch die preussische kleine Wohlreform haben wir sechs Sozialdemokraten ins Abgeordnetenhaus gebracht. (Große Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Ich stimmte damals dafür, unter der Wucht der Erklärung des jetzigen Reichskanzlers, daß damit allem Notwendigen für Jahre hinaus Genüge geschehen sei. Zwei Jahre später brachte die Regierung schon eine neue Wahlreform, sogar in der feierlichen Form der Thronrede. (Große Weiterkeit links.) Der hochverehrte Herr Reichskanzler (Weiterkeit links) hat im preussischen Abgeordnetenhaus auf die großen Bedenken aufmerksam gemacht, die dem allgemeinen Wahlrecht entgegenstünden. Er hat vom göttigen Willen abhängig geäußert und sehr viel von mir verlangt,

daß ich für das allgemeine Wahlrecht stimme.

(Erneutes Lachen links.) Wer noch vor acht Tagen wie ein Winkelfried die Speere auf sich gelenkt und die Regierung im Kampfe gegen die Sozialdemokratie unterstützt hat, der würde heute die Zustimmung zu dieser Vorlage nicht verantworten können, weil sie nicht zustande kommen kann ohne die Hilfe der Sozialdemokratie. (Auf links: Es geht eben auch ohne Sie!) Nun hat der Reichskanzler sehr richtig gesagt, er könne die Sozialdemokraten nicht daran hindern, für die Vorlage zu stimmen. Selbstverständlich können wir Sie (zu den Sozialdemokraten) auch nicht daran hindern, wenn Sie einmal mit uns stimmen. Aber eins muß ich sagen: ich danke den Herren, die dieses Kompromiß inaugurieren und gefördert haben, daß sie und ausschließlich am Schluß der Verhandlungen. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Ueber das Ausmaß der Macht des deutschen Kaisers in Elsass-Lothringen oder über den Punkt mit den preussischen Stimmen im Bundesrat können wir nicht verhandeln mit Ihnen, meine Herren von der Sozialdemokratie. (Lautes Gelächter bei den Sozialdemokraten. Verhört! Verhört! rechts.) Das werden wir nicht tun, so lange die kaiserliche Standarte über dem Schlosse von Berlin weht. (Lautes Lachen links.) Das verbietet uns der Respekt vor der Stellung unseres kaiserlichen Herrn, das verbietet uns unser Gewissen und die Geschichte unseres Vaterlandes und unserer Partei. (Lautes Lachen links, wiederholter Beifall rechts.)

Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg: Am Schlusse seiner Ausführungen hat der Redner von den kaiserlichen Rechten in Elsass-Lothringen gesprochen, über die er nicht mit den Herren Sozialdemokraten verhandeln könnte. Sie, meine Herren von der konservativen Partei, werden den verbündeten Regierungen nicht den Vorwurf machen können, daß Sie die kaiserlichen Rechte in der von Ihnen eingebrachten Vorlage nicht hochgehalten haben, und nicht bis zum Schluß hochhalten werden. (Bravo!) Der Redner hat weiter der Auffassung seiner Partei über die Bundesratsstimmen einen scharfen Ausdruck gegeben. Er hat dabei die Wendung gebraucht, die den Bundesratsstimmen angelegte Klausel sei ein Schlag gegen die Ehre Preußens. Er hat vom laudinschen Joch und von Olmütz gesprochen. Ich habe im preussischen Abgeordnetenhaus — und das habe ich heute hier andeutend wiederholt — das Opfer anerkannt, das Preußen in der Gewährung dieser Klausel der Vorlage und dem Deutschen Reich gebracht hat. Ich habe ausdrücklich ausgesprochen, daß ich volles Verständnis und mehr als volles Verständnis — denn ich selber bin Preusche — dafür habe, daß Sie (zu den Konservativen) an dieser Klausel Anstoß nehmen. Aber es handelt sich um die Bedeutung dieser Klausel, um die Bedeutung der Macht Preußens im Bundesrat, und vor allem um die Tatsache, daß der Einfluss Preußens im Bundesrat nicht von Zahlen abhängt, sondern von der Haltung,

die Preußen bei der Führung der deutschen Geschichte einnimmt. (Wohol!) Wenn ich nicht bereit gewesen wäre, dieses Opfer zu bringen, dann hätten wir die Vorlage abgelehnt. (Lebhafte Zustimmung links.) Sie (zu den Konservativen) wollen auf einem Standpunkt stehen bleiben, der seit dem Jahre 1870 unverändert besteht. Ich halte es für notwendig,

einen Schritt vorwärts

zu machen. (Wohol! links.) Die Zukunft wird lehren, ob diejenigen, die stillstehen bleiben wollen, oder die, welche vorwärts gehen, recht haben. (Lebhafte Beifall links.) und ich würde nicht, wie ein entlassenes Vorwärtsgedenken sich mit den preussischen Traditionen, die ich eben so hoch bewerte, wie irgend einer in diesem Saale, irgendwie in Widerspruch setzen. (Lebhafte Beifall besonders links.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Zu dem Beschluß der Kommission auf Beseitigung des Alterspluralwahlrechts

Kann ich eine endgültige Erklärung der Verbündeten Regierungen noch nicht abgeben. Diese Entscheidung wird abhängen von der endgültigen Gestaltung der Vorlage. Aber das eine kann ich schon heute sagen, daß an diesem einen Punkt die Verbündeten Regierungen

eine ihnen sonst genehme Vorlage nicht scheitern lassen werden.

Gegen die Gewährung von Bundesratsstimmen an Elsaß-Lothringen habe ich mich allerdings bei der ersten Lesung ausgesprochen. Nachdem aber die Kommission mit 23 gegen 4 Stimmen die Bundesratsstimmen für Elsaß-Lothringen gefordert hatte, mußte sich die Regierung erneut mit dieser Frage beschäftigen. Der Fall, daß diese Stimmen zugunsten von Preußen nicht gezählt werden, wenn sonst mit ihrer Hilfe Preußen die Mehrheit im Bundesrat bei einer Abstimmung erhalten würde, kann unter all' den vielen Kombinationen und Möglichkeiten der Abstimmung nur einmal vorkommen, wenn das Stimmenverhältnis im übrigen 31:20 ist. Die Regierung geht bei ihrer Haltung davon aus, daß die Vorlage eine politische Notwendigkeit ist, daß es sich hier um ein großes nationales Werk handelt.

Abg. Dove (Sp.): Herr v. Didenburg möchte ich fragen: Haben wir die Preußen nach Olmütz geführt oder Sie? (Sehr gut! links.) Die Konservativen gehen heute nicht die Wege Bismarcks, sondern die Wege Gerlachs. Wenn Herr v. Didenburg das preussische Interesse betont hat, so sage ich ihm, wenn wir hier im Interesse Deutschlands handeln, so können wir niemals gegen die preussischen Interessen handeln, weil beide Interessen identisch sind.

Abg. Dr. Frank (Soz.):

Der Herr v. Didenburg macht dem Reichskanzler einen Vorwurf daraus, daß er sich die Zustimmung der Sozialdemokraten zu diesem Artikel 1 gefallen lasse. Ich habe den Eindruck, als wenn Herr v. Didenburg die Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion gern so behandeln möchte, wie die Stimmen Elsaß-Lothringens im Bundesrat (Weiterleit und Sehr gut! links), sie sollen nur dann zählen, wenn sie gegen die Regierung abgegeben werden. Ich glaube, er würde sich unsere Stimmen ganz gern gefallen lassen. (Sehr wohl! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Didenburg hat gegen das deutsche Interesse das preussische Interesse vertreten wollen. Ich gehöre nicht dem preussischen Staate an, halte mich aber doch für berechtigt und verpflichtet, das preussische Volk in seiner großen Nothlage in Schutz zu nehmen, daß durch Herrn v. Didenburg seine Interessen vertreten würden. (Sehr wohl! bei den Sozialdemokraten.) Was Herr v. Didenburg vertritt, sind lediglich

partikularistisch-elfässische Interessen.

(Sehr wohl! bei den Sozialdemokraten.) Es ist kein Zufall, sondern eine innere Notwendigkeit, daß Herr v. Didenburg hier Arm in Arm mit den polnischen und elfässischen Nationalisten austritt, und der Reichstag wird in seiner Mehrheit die Aufgabe haben, gegen das partikularistische und nationalistische Interesse das Interesse des Volksganzen zu vertreten. (Sehr gut! links.) Der Herr Reichskanzler hat schon mit Recht betont, daß die Konservativen heute nicht die Bahn v. Bismarcks, sondern die Bahn Gerlachs wandeln. Ich erinnere auch daran, daß Anfang der vier Jahre der damalige preussische Volksherr in einem Aufruf gegen den sogenannten Nationalitätenwindel gewandt hat, und darunter verstand er die Bestrebungen, Deutschland wirtschaftlich und politisch zu zerschneiden. (Hört! hört! links.) Ein späterer Kolonne jener Herren des preussischen Volksherrn ist Herr v. Didenburg. (Sehr gut! links.) Man hat gesagt, die Regierung gehe durch ein laudinisches Joch, wenn sie die Kommissionsbeschlüsse annehme. Das laudinische Joch wurde aufgestellt nach einem unglücklichen Kriege. Ich glaube, es entspricht nicht dem richtigen Empfinden, wenn man das Ergebnis eines Kampfes von Volksgenossen im Parlament vergleicht mit dem Ergebnis eines Krieges gegen einen Feind. Es werden hier keine laudinischen Joch aufgerichtet, sondern eine Mehrheit macht von ihrem Recht Gebrauch, das Gesetz so zu gestalten, wie sie es für richtig hält. Meinen Dänen habe ich nicht getraut, als Herr v. Didenburg dem Reichskanzler einen besonderen Vorwurf daraus machte, daß er vom Pluralwahlrecht abgehen wolle. Hat doch Herr v. Didenburg selbst in der Kommission für das gleiche Wahlrecht gestimmt. (Hört! hört! links.) Wenn er mir das mit einem ironischen Lächeln beifügt, so darf ich vielleicht daraus schließen, daß er damit einen schlechten Witz machen wollte, einen guten hat er ja in diesem Hause noch nie gemacht. (Weiterleit.) Sollte er nicht zum Zwecke der Erleichterung der Kommissionsmitglieder, sondern im Ernst für die Beseitigung des Pluralwahlrechts gestimmt haben, dann würde es nicht dem Ernst, wie wir ihn von einem Volksvertreter verlangen, entsprechen, wenn er nun der Regierung aus ihrer Stellung einen Vorwurf macht. Auch Herr Graef jammerte ja über diese Haltung der Regierung, während er selbst erklärte, er habe nichts gegen das gleiche Wahlrecht. (Hört! hört! links.) Herr Hauß hat dann mit begeisterten Worten sich dagegen gewandt, daß in Elsaß-Lothringen die gesetzgebende Gewalt durch den Kaiser ausgeübt werde. Dieser als er es sagte, hätte es auch kein Mitglied meiner Fraktion sagen können. (Weiterleit.) Wöste hat all das, wenn auch nicht mit gleichem Stimmenaufwand, vortragen. Wir waren nur etwas erstont über die Ausführungen des Abg. Hauß, weil seine Freunde noch vor wenigen Jahren hier selbst beantragt haben, daß der Kaiser in Elsaß-Lothringen die gesetzgebende Gewalt ausübe. (Hört! hört! links.) So in einem Antrag vom 5. Dezember 1905, der unterzeichnet ist auch von den Herren Wetterlé, Widling, Breiß, der heute in so ruhrenden Worten Preußen vor einem Ausnahmegeleitz bewahren wollte, und dann in einem weiteren Antrag vom 12. Mai 1907. Nachdem die elfässischen Nationalisten noch vor kurzem solche Anträge gestellt haben, heißt es uns etwas viel zumuten, wenn wir ihnen glauben sollen, daß sie jetzt ernstliche Bedenken gegen die Uebertragung der Landesgewalt an den Kaiser haben. — Der vorliegende Artikel enthält nicht alle, was wir verlangen, aber verwahren müssen wir uns dagegen, wenn hier behauptet wird, es würde hier ein Ausnahmegeleitz beschlossen. Wenn von jener Seite gegen ein Ausnahmegeleitz geredet wird, dann müssen Sie uns schon gestatten, daß wir dem ein

massives Widerstreben

entgegensehen. (Sehr wohl! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie gegen Ausnahmegeleitz sind, so werden Sie in den nächsten Tagen Gelegenheit haben, dieser Abneigung Ausdruck zu geben. (Wohol! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Debatte.

Abg. v. Didenburg (l. persönl.): Daß ich in der Kommission für das allgemeine Wahlrecht gestimmt habe, ist richtig. Ich habe es aus folgenden Gründen getan: da ich ein Gegner des Gesetzes bin, habe ich für das allgemeine Wahlrecht gestimmt, nachdem die Regierung erklärt hatte, daß mit ihm das Gesetz für sie unannehmbar sei. (Große Heiterkeit links.)

Abg. Dr. Frank (Soz.): Ich stelle fest, daß der Abg. v. Didenburg meine Behauptung bestätigt und noch in wertvoller Weise ergänzt hat. (Sehr wohl! links.)

Artikel 1 wird hierauf in namentlicher Abstimmung mit 200 Stimmen gegen 112 bei 2 Stimmenthaltungen angenommen. Zum § 5 nimmt das Wort

Abg. Gummel (Soz.):

Wir beantragen, besondere Abstimmung über den ersten Absatz dieses Paragraphen, weil in ihm von zwei Kammern die Rede ist und wir das Zweikammersystem ablehnen. Ferner beantragen wir besondere Abstimmung über den letzten Satz des vierten Absatzes dieses Paragraphen, wodurch die Regierung ermächtigt wird, nach Ablauf eines Etatsjahres bis zum Inkrafttreten eines neuen Etatsgesetzes Schatzanweisungen auszugeben, soweit die Einnahmen aus den auf besonderen Geleitz beruhenden Steuern und Abgaben nicht ausreichen, um die rechtlich begründeten Verpflichtungen der Landeskasse zu erfüllen.

Abg. Hauß (El.) befürwortet einen Antrag, wonach Steuern, falls der neue Etat nicht rechtzeitig zustande kommt, auf die Dauer von vier Monaten nach Maßgabe des letzten Etats fortgehoben werden können.

Abg. Ledebour (Soz.):

Wir können weder für die Regierungsvorlage, die der Regierung das unbeschränkte Recht gibt, bis zum Inkrafttreten eines neuen Etats nach Maßgabe des letzten Etats zu erheben, noch für die Abänderungen der Kommission und des Antrags Hauß stimmen. Das widerspricht unserer Auffassung nach dem Grundgedanken des konstitutionellen Budgetrechts und widerspricht der Reichsverfassung. Die Möglichkeit, das Budgetrecht der Regierung gegenüber zur Anwendung zu bringen, ist die notwendige Voraussetzung für ein wirklich konstitutionelles System und weil wir keinen Scheinkonstitutionalismus haben wollen, weder im Reich noch in einem Einzelstaat können wir dieser Regelung nicht zustimmen. (Wohol! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Debatte. Es läuft ein Antrag der Konservativen auf namentliche Abstimmung über den § 5 ein.

Auf Antrag Ledebour (Soz.) wird zunächst über die einzelnen Absätze getrennt abgestimmt, sie werden angenommen, der erste und letzte gegen die Stimmen der Sozialdemokraten. Es folgt die namentliche Gesamtstimmung über den Paragraphen. Sie ergibt die Annahme des § 5 mit 232 gegen 90 Stimmen (5 Stimmenthaltungen).

§ 6 enthält die Bestimmungen über die Zusammenlegung der Ersten Kammer.

Abg. Dr. Kießig (El.) begründet einen Antrag seiner Freunde des Inhalts, daß je zwei von den drei Bezirktagen des Landes aus ihrer Mitte gewählte Mitglieder, die beide einen reinen Landlanten vertreten, der Ersten Kammer angehören sollen, während nach der Vorlage diese Mitglieder von dem Landwirtschaftsrat gewählt werden sollen. Weitere Abänderungsanträge gehen dahin, daß die Zahl der vom Kaiser ernannten Mitglieder 12 nicht übersteigen darf, daß die Altersgrenze für das passive Wahlrecht von 80 auf 25 Jahre herabgesetzt werde und daß die ernannten Mitglieder der Ersten Kammer auf Lebenszeit berufen werden.

Abg. Winkler (l.): Wir haben Bedenken dagegen, daß dem Vertreter der israelitischen Konfession auch ein Sitz in der ersten Kammer eingeräumt werden soll. Solche Rechte waren bisher nur den großen privilegierten Kirchen, der evangelischen und der katholischen, eingeräumt. Wir legen nicht aus antisemitischen, sondern aus staatsrechtlichen Gründen Verwahrung dagegen ein, daß hier zum ersten Male der israelitischen Konfession ein solches Recht verliehen werden soll.

Abg. Fehrenbach (l.) spricht sich gegen die eingebrachten Abänderungsanträge aus. Die für die Anträge geltend gemachten Gründe seien doch nicht wichtig genug, um die Vorlage daran scheitern zu lassen. In der Kommission sei schon das möglichste getan worden, um die Vorlage zu verbessern.

Abg. Hauß (El.) empfiehlt nochmals die Anträge seiner Freunde, die nicht gestellt worden seien, um dem Kaiser das Ernennungsrecht überhaupt zu bestreiten. Der Grund für diese Anträge sei nur die Zurückweisung der Ansicht, als müsse die Hälfte der Mitglieder des Oberhauses deshalb vom Kaiser ernannt werden, weil die elfässische Bevölkerung in nationaler Beziehung nicht genügend zuverlässig sei.

Bei der Abstimmung wird § 8 unter Ablehnung aller Abänderungsanträge in der Kommissionsfassung angenommen.

Für den Antrag, die Zahl der vom Kaiser ernannten Mitglieder auf zwölf zu beschränken, stimmen neben den Elfässern auch die Sozialdemokraten.

Die §§ 7-24 werden debattelos angenommen.

§ 24 bestimmt die Einführung des Gesetzes, betr. die Gleichberechtigung der Konfessionen in bürgerlicher und staatsbürgerlicher Beziehung in Elsaß-Lothringen.

§ 24 regelt die Amtssprache.

Abg. Schädel (l.) erwidert die Regierung, die geltenden Bestimmungen über die Zulassung der französischen Unterrichtssprache in Landesteilen mit überwiegend französisch sprechender Bevölkerung nicht zu ungunsten der französischen Sprache zu verabschiedern. Der Redner ersucht weiter um Auskunft darüber, in welchem Umfange die konfessionellen Schulen bestehen sollen.

Minister Delbrück: Die Unterrichtssprache ist die deutsche. Ausnahmen wurden bisher nur in Landesteilen mit überwiegend französisch sprechender Bevölkerung gemacht. Wir beabsichtigen nicht, diese Ausnahmen weiter auszudehnen. Die Konfessionsschule ist in Elsaß geltendes Recht. Ausnahmen werden nur gemacht, wenn die Zahl der Kinder anderer Konfession in einer Schule so gering ist, daß die Errichtung einer besonderen Konfessionsschule für diese Kinder schultechnisch nicht zweckmäßig erscheint.

Abg. Bed-Weidberg (nat.) tritt für die Kommissionsfassung ein. Allmählich müsse die Elsaß-Lothringische Bevölkerung auch durch den Gebrauch der deutschen Sprache die Zugehörigkeit zum Deutschen Reiche äußerlich bedunden.

Abg. Winkler (l.) befürwortet einen Antrag, wonach bei Errichtung der öffentlichen Volksschulen die konfessionellen Verhältnisse zugrunde zu legen sind. Ferner soll eingefügt werden, daß in Bezirken, wo die deutsche Sprache von einer größeren Anzahl der Schulkinder nicht genügend verstanden wird, der Staat für die nächsten 15 Jahre die französische Sprache als Unterrichtssprache in den Volksschulen des betreffenden Bezirks zulassen kann.

Abg. Dessor (El.): Wir fordern die Streichung des Sprachparagraphen, aber die Sicherung der konfessionellen Schulen in Elsaß-Lothringen. Die Sprache ist doch nicht in Gefahr, wohl aber die Konfessionalität der Volksschule, und wir haben nicht das Vertrauen zur Regierung, daß sie diesen konfessionellen Charakter der Volksschule unter allen Umständen aufrechterhalten wird. Für den Sprachparagraphen sind lediglich taktische Rücksichten maßgebend: man braucht die zwanzig Stimmen von Herrn v. Dissen. In der Kommission waren die meisten Herren dagegen, daß eine solche Bestimmung über die Sprache in die Verfassung gehöre. Auch der Vertreter der Elsaß-Lothringischen Regierung hat dort erklärt, es liege keine nationale Gefahr vor. Wenn wir die laizistischen Menschen wären und das Volk in Elsaß-Lothringen aufheben wollten, würden wir Ihnen sagen, nehmen Sie den Sprachparagraphen an, Sie handeln damit nur im Interesse der Nationalisten.

Abg. Bebel (Soz.):

In keiner Frage wird uns die Abstimmung so leicht, wie in dieser. Ich gestehe ganz offen, daß mir in meinem ganzen parlamentarischen Leben das Abstimmen

nicht so schwer geworden ist wie manmal heute, aber dazu gehört dieser Paragraph nicht. (Hört! hört!) Es wäre ja besser, er wäre nicht im Gesetz, streng genommen gehört er auch nicht hinein. Aber nachdem er einmal in die Vorlage aufgenommen ist, frage ich mich wirklich, ob man ernstliche Be-

denken gegen diesen Paragraphen erheben. Er kann lediglich nach Ansicht meiner Freunde aus Elsaß-Lothringen lediglich den bestehenden Zustand in bezug auf die Sprache und auch der Vorredner hat trotz seiner heftigen Polemik anerkannt, daß der bestehende Zustand nichts zu wünschen übrig läßt. Es ist also ein Zustand vorhanden, gegen den bisher ernstliche Bedenken im Lande nicht erhoben worden sind. Wäre es anders, so wäre auch unsere Stellung eine andere. Würde es sich etwa in diesem Paragraphen um die Dänen oder Polen handeln, so würden wir entschieden Gegner des Paragraphen sein. Der preussischen Regierung, dem preussischen Dreiklassenparlament würden wir einen solchen Paragraphen nicht anvertrauen. (Sehr wohl! bei den Sozialdemokraten.) Die bloße Tatsache, daß die Elsaß-Lothringern mit den jetzigen Sprachverhältnissen zufrieden sind, die Polen aber außerordentlich unzufrieden, beweist, wie verschiedenartig die Stellung der Regierungen in der Sprachenfrage ist. Die Behandlung der polnischen Minderheiten in Preußen ist ja das Ärgste, was sich denken läßt. (Sehr wohl! bei den Sozialdemokraten und den Polen.) Eine solche Unterdrückung der Muttersprache wäre aber in Elsaß-Lothringen gegenüber der französisch sprechenden Bevölkerung einfach unmöglich. Dort ist die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung eben der französischen Sprache mächtig und keine Partei von nennenswerter Bedeutung auftreten und verlangen, daß man der französischen Sprache in den Schulen zu nahe tritt. Nach heute ist französisch in den höheren Gesellschaftskreisen dort allgemein Umgangssprache und es gibt in keinem deutschen Lande so viel Arbeiter, die der französischen Sprache mächtig sind. Und da sollte eine Regierung es wagen, irgendwie die französisch sprechende Bevölkerung in ihren Rechten zu kränken. Kein Landtag, auch keine Kammer in Elsaß-Lothringen würde für solche Maßregeln zu haben sein. Sie würden vielmehr entschieden Protest dagegen erheben. Aus diesen Gründen wird es mir unüberwindlich, für diesen Paragraphen zu stimmen. — Was nun den Antrag Normann anbetrifft, so habe ich mir gesagt, als ich ihn las: und das sind dieselben Herren, die im preussischen Landtag fortgesetzt die Regierung schamlos machen, die polnische Sprache zu unterdrücken. Das ist doch ein ganz wunderbarer Widerspruch. (Sehr wohl! h. d. Soz.) Ich hoffe, die Herren polnischen Kollegen werden bei der nächsten Gelegenheit einen Antrag, der diesem Antrag Normann entspricht, in Preußen einbringen, dann wird sich ja zeigen, wie inkonsequent das Vorgehen der Konservativen ist. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Vorredner protestierte dann auch gegen die ungeheure Benachteiligung der Religion, die er in dem Gesetz findet. Glaubt denn heute noch etwa jemand, daß in Deutschland ein neuer Kulturkampf möglich wäre? Bei dem Kulturkampf hat ja Bismarck vor Ihnen kapitulieren müssen. Sie sind die Sieger geblieben und heute heißt es, die Religion muß dem Volke erhalten bleiben. Sie (zum Zentrum) wissen ganz genau, daß Sie heute Trümpf sind. Natürlich ist es Taktik von Ihnen, daß Sie sich sträuben, das anzuerkennen.

Sie müssen fortgesetzt kämpfen und zimmern, damit Sie immer mehr kriegen.

(Weiterleit und Sehr wohl! bei den Sozialdemokraten.) Alles, was auf dem Gebiete der Schule geleistet wird, geschieht zu Ihren Gunsten, aber Sie sind unerzättlich. (Sehr wohl! bei den Sozialdemokraten.) Sie möchten einfach unbeschränkt herrschen. Ich nehme Ihnen das ja nicht ab, aber Sie können von uns nicht verlangen, daß wir Ihr Klagen und Jammern ernst nehmen. (Sehr wohl! bei den Sozialdemokraten.) Sie haben immer das Bedürfnis nach ein bißchen Kulturkampf, weil das für Sie das geeignetste Mittel ist, die Massen an sich zu halten, die heute schon vielfach ein Haar in der Suppe gefunden haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie scheinen immer, der Kulturkampf kommt, aber wenn man nachsieht, ist er nicht da. (Weiterleit.)

Wir stehen gerade auf dem entgegengesetzten Standpunkt wie Sie. Sie wollen die Kirche zum Herrn in der Schule machen, wir wollen sie heraus haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich habe schon bei der Ansetzung des Kulturkampfes Anfang der 70er Jahre in meiner Jesuitenrede dem Fürsten Bismarck gesagt, daß es nur ein Mittel gebe, um aus diesem Kampfe heraus zu kommen, nämlich die

Trennung der Kirche von der Schule und die Trennung der Kirche vom Staat.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn diese Grundsätze in den letzten dreieinhalb Jahrzehnten durchgeführt worden wären, so hätten wir uns heute im Reichstage weniger mit religiösen Dingen zu beschäftigen. Aber es ist ja nicht zu erwarten, daß diese Grundsätze verwirklicht werden. Die reaktionären Bestrebungen haben in Deutschland die Oberhand und Sie sind die Bannerträger, die Wortführer in dieser Bewegung. Sie stehen an der Spitze und Regierung und herrschende Klassen haben sich gebeugt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch die Liberalen treten ja heute nicht mehr für ihre alten Forderungen ein. Die Trennung der Schule von der Kirche und der Kirche vom Staat ist keine sozialdemokratische Forderung, sondern eine altbürgerliche liberale Forderung. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich habe damit meinen Standpunkt in dieser Frage dargelegt. Wir werden für den § 24b stimmen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Naumann (Sp.): Um ein großes Werk nicht durch Widerspenstigkeit im einzelnen zu gefährden, werden wir für den Paragraphen stimmen. Darin besteht uns die widerspruchsvolle Haltung der Elfässer. Während sie früher mit uns der Meinung waren, daß die Sprachenfrage nicht verfassungsgemäß behandelt werden soll, sondern in die Landesgesetzgebung gehöre, wollen sie jetzt die Schulkonfessionsfrage in die Verfassung hineindringen und damit auch die Sprachenfrage. (Sehr richtig! links.) Ihre Anträge kommen der Verfassung Forderung auf Trennung von Staat und Kirche sehr nahe, denn Sie wollen der Kirche den Unterricht und dem Staat nur das Bezahlen überlassen. Ich würde an sich eine reinliche Scheidung begrüßen, wenn sie in der Reichsverfassung festgelegt würde. Sie wollen sie aber nur für das Elsaß haben. In diesem Sinne lehnen wir Ihren Antrag ab und auch die konservativen Anträge ab. Was die Sprachenfrage betrifft, so lehnen wir den Standpunkt ab, als wäre die Zweisprachigkeit ein Ranks, ein Uebelstand. Die Furcht vor der Zweisprachigkeit hat uns in den Grenzgebieten schon viel geschadet, auch in den polnischen. (Sehr richtig! links.) Wenn in der Vorlage von „Ausnahmen“ die Rede ist, so fassen wir diesen Ausdruck nicht im moralischen, sondern im verfassungsmäßigen Sinne auf. Wir wollen keinem das Recht auf seine Muttersprache verklümmern. In diesem Sinne stimmen wir dem Artikel zu. (Beifall links.)

Abg. Erdler (l.): Es ist ein Vorgang, der noch nicht dagewesen ist, wenn hier von Reichs wegen in die Volksschulverhältnisse eines Bundesstaates eingegriffen werden soll. Früher hieß es immer: Haltet Euch vor Eingriffen in dieser Richtung von Reichs wegen. Glaubt Herr Dessor denn, daß die Annahme seines Antrages nicht auch seine Konsequenzen für die Verhältnisse in anderen Bundesstaaten haben würde? (Sehr richtig!) Die würden dann vielleicht weniger nach seinem Wunsch ausfallen. Wer die Konfessionalität des Unterrichts im Reichstage festlegen will, der kann auch im Reichstag per majora pars Gegenteil für die Schulen eines Bundesstaates beschließen lassen. (Sehr wohl!) Es bedarf keiner weiteren Ausführungen, um die Gefährlichkeit des von Herrn Dessor empfohlenen Weges darzutun. (Beifall l. r.) Der konservative Antrag ist schon deshalb unannehmbar, weil die Herren ja schon erklärt haben, daß sie auch bei seiner Annahme gegen die ganze Vorlage stimmen würden. (Sehr richtig!) Das erinnert an die Taktik des Herrn v. Didenburg in der Kommission, der immer das Gegenteil von dem durchsetzen wollte, was die Regierung als unumgänglich notwendig bezeichnet. Ich will nicht sagen, daß die konservativen Anträge nicht ernst gemeint seien. Sie sind ernst gemeint im Sinne des Kaputmachens des Gesetzes. (Lebhafte Zustimmung und Heiterkeit.) In diesem Sinne sind auch die Anträge Dr. Will und Entossen ernst gemeint. Man will dem

Geleg Knäppl zwischen die Beine werfen. Trotz aller Mängel der Vorlage halten wir ihre Annahme für unumgänglich notwendig, wenn in Elsch-Lothringen Ordnung geschaffen werden soll, eine Ordnung, die einen großen Fortschritt bedeutet. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Winkler (L.): Auf den Vortwurf des Vorredners möchte ich mit der Antwort, ob denn keine Partei noch niemals Verbesserungsanträge gestellt hat bei Vorlagen, die sie im ganzen ablehnte. Herrn Webel möchte ich erwidern, daß unser Antrag in der Sprachenfrage eine Einschränkung des Kommissionsbeschlusses ist.

Abg. Graf Oppersdorf (Z.): Die Erklärung des Staatssekretärs zur Sprachenfrage hat unsere Bedenken in dieser Sache nicht ganz beseitigen können. Für uns handelt es sich vor allem um das Prinzip. Im übrigen herrscht durchaus keine Uebereinstimmung darüber, was eigentlich in der Sprachenfrage geltendes Recht ist.

Staatssekretär Dr. Desbrück: Das Regulativ vom 4. Januar 1874 regelt die Sprachenfrage in klarer Weise und der Erlaß vom 26. März 1910 steht mit diesem Regulativ nicht in Widerspruch.

Abg. Haack (L.): Ich verweise den Beifall, den Herr Gröber gefunden hat, denn es muß für Sie (zur Linken) eine besondere Freude gewesen sein, Freunde und Fraktionsgenossen des Herrn Gröber, die bisher nur zum Zentrum gestanden haben, von ihm dem Gespötte preisgegeben zu sehen. (Bewegung — Unruhe im Zentrum.) Seine Worte werden ihm bei Erörterung des Toleranzantrages des Zentrums vorgehalten werden.

In namentlicher Abstimmung wird der konservative Antrag zum § 24a mit 209 gegen 108 Stimmen bei 10 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Der konservative Antrag zum Sprachenparagrafen wird mit großer Mehrheit gleichfalls abgelehnt.

Der Antrag Dr. Wils (L.) über die Konfessionsschulen wird zurückgezogen.

Die Abstimmung über den § 24b (Sprachenparagraf) ist eine namentliche. Sie ergibt die Annahme des Paragrafen mit 220 gegen 100 Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen.

Der Rest des Gesetzes wird debattelos angenommen. Das Haus verläßt sich.

Nächste Sitzung: Mittwoch 12 Uhr. (Wahlgesetz für Elsch-Lothringen, Kleine Vorlagen.)

Schluß 7¹/₂ Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Steigende Lebensmittelpreise.

Die Preisdrückung am Lebensmittelmarkt ging im April nach aufwärts und zwar im Gegensatz zum Vorjahre, wo derselbe Monat eine Ermäßigung des Preisniveaus gebracht hatte. Selbst im Jahre 1909, in dem die Nahrungsmittelpreise von März auf April ebenfalls in die Höhe gingen, ist die Steigerung nicht so groß gewesen wie dieses Jahr. Der Nahrungsmittelaufwand einer vierköpfigen Familie, berechnet nach der Nation des deutschen Marineoffiziers, stellte sich für 55 deutsche Städte im März d. J. pro Woche durchschnittlich auf 23,59 M. und im April auf 23,72 M. Die Standardziffer hat sich demnach um 0,13 M. erhöht. Von Januar auf April ist die Standardziffer in diesem Jahre um 0,19 M. hinaufgegangen, während sie im vorigen Jahre in der gleichen Zeit um 0,04 M. gesunken war. Gegenüber dem Monat April 1909 weist sie noch einen Vorsprung von 0,87 M. auf.

Rolle in den Kolonien.

Wiederholt schon haben wir auf die Bestrebungen hingewiesen, die darauf abzielen, die deutschen Kolonien in den deutschen Zolltarif einzubeziehen, so daß ihr Handelsverkehr (Ein- und Ausfuhr) mit Deutschland zollfrei, mit anderen Ländern dagegen denselben Zöllen unterworfen wäre, wie der deutsche. An der Hand der Tatsachen haben wir gezeigt, daß damit nur dem privaten Interesse einiger Kaufleute und Industriellen gebient wäre. Nun weist Karl Rathgen in einem Aufsatz in Schmollers Jahrbuch nach, daß eine solche Erschwerung des freien Handelsverkehrs der Kolonien mit fremden Ländern dem allgemeinen Verkehr unter allen Umständen mehr hinderlich als nützlich sein müßte. In den englischen Kolonien kommen nur 46 Proz. der Einfuhr aus dem Mutterlande, in den französischen — abgesehen von Alger und Tunis, die ja dem Mutterlande so nahe liegen, daß sie wirtschaftlich fast als dessen Provinzen anzusehen sind — beträgt der Anteil des Mutterlandes an der Einfuhr ebenfalls kaum die Hälfte, in den deutschen dagegen ungefähr zwei Drittel. Natürlich ist das Verhältnis in den verschiedenen Schutzgebieten verschieden. In Südwestafrika stammen nur 19 Proz. der Einfuhr (6,3 Mill. Mark) aus fremden Ländern, in Kamerun 29 Proz. (4,8 Mill. Mark), in Togo 41 Proz. (2,9 Mill. Mark), in Ostafrika 59 Proz. (14 Mill. Mark), in der Südpazifik 73 Proz. (6,5 Mill. Mark). Ein größeres allgemeines Interesse an der Erschwerung der Einfuhr aus außerdeutschen Ländern, wenn man ein solches überhaupt zugestehen will, würde also höchstens in Ostafrika und der Südpazifik vorliegen. Gerade dort stehen solchen Versuchen internationale Verträge (die Kongo-Akte und das Samoaabkommen) im Wege. Da außerdem manche Artikel des kolonialen Bedarfs in Deutschland überhaupt nicht produziert werden, so würde nach Rathgens Schätzung als Ergebnis solcher zollpolitischen Experimente höchstens eine Förderung der deutschen Ausfuhr um 6—7 Mill. Mark zu erhoffen sein. Da aber die anderen Staaten zweifellos mit einer Erschwerung der deutschen Ausfuhr nach ihren Kolonien antworten würden, so wäre eine ungleich größere Schädigung des deutschen Exports zu erwarten. Denn nach fremden Kolonien betrug unsere Ausfuhr schon 1908 182 Mill. Mark, die sich 1901 auf 246 und bis 1908 auf 324 Mill. Mark gesteigert hatte. Also selbst vom Standpunkt der beschränkten bürgerlichen Handelspolitik wäre es ein höchst tödliches Beginnen, die deutschen Zollmauern auf die Kolonien auszudehnen. Einige wenige Interessenten hätten Vorteil davon, die große Mehrzahl immensen Schaden.

Auf dem Wege zum Eisentrust.

In der österreichischen Eisenindustrie, die etwa den achten Teil der reichsdeutschen Erzeugung produziert (1008—1467, im ganzen Reich, mit Ungarn und Bosnien, 2,042 Millionen Tonnen) vollzieht sich die gleiche Entwicklung zu umfassenden Eisenbetrieben wie bei uns. Vor kurzem hat die Prager Eisenindustrie-Gesellschaft die böhmische Montangesellschaft aufgelöst. Sie besitzt auf einem erheblichen Teil der Alpen der namentlich in Steiermark arbeitenden Alpinen Montangesellschaft. Und jetzt ist diese daran, in Steiermark weitere bedeutende Erzgruben zu erwerben. Die alte Fabrikantenfirma Schoeller u. Co., die im vorigen Jahre schon ihre Zuckerraffinerie in Aktienbetrieb verwandelt hat, ist nun im Begriff, ihre zum Ternitzer Walzwerk in Niederösterreich gehörenden Betriebe gleichfalls an Aktiengesellschaften abzugeben. Der Preis ist 12¹/₂ Millionen Kronen. Während die Alpinen Montangesellschaft die Gruben erwirbt, geht das Walzwerk selbst in die Hände der Oesterreichischen Berg- und Hüttenwerk-Gesellschaft über, der Erwerberin der großen Eisenwerke des Erzbergzugs Friedrich, die erst vor kurzem den zweitgrößten Steinkohlenbergwerksbetrieb zusammengelaufen hat. Diese wird aber voraussichtlich das Werk nicht weiter betreiben. Sie wird den ihm zustehenden Anteil von 4 Proz. der durch Kartellvertrag geregelten österreichischen Stabstahlerzeugung erwerben und das Werk selbst voraussichtlich eingehen lassen, um auf ihren schlesischen Hütten den Mehrbetrag billiger zu erzeugen.

Aus der Frauenbewegung.

Ausdehnung der Gefindeordnung?

In einem längeren Artikel, betitelt „Die Aufwarterin“, veröffentlicht ein gewisser Freiherr von Liebenstein, Dr. jur., im

„Berliner Tageblatt“ Nr. 259 vom 22. Mai d. J. juristische Betrachtungen über die unangenehme Rechtslage, in der sich die armen, geplagten bürgerlichen Hausfrauen den übermütigen und veränderungsfähigen Aufwarterinnen gegenüber befinden. Die Aufwarterin wird bekanntlich nur zur Verrichtung bestimmter Dienste auf bestimmte Zeiten des Tages gemietet und zählt — da sie nicht wie ein Dienstmädchen in den Familienverband aufgenommen wird — nicht zum Gefinde, unterliegt also auch nicht der Gefindeordnung, sondern den Bestimmungen der bürgerlichen Gesetzgebung über den Dienstvertrag. Der freiberufliche Jurist nimmt nun als „allgemein bekannt“ an, „daß gerade Aufwarterinnen, wenn und wann es ihnen beliebt, dem angenommenen Dienst fernbleiben und die Hausfrau in unangenehmster Lage sitzen lassen“. Verklagt die Hausfrau nun eine solche vertragsbrüchig gewordene Aufwarterin auf Schadenersatz, so erzielt sie bestenfalls mit einem Kostenaufwand von 50 M. eine Verurteilung der Aufwarterin, die der Gnädigen aber nichts nützt, da eine Verurteilung der Verurteilten gewöhnlich fruchtlos ausfällt. Als Ausweg aus diesem Dilemma empfiehlt der Jurist einmal den Versuch, die Aufwarterin zur Einstellung einer Kautions (1) zu bewegen, die durch Kontraktbruch durch jene verfiel. Noch besser aber erscheint ihm das Mittel der Unterstellung der Aufwarterinnen unter die Gefindeordnung mittels Gesetzes, um das rasch wirkende, ausgleichende Eingreifen der Polizei auch in diesem Arbeitsverhältnis zur Hand zu haben.

Bisher bestand der einzige Vorzug, den diese meist elend bezahlten und ständig abgebehten Gehilfen der Hausfrau in ihrer Stellung besaßen, darin, daß die verrotteten Bestimmungen der Gefindeordnung keine Gewalt über sie hatten. Natürlich ist es eine nicht-nützige Uebertreibung, daß die Aufwarterinnen gewohnheitsmäßige Kontraktbrecherinnen sind. Wo sie anständig bezahlt und gut behandelt werden, pflegen sie erfahrungsgemäß zuverlässig und ausdauernd zu arbeiten. Diese Vorbedingung trifft allerdings nicht gar zu häufig zu. Ein ständiger Streitpunkt zwischen den Beteiligten ist z. B. die willkürliche Ausdehnung der Arbeitszeit durch die Hausfrau, ohne daß Extrabehälter für Ueberzeitarbeit geleistet wird. Wenn die Aufwarterin in solchem Falle kurzen Prozeß und der Auswucherung ihrer Arbeitskraft ohne alle Formalitäten ein Ende macht, wer kann es ihr verdenken? Und um den unrettlichen Hausfrauen das Rückgrat zu steifen, eine Ausdehnung der Gefindeordnung, die so verhaßt ist bei allen, die ihr unterstellt sind, weil sie sie zu Arbeitern zweiter Klasse macht? Ein linksliberales Blatt, wie das „Berliner Tageblatt“ es sein will, sollte sich schämen, einem so reaktionären Vorschlag kritische Verbreitung zu verschaffen. Nicht Ausdehnung, sondern Aufhebung des hundertjährigen Unrechts der Gefindeordnung ist die Lösung! Die organisierten Hausangehörigen, die in diesem Sinne für eine Verbesserung ihrer Lage kämpfen, sehen an dem Beispiel des „Berliner Tageblatt“ wiederum, wie wenig sie sich auf bürgerliche Unterstützung verlassen können. Dagegen fanden und finden sie tatkräftigen Rückhalt und jede nur denkbare Förderung ihrer Bestrebungen in der mündlichen Agitation, sowie in der Presse und in den Parlamenten durch die Vertreterin des klassenbewußten Proletariats, die Sozialdemokratie.

Das Frauenwahlrecht in den deutschen Gemeinden.

Im Auftrage des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins hat die Leiterin der Frankfurter Auskunftsstelle für Gemeindegüter, Jenny Apolant, eine Arbeit herausgegeben: „Stellung und Mitarbeit der Frau in den Gemeinden“, die auf Grund des von der Auskunftsstelle gesammelten Materials eine Zusammenstellung aller der verschiedenen gesetzlichen Bestimmungen bringt, nach denen Frauen in deutschen Bundesstaaten und Bezirken das kommunale Wahlrecht besitzen.

Zunächst sei betont, daß nirgends in Deutschland die Frauen das passive Wahlrecht besitzen. Auch das aktive Wahlrecht können sie da, wo es ihnen zusteht, meist nur durch einen Bevollmächtigten ausüben lassen. In Preußen besitzt die Frau dieses aktive indirekte Wahlrecht in den Bezirken von Ostpreußen, Westpreußen, Brandenburg, Posen, Schlesien, Sachsen, Westfalen, Hessen-Rheinland und Schleswig-Holstein. In Hohenzollern besitzen sie das indirekte Wahlrecht sowohl in den Land- als auch in den Stadtgemeinden. In der Provinz Hannover können sie ihr Wahlrecht persönlich ausüben.

Ein an den Grundbesitz gebundenes Wahlrecht besteht im Königreich Sachsen. Unverheiratete Grundbesitzerinnen haben hier sogar das persönliche Stimmrecht, während verheiratete sich durch ihren Gatten vertreten lassen müssen. Kein kommunales Wahlrecht besitzen die Frauen im Königreich Württemberg, ferner in der Rheinprovinz, im Großherzogtum Baden, Oldenburg, Elsch-Lothringen, in den beiden Mecklenburg, Anhalt, Neuch. J. L. In Hessen besitzen sie es zu den Kreiswahlen.

Das indirekte Wahlrecht sowohl zu den städtischen als auch den ländlichen Gemeinden steht den Frauen zu in Sachsen-Meiningen, Neuch. J. L., Sachsen-Coburg-Gotha, und Neuch. J. L. Nur in den Landgemeinden, aber dafür persönlich darf sie wählen in Schwarzburg-Sondershausen, Rudolstadt, Drauschweig, Schaumburg-Lippe, Lippe-Deimold, Sachsen-Altenburg. In den drei Hansstädten ist das Frauenwahlrecht folgendermaßen geregelt. In Hamburg besitzen sie das indirekte Wahlrecht, in Bremen steht ihnen das persönliche Wahlrecht zu den Gemeinde- und Kreiswahlwahlen zu, in Lübeck endlich können sie persönlich in den Landgemeinden wählen.

Diese Zusammenstellung beweist, daß die Frauen in Deutschland heute bereits ein viel größeres Wahlrecht besitzen als allgemein angenommen wird und als sie es daher auch tatsächlich gebrauchen. An den Frauen ist es daher, überall da, wo die gesetzlichen Vorschriften es ihnen in irgendeiner Form gestatten, von dieser Waffe Gebrauch zu machen, um so die kommunalen Körperschaften in ihrem Interesse zu beeinflussen.

Aus aller Welt.

Ein echt russisches Stück.

Vor einigen Jahren hatte der Petersburger Stadtrat Generalmajor Medwedjew die Verwaltung der städtischen Gaswerke unter sich. Bei einer Revision der Kohlenvorräte waren vier Millionen Kilogramm Steinkohle verschwunden. Da Medwedjew ein tadelloser russischer Ehrenmann ist, gab er für das Verschwinden der Vorräte die originelle Erklärung, daß die in Petersburg herrschenden starken Winde die verlustig gegangenen vier Millionen Kilogramm Kohlen fortgeweht hätten. Die ebenso tadellose ehrenhafte Stadtverwaltung glaubte an die Macht der Winde. Das ist um so verständlicher, als auch in anderen städtischen Verwaltungskörpern die Naturkräfte ähnlich stark gehaust haben. Der jetzt mit der Revision der Stadtverwaltung betraute Senator Reidhardt ist weniger gutgläubig. Neben anderen Musterbeamten hat er auch gegen Generalmajor Medwedjew Anzeige erhoben, weil dieser die Steinkohle verkauft und das Geld eingestekt hat.

Im Zeichen der Wettflüge.

In Deutschland finden zurzeit zwei aviatische Wettbewerbe statt: der sächsische Rundflug und der rheinische Zuverlässigkeitsflug. Der

sächsische Rundflug

nahm am Sonntag in Chemnitz seinen Anfang. Infolge des Peches verschiedener Flieger kam es jedoch nur zu einigen besseren Leistungen. Biencziers, der neben Lindpaintner als Favorit galt, hatte nur einen Morano-Eindecker zur Stelle, der sich als fluguntauglich erwies. Biencziers, der sich bekanntlich durch vorzügliche Flugleistungen ausgezeichnet hat und auch Inhaber des deutschen Höhenrekords ist, wird mit einem Mériotapparat erst in einigen Tagen in die Konkurrenz eingreifen können. Von den übrigen Fliegern tat sich Lindpaintner hervor, der auf einen Farman-Doppeldecker einen 30 Kilometer-Ueberlandflug ausführte und beim Höhenflug eine Höhe von 1500 Metern erreichte. — Am Dienstag nachmittag stieg Lindpaintner zum ersten Etappenflug nach Dresden, wo er um 7¹/₂ Uhr landete. Wegen Motordefekts hatte er zwei Zwischenlandungen vornehmen müssen. Beim

rheinischen Zuverlässigkeitsflug

starteten 5 Flieger, von denen jedoch nur zwei, Brunhuber (Albatros-Doppeldecker) und Hirth (Erich-Kumpfer-Eindecker) die ersten drei Etappen Baden-Baden—Freiburg, Freiburg—Mühlhausen und Mühlhausen—Straßburg mit den vorgeschriebenen Zwischenlandungen, insgesamt 20 Kilometer, einwandfrei absolvierten. Jeannin mußte infolge Defekts aus dem Zuverlässigkeitswettbewerb ausscheiden, ebenso Thelen. Straßburg haben miterspät noch Wittenstätter und Laemlin erreicht. Am Mittwoch findet der Weiterflug statt.

Paris—Madrid.

Bei dem großen Ueberlandflug Paris—Madrid sind die ersten beiden Etappen Paris—Angoulême und Angoulême—San Sebastian nur von zwei Fliegern vorchriftsmäßig zurückgelegt worden, nämlich von Bédrine (Morano-Eindecker) und Garos (Mériot-Eindecker). Die beiden Strecken stellen die höchst respektable Distanz von zusammen 800 Kilometern dar. Am Donnerstag ist die letzte Etappe San Sebastian—Madrid zurückzulegen. — In Angoulême kam es am Montag zu schweren Ergüssen des Publikums, da des schlechten Wetters wegen die in Aussicht gestellten Schauflüge nicht stattfinden konnten.

Tödlicher Absturz in Straßburg.

Wie uns ein Telegramm aus Straßburg t. El. meldet, ist der an dem Zuverlässigkeitsfluge beteiligte Aviatiker Pämmlin heute abend bei Schauflügen auf der Polygon-Flughafen in Straßburg aus einer Höhe von dreißig Meter abgestürzt. Pämmlin war sofort tot, sein Apparat wurde vollständig zertrümmert.

Die Tragödie einer Mutter.

In dem sächsischen Orte Brambach, nahe der böhmischen Grenze durchschnitten in der vergangenen Nacht die Ehefrau des Hilfsweihenwärters Adler ihren ältesten Kindern im Alter von vier, sieben und acht Jahren mit einem Rasiermesser die Kehle und ertränkte sich sodann mit ihren beiden jüngsten Kindern im Alter von wenigen Wochen und anderthalb Jahren im Mühlengraben. Diebstahlsverdacht hat die Frau, die in einem Briefe ihre Unschuld beteuert, zu der furchtbaren Tat veranlaßt.

Die Ueberschwemmung in Schlesien.

Das seit einigen Tagen gemeldete Hochwasser der Oder und ihrer Nebenflüsse hat in Schlesien zu großen Ueberschwemmungen geführt. Die ganze Oberrheinung bildet einen großen See. In Riebotzschau und Dudaun sind je ein Arbeiter dem Hochwasser zum Opfer gefallen. Aus Ratibor wird gemeldet, daß ein Gendarm aus Märkisch-Distrau und zwei andere Personen ertrunken sind. In Troppau ist ein Haus eingestürzt. — Der Wasserspiegel der Oder ist gestern etwas gefallen, doch wird ein erneutes Steigen befürchtet, da im Gebiet der Oderzuflüsse wieder große Regengemengen niedergegangen sind.

Sündlich, sittlich.

Im „Regat-Blatt“, einem fränkischen Lokalblatt, findet sich folgende originelle Schilderung über einen widerspenstigen Gemeindevollstreckungsbeamten: „Im nahen Wernfels ist dieser Tage ein heiteres Stückchen passiert. Das ist ein Kreuz, sagte der Heiner, der jetzige Jugendhelfer und Polizeidiener a. D., wenn man für eine ganze Gemeinde einen Vulkan kaufen soll. Voriges Jahr haben wir einen gekauft, der war allen Leuten zu klein. Heuer haben wir einen schönen Kerl, sagt er, und der Gemeindevollstreckungsbeamte sagt es auch, der Bürgermeister war selbst dabei, wie wir ihn gekauft haben, aber springen will er nicht. Nun warten wir halt, meine er; und sie haben gewartet. Nichtig sollte er wieder einmal seines Amtes walteten. Die ganze Nachbarschaft war neugierig und hatte sich versammelt, aber es war wieder nichts. Den haben wir hinaus, sagte so ein Pfiffikus. Ein Paar Schubkarrenträger her, habens geschrien und gehoben habens, ein Wirt, der Gemeindevollstreckungsbeamte und noch zwei bis drei tüchtige Handfeste, daß sie geschwitzt haben, aber in die Höhe gebracht habens ihn nicht. Laßt ihn gehen, sagte der Gemeindevollstreckungsbeamte, und jagt ihn zum Teufel, wenn und jemand sieht, werden wir auf die Fajinacht gespielt. Donnerwetter, sagte darauf der Heiner, wenn's nicht anders geht, müssen wir eine Winde nehmen, da geht mir zuviel Geld verloren. Sonst hat mir mein Dohs etwas eingetragene und mit dem ist's nichts, seufzte er schwer. Und beinahe wären ihm die Tränen gekommen. Nun wollen sie extra eine Patentwinde bestellen, wie es mit der geht, müssen wir halt abwarten.“

Offentlich geht den Wernfelsen dabei nicht so wie den Schildbürger, als sie ihren Dohsen zum Gras an die Stadtmauer zogen.

Kleine Notizen.

Eine menschliche Fadel. Auf gräßliche Weise hat in Solingen ein junges Mädchen Selbstmord verübt. Es übergießte seine Kleidung mit Petroleum und zündete sie an. Unter furchtbarsten Schmerzen starb das Mädchen bald darauf.

Durch Einatmen giftiger Gase wurden in der Fabrik für Teer-Verwertung in Duisburg-Meiderich fünf Arbeiter befallen. Sie wurden in bedenklichem Zustande dem Hospital zugeführt. Einer derselben ist schwer erkrankt.

Fließvergiftung. In dem belgischen Orte Lembeek sind 16 Personen infolge Genusses verdorbenen Fleisches unter Vergiftungserscheinungen erkrankt; zwei von ihnen sind bereits gestorben.

Schweres Bootunglück. Bei einer Fahrt auf der Seine kenterte in Paris ein mit vier Arbeitern und zwei Kindern besetztes Boot. Alle sechs Insassen ertranken, ehe Hilfe gebracht werden konnte.

Rutter Erde spendet Segen. Auf der im Kaspiischen Meere liegenden Insel Tschelen wurde eine neue Naphtaquelle angebohrt. Ihr Ertrag ist täglich etwa eine Million Kub, das sind 16 800 000 Kilogramm Rohpetroleum. Der gespendete Reichtum kommt natürlich nicht dem russischen Volke, sondern einer privaten Gesellschaft zugute.

10. Generalversammlung der Glasarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Limnau, 22. Mai.

In dem herrlich gelegenen Limnau, über dessen Zinnen die rote Fahne weht, begann heute vormittag die dritte Generalversammlung des Zentralverbandes der Glasarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Geschäftsbericht.

auf dem wir bereits einen Auszug brachten. In seinen mündlichen Ausführungen hob Girbig hervor, daß die verfloßene Geschäftsperiode eine sehr schwere Zeit für den Verband gewesen sei.

Den Kassenbericht

erstattete Hamann-Berlin. Das Jahr 1909 habe die Verbandskasse besonders schwer getroffen. 70 Proz. sämtlicher Einnahmen hätten in diesem Jahre für Unterstützungen ausgegeben werden müssen.

Den Reaktionsbericht gab Gebel-Berlin, den des Ausschusses Weig-Dresden und für die Ferkelkommission berichtete Schröder-Berlin.

Rach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission hat ein Delegierter keinen Urlaub bekommen und ist darum nicht erschienen.

Am die Berichte schloß sich eine ausgedehnte Debatte, in der zum großen Teil drilliige Verhältnisse besprochen wurden. Die Tätigkeit des Vorstandes und der Gauleiter findet ja im allgemeinen Anerkennung, doch wird verschiedentlich kritisiert, daß die Vorstandsmitglieder nicht mehr als getreu agitatorisch in einzelnen Bahnhallen wirkten.

Morgen wird die Debatte fortgesetzt.

Gerichts-Zeitung.

Ein äußerst breiter Straßenaus

beschäftigte gestern das Schwurgericht des Landgerichts I auf Grund einer gegen den Kleiner Hermann Peschel gerichteten Anklage. Der Angeklagte, ein vielfach vorbestrafter Mensch, der zurzeit eine mehrjährige Haftstrafe verbüßt, hat in der Nacht zum 8. September in der Müncheberger Straße einem Kutscher Goase, der mit dem Angeklagten und zweiten unbekannt gebliebenen Kumpanen besessen getriebe hatte, gewaltsam eine nicht unbedeutende Summe geraubt.

sich auch bezüglich der Feste von ihm freihalten ließen. Die drei Personen hätten bald herausgebracht, daß Goase viel Geld bei sich führte und verabredeten im Klüfterton in einer Ecke des Lokals den Plan, den jungen Mann zu berauben.

Ein Alt unerlaubter Selbsthilfe

ist dem Glasermeister Foltz sehr teuer zu stehen gekommen. Vor der 5. Strafkammer des Landgerichts III hatte sich F. gestern unter der Anklage der Sachbeschädigung, des Hausfriedensbruchs und der versuchten Mordtat zu verantworten.

Leiser

Unsere Spezialitäten

in Tennisschuhen, Sandalen, Segeltuch-, Turn- und sonstigen Sportschuhen, wie auch in Lasting- und Leder-Hausschuhen, finden überall den größten Anklang, weil sie trotz größter Preiswürdigkeit unübertroffen in Form, Geschmack und Qualität sind

Zentrale und Versand: Oranienstraße 34
Tautentienstraße 20 Oranienstraße 34
Königstraße 34 Rixdorf, Bergstr. 7-8
Oranienstraße 47a Müllerstraße 3a
Bedeutend vergrößert: Leipziger Straße 65

Unübertroffene Leistungsfähigkeit für modernste Herren- u. Damentiefel in schwarz u. farbig in den Preislagen:

7.90 10.50 12.50 15.50

Illustrierter Katalog gratis.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Verwaltung Berlin. Freitag, den 26. Mai, von 6 1/2 - 8 1/2 Uhr abends: Wahl eines Delegierten zum Gewerkschaftskongress

Viele 1000 etwa 1/2 schmale, aber garantiert echte Straußfedern, alle fertig zum Anziehen auf den Hut, haben sich wieder gesammelt und werden direkt an jedermann versandt.

Ausstellung für Kleinhausbau und Eigenwohnung 18-25. Mai Kliems Festsäle, Hasenheide 10. Eintritt 10 Pf. - Führer durch die Ausstellung gratis.

Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz, 10-2, 3-7, Sonntags 10-12, 2-4

Persil Sommer-Kleider aus Wäschstoff reinigt man vorzüglich durch Waschen mit Persil. Kein Angreifen des Gewebes bei gründlichster Entfernung von Staub, Schmutz u. Flecken.

Größtes Spezial-Geschäft sämtlicher Gastwirts-Artikel. L. Katz & Co., Spandauerstr. 45, am Molkenmarkt.

Die Welträtsel. Gemeinverständl. Studien über monistische Philosophie. Von Ernst Häckel. Preis 1 Mark. Expedition des „Vorwärts“ Berlin SW. 65 Lindenstraße 69 (Laden).

Große Firma vergibt Teppiche, Gardinen, Stores, Steppdecken, Parllern auf Zeitzahlung ohne Anzahlung.

Sicherheits-Zündhölzer anerkannt bestes deutsches Fabrikat. G. F. Müller, Berlin SW. 68, Markgrafentstr. 91, Telefon IV 10302.

Humor-Quartett
Gg. Treuer Kastanienallee 40

Coburger Geld-Lotterie
Ziehung 26-31 Mai.
Gewinne M. 360 000,
100 000, 50 000, 10 000,
5 000, 2 000, 3 x 1 000 usw.
Lose a M. 2,30.
5 Lose M. 16.-
Porto u. Liste 30 Pf. extra
versendet
Peter Linden,
Fortuna-Glücks-Bank,
Bonn.



Wollburgs Moden sind die wahre
Freude für die beiden Paare.



Nur
56 Brunnenstrasse 56.
Durch Selbstfabrikation in großem
Stil, ohne jeden Zwischenhandel,
konkurrenzlose Preise.
Unvergleichlich große Auswahl in:
Kostümen, Paletots, Ulster, Frauen-
mänteln, Kimonos, Röcken, Blusen,
garnierten Kleidern etc.
Für die Reise:
Ein großer Posten
Staubmäntel 6⁵⁰ 11⁰⁰ 16⁵⁰.
Ein großer Posten
Bast- u. Leinen-Kostüme,
in allen Farben, 12⁰⁰ 21⁰⁰ 34⁰⁰.
Loden-Pelerinen u. -Mäntel
5⁵⁰ 7²⁵ 9⁵⁰ - 18⁰⁰.
2 1/2 m Stoff, 130 cm breit, zum Rock
oder Paletot, beim Einkauf von **15.00 M.**

Eleg. Ulster, Kostüm
130 cm lang, 36.50.
19.50.

Liberty- Kostüm
Mantel 39.50.
24.00

Ohne jede Anzahlung
Pianos
erstklassiges Fabrikat
(9mal prämiertes Staats-
medaille) in allen Holz-
und Stilarten von
wunderbarer Tonfülle.
(Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung,
ohne jeden Preiszuschlag.
Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.
Conrad Krause Nachf. Berlin, Ansbacher Str. 1
Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410.
Auch Sonntags geöffnet.

Blendend weisse Wäsche
erzielt man mit
Dr. Thompson's
SEIFENPULVER
Überall zu haben.



Fritz Wilke's Festsäle, 500, Garten mit neuer Bühne bis 1000 Pers.
Sebastianstr. 39, dicht a. d. Alten Jakobstr.
Wingarten, mehrere Sonntage und Sonntage zu Versammlungen, Fest-
lichkeiten usw. noch zu vergeben. Fernsprecher Amt 4 Nr. 11348. (1936)

Berichtigung.
In der Anzeige der Lebens-Versicherungsgesellschaft „Iduna“
am Sonntag, den 21. Mai, mußte die Ueberschrift lauten:
„Iduna“
Lebens-, Pensions- und Leibrenten-Versicherungsgesellschaft a. G.
zu Halle a. S.
— Gegründet 1854 — — Gegründet 1854 —

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“
Berlin C. N. Bahnh., Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.
W. G. Schmidt, Kirchhofstr. 14.
O. R. Gabelbach, Petersburger Platz 4, Gustav Vogel, Köpen-
ickerstr. 88, R. Wengels, Gr. Frankfurter Str. 120.
NO. 2. Rucht, Ammanstr. 12, J. Reul, Barnimstr. 42.
N. W. Baumann, Bernauer Str. 9, R. Trapp, Stettiner Str. 10, Karl
Ward, Luchner Str. 133, Karl Wethe, Rajareitsstr. 49,
P. Vogel, Luchnerstr. 37, H. Tietz, Invalidenstr. 124,
P. Dechant, Radebühlstr. 24.
NW. Rari Anders, Salzweberstr. 8, Weckert, Glognitzerstr. 29,
SW. G. Werner, Oranienstr. 72, Dachs, Jagelberger Str. 27,
S. St. Fris, Ringenstr. 31, F. Gurschmidt, Rotbuler Damm 8,
SO. Paul Böhm, Luchner Platz 14/15, V. Garich, Engelauer 15,
Adlershof, Karl Schwarzlose, Hoffmannstr. 9,
Baumschulenweg, G. Pernig, Marienbaderstr. 13, I.
Borsigwalde, Paul Kienast, Radebühlstr. 10,
Charlottenburg, Gustav Schwarberg, Eichenbäumler Str. 1,
Friedrichshagen, Ernst Werkmann, Köpenicker Str. 18,
Grünau, Franz Klein, Friedbühlstr. 10,
Johannisthal, Bieleke, Kaiser-Wilhelm-Platz 4
Karlshorst, Richard Käter, Ködelstr. 9, II.
Köpenick, Emil Wihler, Reichenstr. 6, Laden,
Lichtenberg, Otto Zeisel, Kronprinzenstr. 4, I.
Nieder-Schöneweide, Max Priebe, Brüder Str. 14 II.
Nowawes, Wilhelm Jappe, Friedbühlstr. 7,
Ober-Schöneweide, Alfred Haber, Wilhelmshofstr. 17 II.
Pankow, Otto Rißmann, Wäldchenstr. 30,
Reinickendorf, P. Garich, Provingstr. 56, Laden,
Rixdorf, W. Heinrich, Reckstr. 2, Conrad, Hermannstr. 50,
G. Rehr, Steglitzerstr. 25/26,
Rummelsburg, H. Reicentraug, III-Borsigweg 56,
Schöneberg, Wilhelm Bäumer, Martin-Luther-Str. 51 im Laden,
Spandau, Köppen, Breiter Str. 64,
Steglitz, P. Bernsee, Schölerstr. 119,
Tempelhof, Albert Thiel, Berliner Str. 41/42,
Treptow, Robert Gramenz, Radebühlstr. 412, Laden,
Weißensee, Fuhrmann, Sedanstr. 105, Schiller, König-Charlotten 30a
Wilmsdorf, Paul Schubert, Wilhelmstraße 26, Hofpartier.

Theater und Vergnügungen

Mittwoch, den 24. Mai.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Lammhäuser.
Königl. Schauspielhaus. König
Heinrich V.
Königl. Oper-Theater.
Geschlossen.
Deutsches. Bauhaus. (Anf. 7 Uhr.)
Anfang 8 Uhr.
Kammertheater. Die Königin.
Komische Oper. Diphens in der
Unterwelt.
Festung. Glaube und Heimat.
Berliner. Bummelstudenten.
Königl. Schauspielhaus. Eine
Million.
Kleines. Der Leibgarbist.
Westen. Ein Walzertraum.
Königl. Wein erlauchter Ahnherr.
Zustpielhaus. Meyers.
Trianon. Das Peinliche. Anfang
8 1/2 Uhr.
Thalia. Politische Wirtschaft.
Schiller G. (Wälder - Theater.)
Der Traum ein Leben.
Schiller. Charlottenburg. Liebel.
Literatur.
Friedrich-Wilhelmstädtisches.
Kasernenluft.
Herrnfeld. Das Scheidungs-Souper.
Ein Verlobungs-Geschäft.
Königl. Operetten. Der Graf
von Luxemburg.
Puffen. Ohne Mutter.
Moderne. Wienerinnen. (Anfang
8 1/2 Uhr.)
Köle. Der fremde Hof. Verlobung
im Bett.
Folies Caprice. Wertheim wird
plagen! III. Klasse. (Anfang
8 1/2 Uhr.)
Metropol. Hoheit amüsiert sich!
Kassus. Zwei Wappen.
Myella. Spezialitäten.
Vantage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Wintergarten. Spezialitäten.
Walhalla. Prima und Bettlerin.
(Anfang 8 1/2 Uhr.)
Koad. Die Hochzeitsreise.
Köle. Ein vorzüglicher Mann.
Jantines. Die neue Geliebte. Der
Reichshaller. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Karl Haberleub. Spezialitäten.
Wedding. Hochzeiten.
Kaiser-Panorama. Wanderung im
Spezialmal. — Reise in der hol-
steinischen Schweiz.
Urania. Lindenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Lebende Tierbilder
von nah und fern.
Sterntour. Invalidenstr. 57-62.

Neues Theater.
Täglich:
Mein erlauchter Ahnherr.
Anfang 8 Uhr.
Theater des Westens.
Heute 8 Uhr: Ein Walzertraum.
Donnerstag nachmittag 8 1/2 Uhr:
Die lustigen Nibelungen.
Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.
Mittwoch, den 24. Mai, 8 Uhr:
Kasernenluft.
Morgen und folg. Tage: Kasernenluft.
Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Meyers.
Luisen-Theater.
Täglich 8 Uhr:
Ohne Mutter.
Preisgekröntes Sensations-Schauspiel
in 5 Akten von Benjamin Depaire.
Freitag 8 Uhr: Aus erster Ehe.
Sonntag 8 Uhr: Aus erster Ehe.
Ab 1. Juni tägl. 8 U.: Neue Primet.

Neue Welt.
Amerikanischer Vergnügungspark, Hasenheide.
Große Spezialitäten-Vorstellung
„Die gute alte Zeit“
Komische Ballettpantom. v. Alfred Appolino, kgl. Ballettmeister a. D.
Großes Promenaden-Konzert.
Wasserrutschbahn — Liebesmühle — Lachkabinett,
Gebirgsbahn, Cake walk u. s. — Heute Eintrittspreis 10 Pf.
Abfahrtsst. Schillingbrücke
am Schiefischen Bahnhof.
Morgen Himmelfahrt, früh 8 1/2 Uhr, mit Musik nach Neue Wäld; ;
früh 9 Uhr nach Woltersdorfer Schleuse. Einfache Fahrt 50 Pf. —
Mittags von 2 Uhr ab ca. fünflich nach Restaurant Kuffhäuser, Nieder-
Schöneweide. Einfache Fahrt 30 Pf. Dasselbst: Militär-Konzert.
Fahrtgäste zahlen kein Entree. 1936
R. Tismer.

Trapp's Festsäle, Inh.: Max Gamm
direkt am Bahnhof Ziegel.
Für Herrenpartie (Himmelfahrtstag) empfehle mein Lokal.
4 Kegelnbahnen. — Schöner schattiger Natur-Garten.
Im Garten: Große Spezialitäten-Vorstellung
mit Franz Sobanski (Berlins bekanntester Volkstänzer).
Im Saal: Großer Ball. x x Kaffeekochen über 70 Pf.
Um zahlreichen Zuspruch bitten
Max Gamm.
Reederei Kahnt & Hertzner, Waisenbrücke.
Himmelfahrtstag, den 25. Mai 1911:
Extrafahrt mit Musik nach „Sportschau Ziegenhals“
Abfahrt vormittags 9 1/2 Uhr. Fahrpreis hin 0,40 und zurück 0,40. (1936)
Von der Michaelbrücke, a. d. Michaelstr. (Kasselerstr.),
morgen Himmelfahrtstag:
Große Extrafahrt mit Musik
Abf. 9 1/2 u. 2 1/2 Uhr nach Krausenbrunn u. Schmüdow, 10 1/2 Uhr nach
Woltersdorfer Schleuse. Preis hin 40, zurück 40 Pf., Kinder die Hälfte.
Dampfer sind noch billig zu vermieten. Reederei Jachow, Tel. 7, 6065.

ZOO
LOGISCHER GARTEN
Täglich ab 4 Uhr:
Großes Militär-Konzert.
Eintritt 1 Mark,
von abends 6 Uhr ab
50 Pf. Kinder unter
10 Jahren die Hälfte.
Jahres-Abonnements an allen drei
Schalterlässen.

Schluß der Saison am 30. Mai.
Zirkus Busch
Heute abends 8 Uhr:
Gala-Abend!
Benefiz für den berühmten und
bedeutendsten Dressur der Gegen-
wart Herrn Ernst Schumann.
Um 9 1/2 Uhr zum 29. Male:
Ein Jagdfest am Hofe
König Ludwig XIV.
Donnerstag (Himmelfahrtstag):
2 gr. Vorst. um 8 1/2 Uhr u. 8 Uhr.
In beiden Vorstellungen:
Ein Jagdfest am Hofe Ludwig XIV.
Sonntag, den 27. Mai:
Benefiz für den berühmten Schu-
reiter Herrn Burkhardt-Footill.

Herrnfeld
Theater
Das Scheidungs-Souper.
Die Bar-Schwärzer.
Ein Verlobungs-Geschäft.
Schluß diesjähriger Saison am
31. Mai a. c. Wiedereröffnung
am 1. August a. c.

Metropol-Theater.
Hoheit amüsiert sich!
Operette in 3 Akten von J. Freund.
Musik von Rudolf Nelson.
In Szene gesetzt vom Dir. R. Schulz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

una-Park
Sensationelle
Attraktionen!
Ben Ali Bey
Klassische Zauberkunst
des Orients.
Tanagra-Theater. Lachhaus.
Berg- u. Talhahn. Wasserrutschbahn.
Tradition- und
Militär-Konzerte.
Eintrittspreis 50 Pfennig.

Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Wertheim
wird plagen!
Bunter Solo-Teil.
III. Klasse.

Max Kliems
Sommer-Theater
Rudolf Krüger, Hasenheide 13-15.
Täglich: Erstklassige Theater-
und Spezialitäten-Vorstellungen.
Jedwöchentliches Theatergarden, bei un-
günstiger Witterung Schuß Biernb.
Donnerstag: Elstetage.

Casino-Theater
Lehringer Straße 37. Täglich 8 Uhr.
Lehrer Spielmonat vor den Ferien.
Galtip. d. berühmte Tischereifensurber:
Leben und Treiben im Kaufhaus.
Dazu d. gr. Lachserfolg in dieser Saison
„Zwei Wappen“.
Sonntag 8 1/2 Uhr: „Marianne“.

Königstadt-Kasino.
Polymarktstr. 72.
Sensationeller Erfolg:
Flachshaar als Erzieher.
The 3 Luissets. Otto Bayer.
Duett Hongrich. Anita Ravera usw.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag 7 1/2 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Britton als
Wieche im Hosenrod.
Anfang
montags
8 Uhr,
Sonntag
7 Uhr.

Schiller-Theater O. Theater.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Traum ein Leben.
Donnerstag, nachmittags 8 Uhr:
Die Ehre.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der große Kame.
Freitag, abends 8 Uhr: Zum 1. Male:
Revolutionshochzeit.

Schiller-Theater Charlotten-
burg.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Liebel. Hieraus: Literatur.
Donnerstag, nachmittags 8 Uhr:
Zapfenstreich.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
König Heinrich.
Freitag, abends 8 Uhr:
Im Klubsaal.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Bummelstudenten.
Morgen: Bummelstudenten.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Ab. 8 Uhr: Der fremde Blick.
Vorher:
Die Verlobung im Bett.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Aus der Gartenbühne täglich 5 Uhr:
Theaternacht, Konzert, Spezialitäten.

Apollo
Theater
Anfang 8 1/2 Uhr.
Letzte Woche
des grandiosen Mai-Programms.
9 1/2 Uhr:
Berlins Sensation:
Um ein Weib.
Großes amerikanisches Ausstattung-
Sensationsstück in acht Bildern.

WINTERGARTEN
Neues Programm!
LA TORTAJADA.
The surf Bathers
eine Idylle am Meeresgestade.
De Dio
in ihren neuesten Schöpfungen
von Phantasietänzen
und der von
Publikum und Presse
glänzend beurteilte
Mai-Spielplan.
— Rauchen gestattet —

Urania.
Wissenschaftliches Theater
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Lebende Tierbilder
von nah und fern.

Admiralpalast
Am Bahnhof Friedrichstraße
Geöffnet ununterbrochen von
10 Uhr vormittags.
Zahlreiche Kunstlaufproduktionen
Allabendlich:
Das feenhaft ausgest. Eisballett
Montreal
Die Stadt auf Schlittschuhen
Bis 7 Uhr und von 10 1/2 Uhr
abends: halbe Kassenspreise.
Unterricht im Schlittschuh- und
Kunstlaufen wird erteilt.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr.
Kammerspiele
der Hunde.
Ota Gygi,
Vollvirtuose.
Alt-Bonner Studenten
und das große
Mai-Programm!

Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage:
Das Prinzen.
Liebesdramen in 3 Akten v. R. Wihl.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Passage-Panoptikum
Lebend!
Hede Kosch
das Mädchen aus
der Steinzeit!
Das Urbild der Mensch-
werdung, und die anderen
Schaunattraktionen.
Ohne Extra-Entree!

Tanagra-Theater. Lachhaus.
Berg- u. Talhahn. Wasserrutschbahn.
Tradition- und
Militär-Konzerte.
Eintrittspreis 50 Pfennig.

Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill. Brunnenstr. 16.
Die Hochzeitsreise.
Lustspiel in 3 Akten von R. Benedik.
Vorher: Ein bengalischer Tiger.
Anfang 8 Uhr.
Bei schönem Wetter
Vorstellung im Garten.

Volgt-Theater
Gefundbrunnen, Badstraße 58.
Mittwoch, den 24. Mai 1911:
Letzte Vorstellung für die Mittwoch-
Abonnenten:
Ein vorzüglicher Mann.
Vollstück mit Gesang und Tanz in
3 Akten (5 Bildern).
Kasseneröffnung 7, Anfang 8 Uhr.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 20. Mai verstarb unser
Genosse, der Schlosser
Wilhelm Steuck
Gebftr. 11.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 24. Mai, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Gellert-Kirchhofes,
Prinzessallee, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher
Transportarbeiter - Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Dreifach-
führer
Friedrich Mecklenburg
am 20. d. Mts. im Alter von
69 Jahren verstorben ist. 88/5
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 24. d. Mts., nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Margarethe-Friedhofes
aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksverwaltung.

Am Freitag, den 22. Mai,
verschied nach langen, schweren
Leiden mein herzenguter Mann,
unser treuer, sorgender Vater,
Schwiegervater, Großvater und
Onkel, der Restaurateur
Friedrich Seeland
im 44. Lebensjahre.
Dies zeigt tiefbetrübt an
die trauernde Gattin
Marie Seeland
nebst Kindern.
43802
Die Beerdigung findet morgen
Donnerstag, den 23. Mai, nach-
mittags 1 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle in den Rissen aus statt.

Deutscher
Holzarbeiter - Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Tischler
Otto Rönigk
am 20. Mai gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 24. Mai, nach-
mittags 3 Uhr, von der Halle
des Gellert-Kirchhofes in
Nieder-Schönhausen-Kordens
aus statt. 89/18
Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratisch. Wahlverein
Spandau.
Den Parteigenossen zur Nach-
richt, daß unser Mitglied, der
Restaurateur
Friedrich Seeland
Lutherstraße 7 (Bezirk 6) ver-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Donner-
stag, den 23. d. Mts., nachmittags
1 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des
Friedhofes in den Rissen aus
statt. 291/15
Der Vorstand.

Verband der Gemeinde- und
Staatsarbeiter.
Filiale Groß-Berlin.
Durch den Tod ist uns einer
unserer Kämpfer, der Kollege
Fritz Schade
von der Gasanstalt Schmaragdweg
entzissen worden.
Wir werden ihm ein ehrendes
Andenken bewahren.
Die Bestattung findet am
Donnerstag, den 23. Mai, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle der Luisengemeinde, Fürsten-
brunner Weg, aus statt.
36/11 Die Ortsverwaltung.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Klempner
Paul Nieke
am 20. d. Mts. an Nieren-
leiden gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 24. Mai, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des Heilig-Kreuz-
Kirchhofes in Mariendorf aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
117/14 Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten
die traurige Nachricht, daß mein
Sohn, der Händler
Georg Pflüger
am Montag, 22. Mai, nach langem,
schwerem Leiden verstorben ist.
Dies zeigt, um stille Teilnahme
bittend, an
Friedr. Pflüger
nebst Frau und Kindern.
Die Beerdigung ist Freitag,
23. Mai, nachmittags 3 Uhr, von
der Leichenhalle des Gumbert-
Kirchhofes aus.

Am Sonntag, den 21. Mai,
verstarb unser lieber Kollege
Paul Nieke
im 57. Lebensjahre.
Ein ehrendes Andenken be-
wahren ihm 19415
Die Kollegen der Firma Lachmann
(Abt. Kummer).
Die Beerdigung findet heute
Mittwoch, den 24. Mai, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Heiligkreuz-Kirchhofes in
Mariendorf, Mariendorfer Weg,
aus statt.

Am Donnerstag, den 18. Mai,
sah unser Mitarbeiter, der
Schiffsticker 19426
Robert Werk
im 25. Lebensjahre bei einem
Unfall den Tod durch
Ertrinken.
Ehre seinem Andenken.
Das Personal der Buchdruckerel
H. S. Hermann.

Verein aller in Schrittliebereien
beschäftigten Arbeiter und
Arbeiterinnen Berlins u. Umgeg.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser werter Kollege
Willi Kausch
am Montag, den 22. Mai, nach
schwerem Leiden verstorben ist.
Die Beerdigung findet morgen
Donnerstag (Himmelfahrtstag),
nachmittags 3 Uhr, auf dem neuen
Jakobi-Kirchhof in Hildorf, Ger-
mannstraße, statt. 19445
Baldige Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Am 22. Mai starb nach langen,
schwerem Leiden meine liebe,
herzensgute Frau
Luise Weber
geb. Immsch.
In tiefer Trauer
Max Weber, Hofstr. 7.
Die Beerdigung findet am Frei-
tag, den 26. d. Mts., nachm. 1/2 Uhr,
aus dem städt. Zentralfriedhof in
Friedrichsfelde statt. 19456

Herzlichen Dank allen denen, die
mir beim Dahinscheiden meines lieben
Mannes und guten Vaters, des
Tischlers
Fritz Nisch
Ihre Teilnahme schenkten. Besonders
danke ich dem Herrn Balduw Ranoffe
für die tröstlichen Worte am Sarge,
sowie dem Gesangsverein „Freunde-
treue“, den Weibern Herrn Dantsch
und Käber nebst Kollegen.
Die trauernde Familie Nisch.

Dankagung.
Für die vielen Beweise aufrichtiger
Teilnahme sowie die reichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meines
lieben Mannes August Henneberg.
Spreche ich allen daran Beteiligten hier-
mit meinen innigsten Dank aus.
Martha Henneberg.
Dankagung.
Für die vielen Beweise innigster
Teilnahme und die Kranzspenden bei
der Beerdigung meines lieben Mannes,
des Putzers
Heinrich Wandel
lage ich allen Verwandten und Be-
kanten, sowie dem Verband der
Banarbeiter (Sektion der Putzer) und
dem Gesangsverein bestellenden meinen
herzlichsten Dank.
Die trauernde Gattin
nebst Kindern.

Scholandts Gesellschaftshaus (Schmiedekwitz)
an der Götterbahn. Inh. B. Schmidt. Tel. Amt Zootzen 25.
Herzlich am Sesseltisch gelegen. Sale, Hallen, Kegelhahn,
Schießstand, Dampfersteg für Dampfergesellschaften. Vorzügl.
Küche, ausgezeichnete Biere. Den verehrten Vereinen und
Gesellschaften für Ausflüge zu Wasser und Land
bestens empfohlen. 19195 Der Wirt.

Warum strömt ganz Berlin gerade zu
? Westmann ?
Mohrenstrasse 37a (nahe Jerusalemer Str.)
Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.)
Weil man dort jetzt im
SAISON-VERKAUF
das grösste Entgegenkommen
findet, gut, reell und billig bedient wird!
Kostüme in Leinen, Bast, weisse Cheviot, hellgrau Kammgarn
Poiret-Mäntel in Leinen, Popeline, Tuch, Seide, Bast
Röcke fusselfrei, Stoff-Trotteur-
Gesellschaftskleider in Musselino, Gaze grenadine,
Blusen in Batist, Seide etc.
darunter die elegantesten Modelle zu spottbilligen Preisen:
3, 5, 8, 10, 12 1/2, 17, 21, 25, 31, 37, 44, 55, 74, 95 M. usw.
regulär 7, 12, 15, 20, 25, 30, 35, 40, 45, 50, 60, 70, 80, 90, 100, 110, 120, 130, 140 M. usw.
Reinweiß, Poiret-Mantel 25 1/2



Jeder Arbeiter,
jeder Handwerker
sollte zur Arbeit
die Lederhose
Herkules
tragen.
Unerreichte Leistungsfähigkeit.
Allein-Vorkauf.
Sehr starkes Leder
in grauen u. braunen
Streifen, auch ein-
farbig. Am Bund
aus einem Stück ge-
arbeitet, wodurch
besondere Haltbar-
keit bedingt ist.
Sehr feste Kapp-
nähten, stark. Ganz-
schwere Leder-Pilot-Taschen.
Große Flecken umsonst.
Trotz dieser vielen und
anderer Vorzüge kostet
die Herkules-Hose für
normale Mannes-Größe
4 M. 50



Die dunkelste
Ecke
wird taghell,
wenn Sie auf Ihrer Lampe
Urania-Salonoel
brennen.
Wenn Sie die Sicherheit haben wollen, das seit Jahren rühmlichst bekannte
Urania-Salonoel
(der Name ist gesetzlich geschützt)
zu erhalten, dann fordern Sie beim Einkauf nicht nur „Salonoel“, denn unter
dieser Bezeichnung wird sehr oft ein Gemisch mit billigeren Sorten verkauft.
Nur der volle Name
Urania-Salonoel
bietet Ihnen die Garantie, das unverfälschte
amerikanische
Sicherheits-Petroleum
zu erhalten. 215/5
Urania-Salonoel
bietet größtmögliche Sicherheit gegen Ex-
plosionsgefahr bei höchster Leuchtkraft.
Keine Verwechslung mit österreichischem
(galizischem) Petroleum.
Nebenstehendes Plakat bezeichnet die Ver-
kaufsstellen.
Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft.



Berufs- u. Schutzkleidung
für alle Zweige der Gewerbe u.
Industrie, Sanitätsdienst usw.
BAER SOHN
Spezial-Haus größten Maßstabes
Chausseestr. 20-22 — Brückenstr. 27
Gr. Frankfurterstr. 20
Schöneberg, Hauptstr. 18.
Haupt-Katalog gratis und franko
Nachdr. verboten.
Robert Baumgarten
Damen-Konfektion
Engros Export
Hausvogelplatz 11
1. Etage (kein Laden)
schrägüber Untergundbahnhof
(an der Jerusalemer Straße)
verkauft
auch einzeln
Paletots
Kostüme
Kostüm-Röcke
Blusen
Kimonos
Golf-Jackets
Mädchen-
Paletots.
Bei Vorzeigung dieses In-
serates an der Kasse werden
5 % Rabatt vergütet.
Auch Sonntags geöffnet.
Frack Verleih-Institut:
Friedrichstr. 115/1, a. Crabg.
-Lor. Weg. Frack, Gehack
1,50, Dofel 1,00, Weste 50 Pf.



MÖBEL
jeder Art, reell und billig
Möbel-Magazin **Otto Piehl** Brunnen-
straße 120
Meine Ausstellungen bieten
stets das Neueste. Besich-
tigungen ohne Kaufzwang
Bei Teilzahlungen keine
Preiserhöhungen

Anzüge
für Herren und Knaben.
Herren-Paletots, Damen-Konfektion
Manufakturwaren, Wäsche
gegen wöchentliche oder monatliche
Teilzahlung!
Möbel in großer Aus-
wahl zu den
günst. Zahlungs-
bedingungen !!!
Enorm billige Preise!
Tadellose Waren. □ Kleinste Anzahlung,
Größte Kulanz
bei Arbeitslosigkeit und in Krankheitsfällen.
Hans
Wittkopp
33 Rosenthaler Straße 33
vis-à-vis Neue Schönhauser Straße.

Restaurant „Bellevue“ Bernau
Inhaber Franz Salzmann, Fernsprecher 105,
hält sich den meisten Parteigenossen nicht Angehörigen am Dinnelabendstage
bestens empfohlen. Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.
Von nachmittags 4 Uhr ab große Ballmusik im neubauten Parksaal
(1000 Personen fassend). Schöner Garten. Regebahn. 19415
Su baldmöglichem Besuch ladet ergebenst ein **F. Salzmann.**

Westen u. Moabit! Hausfrauen! Süden u. Rixdorf!

3 Tage.

Viele der geehrten Hausfrauen haben unsere vorzügliche

Milka extra Tafel-Margarine

noch nicht probiert. Um diese zu einem Versuch zu veranlassen, verabfolgen wir an folgenden 3 Tagen:

Mittwoch, den 24., Freitag, den 26., Sonnabend, den 27. Mai 1911

1 Pfund Milka extra Tafel-Margarine

85 Pfennig

1 Dose Bonbons
1 Pfund Kunsthonig

oder nach Wahl
zusammen für

2 Pfund Milka extra Tafel-Margarine

1.70

für Westen u. Moabit: 1/2 Flasche garantiert reiner Himbeersaft
(geliefert von Sandmann & Wolfgang Gebr.)

zusammen für

für Süden u. Rixdorf: 1 Pfund Blockschokolade

Um gefl. Zuspruch bitten die Inhaber der

MILKA-Verkaufsstellen im

Westen u. Moabit und Süden u. Rixdorf

welche durch nebenstehendes Milka-Schild gekennzeichnet sind.

MILKA

Tafel-Margarine

Hier zu haben!

M. Glogau

Fordern Sie
Ihren Wert-
bon gratis.

M. G. G.

als

1 Mark

haben Sie nicht nötig wöchentlich zu zahlen.
Solche Vorteile kann Ihnen
einzig und allein nur

das grösste Kredithaus

73 M. Glogau 73

Alte Jakobstr.

bieten. Sie müssen sich mit unserem

neuen Kredit-System

bekannt machen und im eigenen Interesse

unsere in IV Etagen ausgestellten, an Grösse
unübertroffen dastehenden Vorräte

in einzelnen Möbeln, kompl. Stuben,
Küchen, Salon-Einrichtungen, Damen-
Kostümen, Kleidern, Blusen, Herren-
Anzügen, Paletots, Arbeitergarderobe
besichtigen.

73 Alte Jakobstr. 73

Ecke Dresdener Str.

Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzüge od. Paletots
nach Mass, schnell, dauerhaft. Zubeh.
von 25 Mark an. Moritz Laband,
Neue Promenade 8, II. (Städt. Bän.)

Bei Nierenkranken und Gichtleiden kann „Kufeko“ als
Nahrungsmittel in Wasser gelöst, die Nierenblut nicht nur länger Zeit er-
halten, sondern es macht auch, wenn es in Milch gelöst wird, die Nierenblut
zu einer erträglichen und angenehmen Kost.

Spezial-Arzt
für Haut- und Nierenleiden
Dr. Popke, Rosenthaler Str. 70,
Spr. 9-2, 6-9, Sonn. 9-3

15. Ziehung 5. Kl. 224. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 25. Mai 1911, vormittags.
Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden
Nummern in Klammern beigefügt.
Die Gewinne fallen auf die bezeichneten Lose
beider Abteilungen.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

47 147 [500] 97 256 94 307 [500] 4 819 749 973 [3000]
1200 25 53 118 44 266 89 [3000] 416 45 [500] 814 75 90
794 27 80 860 72 933 55 2012 [3000] 82 183 739 328 80
3082 186 85 20 581 89 653 823 41 4957 133 230 84 549
858 [500] 79 97 843 5036 316 [8000] 288 363 668 6081 217
66 414 [5000] 338 48 [8000] 42 38 378 81 821 390 7010 38 200
846 456 [5000] 338 48 511 322 8006 189 81 204 341 483 509
712 77 846 941 9017 56 87 [5000] 319 56 84 445 59 503
677 819
10075 178 582 751 824 976 11170 85 460 585 913 99
12708 588 646 781 925 85 13886 639 [500] 742 14014 30
113 582 458 663 754 511 74 18 [1000] 15180 83 208 505
89 [3000] 49 419 83 702 [500] 800 74 16389 47 85 535 25
684 [3000] 157 [500] 823 1741 284 304 89 [500] 988 18283
87 475 684 782 13 40 [5000] 72 12 851 19386 92 85 206 645
482 708 18 74
20017 [1000] 28 [500] 151 65 [1000] 95 404 10 513 21
[500] 23 97 [5000] 793 951 300 40 21618 32 156 314 81
612 27 84 [1000] 97 745 877 928 22161 28 250 39 563 144
835 649 23271 286 78 [1000] 79 324 56 815 96 821 24014
27 36 114 213 18 365 448 78 712 75 847 25309 [500] 484
214 25 781 920 26043 [500] 84 [1000] 181 301 434 590
64 883 [500] 12 77 990 64 97 27149 356 [5000] 637 786 808
[500] 20 90 922 29016 118 89 277 305 272 756 72 [1000]
618 80 29331 488 552 659 818
30125 80 490 [1000] 504 879 703 82 82 [900] 827
31019 [1000] 123 423 98 384 8 806 941 32104 343 909 61
689 749 76 882 321 85 30 33309 584 627 873 34187 [500]
77 81 569 601 28 783 854 12 885 35001 178 88 [1000] 277
77 397 94 520 67 719 34 56 888 75 36001 128 218 40 77
[1000] 441 47 78 511 786 280 30 895 37003 344 508 663
891 [500] 38003 54 79 184 89 380 471 710 26 55 832 909
39022 148 222 35 89 [1000] 612 16 817 844
40329 257 339 609 729 881 956 [1000] 41468 80 511
42 49 [500] 782 42007 90 268 78 344 683 [1000] 748 43118
[500] 87 383 829 80 484 [500] 587 77 847 44272 356 [1000]
621 28 636 736 925 45108 336 71 723 41 818 [500] 42 95
46105 25 40 213 86 439 [5000] 45 [500] 643 854 923 47227
873 209 963 66 48189 238 429 37 379 759 67 90 876 [1000]
49179 96 502 609 320 848
50323 94 289 338 82 695 14 38 534 949 57 51046 181
248 383 422 584 28 708 81 [500] 808 21 [500] 40 66 84
52180 91 347 423 79 873 684 774 828 25 [1000] 71 [500]
53044 [500] 65 269 60 405 500 607 54033 [500] 78 83
84 289 885 478 372 80 780 59 879 [3000] 900 50 55147
78 330 453 649 889 56300 214 407 821 809 81 67384 42
849 [500] 418 22 24 860 [5000] 90 218 58216 364 446 508
922 75 [500] 50961 61 111 429 82 581 [500] 61 84 [500]
628 858 80 958
60332 488 55 632 49 754 64 855 950 61388 [500] 288
83 [500] 961 607 747 86 88 822 62041 121 337 834 63
63013 [500] 49 125 223 370 451 70 508 708 20 633 [3000]
64000 317 [500] 418 70 611 [1000] 255 65037 112 702
64 484 655 39 786 884 64020 69 215 65 312 449 542
686 223 43 83 823 87 87084 87 88 130 318 96 384 97 [5000]
612 29 174 41 [500] 875 379 65147 223 47 51 404 86 586
837 49 88 806 [500] 78 384 69 82 69080 121 320 58 78 443
607 728
70062 215 338 [500] 576 622 938 81 71048 338 45
451 89 79 815 741 90 [1000] 551 72181 327 79 350 569
788 73087 187 232 77 86 456 519 650 78 [1000] 821
890 74829 [500] 423 49 623 783 897 958 75192 861 88
619 73 88 764 87 877 76282 338 361 442 874 848 770225
[3000] 48 [3000] 223 302 438 896 721 48 78041 540 83
606 41 767 889 897 79386 78 686 90
80127 35 [500] 321 36 45 90 91 97 506 817 30 [1000]
708 879 [500] 81052 111 84 315 65 440 64 644 698 867 928
78 82110 102 561 [3000] 81 908 78 86 713 81 [3000] 79 88
[500] 812 70 [500] 84 83006 868 44 642 801 900 50 87
[500] 86 84089 42 [500] 181 35 218 48 378 84 90 422 506
41 884 [500] 911 85121 213 84 65 308 71 442 885 778 340
86109 231 506 87107 75 284 332 568 56 396 88158 [500]
281 323 431 353 519 880 89132 224 305 427 521 80 86 823
90152 223 29 450 90 688 908 91954 88 129 80 247 323
88 489 609 18 81 833 87 92271 [5000] 324 36 474 867
628 859 93300 85 977 112 840 94013 279 434 723 843

95140 77 97 587 588 [3000] 72 817 74 848 96114 [500]
88 756 319 418 84 699 721 [1000] 660 97007 24 37 119 88
253 323 406 [500] 12 50 71 [500] 519 79 880 [500] 98806
89 481 50 65 800 31 24 923 35 82 99896 554 81 90 93 654
745 [500] 77 897
100665 128 283 [500] 500 61 494 [5000] 518 616 56
513 80 [500] 101023 101 703 62 418 66 84 506 697 787
102040 74 171 85 320 444 650 748 84 103190 288 547
511 30 27 633 72 784 811 95 929 104184 202 56 98 517
908 77 105115 90 306 423 506 58 613 25 900 38 106027
308 65 401 96 262 5 174 819 107191 376 89 383 31 887
470 786 813 983 108083 106 82 364 319 41 459 501 848
109326 [3000] 94 142 [500] 230 [1000] 69 438 678 14
819 39
110072 876 111100 236 95 383 445 82 [500] 584 604
780 817 28 112396 64 238 85 813 790 113026 110 289
82 508 879 932 114285 158 79 589 508 873 969 85 [500]
115142 43 73 [1000] 484 88 512 18 20 704 20 40 [500]
899 116104 25 [500] 87 404 7 800 46 65 963 [1000] 77
117088 26 402 65 511 704 850 [500] 58 [500] 968 [3000]
118014 175 545 704 119048 152 [1000] 286 431 93 517
[500] 828 87 787
120901 778 [1000] 121184 157 883 908 122072 204
81 881 94 96 462 878 714 823 123087 289 89 [3000] 906
[1000] 28 499 738 688 970 [1000] 83 124849 328 449 81
85 904 831 125015 39 [500] 97 [500] 277 458 72 680 813
87 918 98 126644 80 183 18 [1000] 268 354 89 [500] 704
85 988 127655 343 90 95 674 878 836 52 128011 207 519
649 827 [500] 129186 72 218 [500] 57 50 52 334 523
[1000] 614 84 787 887 21 78 910 32
130491 788 800 900 131121 484 607 87 818 840
132444 508 [3000] 817 43 88 960 81 133007 141 46 251
85 817 77 818 134188 90 276 352 575 [1000] 906 135084
88 [500] 158 81 877 544 665 93 712 972 136143 217 [1000]
92 86 211 79 505 37 88 608 [1000] 74 719 19 38 85 864 86
137307 321 489 535 625 91 727 814 34 [3000] 92 138082
130 48 219 28 507 327 456 506 8 22 35 89 665 721 29 89 813
[500] 85 964 139000 112 405 80 536 680 871 967
140048 114 801 308 827 [1000] 32 [500] 734 74 85
847 924 141084 294 95 [500] 845 708 880 142197 224
54 843 89 143006 188 394 [1000] 505 688 710 [500] 80
881 27 84 89 96 967 144092 680 740 71 819 986 145070
262 97 800 185 146033 [500] 77 287 75 877 705 [500] 38
80 [3000] 73 88 858 99 147083 108 21 848 788 877 87
986 148065 481 895 98 989 149560 508 24 683 713 [500]
813 16 78 83
150198 283 214 74 608 28 61 888 151032 24 40 151
825 597 [500] 639 774 821 971 94 152065 344 43 71 471
855 747 977 153087 308 28 58 80 304 30 416 544 604 79
771 851 154483 888 323 56 452 623 713 822 78 155099
98 347 [1000] 185 88 86 98 706 [500] 45 821 [500] 82
156188 228 89 553 70 [1000] 814 27 90 157000 [1000]
159 89 255 317 633 711 158125 57 206 425 503 923 80
159128 48 423 96 75 897 681 702 [500] 927
160007 88 87 [3000] 600 414 28 573 754 68 84 878
828 161021 342 84 907 718 897 920 49 162001 215 80 64
629 66 73 729 [500] 819 77 548 163025 43 67 106 97
274 [1000] 78 880 807 904 164096 143 47 304 49 580 784
75 821 165028 289 361 [500] 82 483 17 23 288 99 475
[1000] 823 87 166211 17 [1000] 380 407 377 860 167113
230 283 447 78 286 [500] 87 993 168214 32 78 282 509
627 780 81 823 99 858 168987 97 104 96 88 80 372 471
89 282 622 [500] 87 744 873 [500]
170001 88 289 410 [1000] 638 67 730 78 894 909
171148 214 85 84 624 746 [500] 85 821 172074 85 99
471 89 805 [500] 173150 96 297 430 538 [500] 654 829
[500] 926 154 [500] 174014 113 216 44 536 822 61 702 963
175029 154 [500] 819 37 548 180025 43 87 185043 111 438
925 176188 800 870 263 814 923 49 177126 [1000] 237 421
[500] 45 808 788 878 178488 47 687 709 874 179000 819
[500] 806 712 81 77 854 50 [1000]
180049 81 189 40 426 793 848 181182 73 257 [1000]
614 66 814 69 837 [500] 182082 170 479 640 898 934 [1000]
75 99 183144 58 65 82 438 358 909 9 [500] 58 780 85 801
184081 128 297 481 579 86 966 93 872 185043 111 438
[1000] 604 868 82 186159 226 585 466 824 613 89 780 837
58 187018 41 44 [1000] 110 249 268 72 371 828 62 188298
152 287 425 845 918 881 189213 385 489 508 628 28 821
62 78 918 43 [500]
Im Gewinnrabe verliedene 2 Franken zu 200 000
9 Gewinne zu 50000, 4 zu 20000, 10 zu 15000, 30 zu
10000, 72 zu 5000, 828 zu 3000, 1228 zu 1000, 2156 zu 500

15. Ziehung 5. Kl. 224. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 25. Mai 1911, nachmittags.
Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden
Nummern in Klammern beigefügt.
Die Gewinne fallen auf die bezeichneten Lose
beider Abteilungen.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

56 87 123 [500] 90 207 481 87 500 655 861 85 1099
[500] 121 240 459 97 859 80 [500] 790 922 [1000] 2109
95 [500] 304 31 389 416 84 513 57 829 784 94 611 20 30
3083 128 [500] 79 262 306 85 [500] 538 [1000] 214 4025
63 89 144 87 211 323 [1000] 45 89 401 8 90 251 43 73
[1000] 421 754 807 5213 208 32 [500] 406 581 680 [500]
808 6250 898 509 68 80 713 828 911 86 78 7088 581 [1000]
526 978 71 880 21 73 89 [1000] 8045 81 289 418 506 629
885 9708 238 326 82 421 88 500 97 [500] 629 84 88 584
10121 41 486 728 874 947 80 11088 297 93 208 78
708 27 981 12055 175 82 300 55 556 648 811 133 [500] 82
383 404 825 821 [500] 22 14058 82 [500] 133 [500] 48 53
93 406 42 505 73 711 [500] 37 802 15727 [500] 48 53
233 601 5 20 [500] 830 65 18007 189 328 219 51 80 819
21 68 95 880 [500] 17126 67 416 814 49 814 18085 87
244 83 611 727 19115 25 [3000] 55 618 78 [500] 83 789
803 827
20041 86 376 489 500 81 622 61 [500] 704 43 23124
44 204 300 625 848 50 949 22096 193 41 254 98 363
497 668 728 47 954 967 23153 234 [500] 25 221 25 75
487 587 696 [500] 51 80 [500] 795 24129 564 349 479
[500] 64 568 99 682 732 [500] 864 25018 91 134 442 650
741 840 93 26304 [500] 243 510 632 [1000] 82 806 992
27022 219 53 291 451 602 30 769 501 917 [500] 25 88
28987 81 415 89 312 827 [500] 723 27 20500 428 67
500 88 832 [1000] 63 771 819 81
30040 84 130 20 253 [500] 70 411 654 789 815 84
31220 68 314 288 342 356 [1000] 32099 324 87 493 967
685 781 33150 343 63 [1000] 423 624 95 36958 28 54 327 329
[500] 34150 36 [500] 323 79 870 [500] 78 54 327 329
47 310 64 531 37 690 784 889 895 36958 28 54 327 329
86 872 960 3781 443 87 830 812 97 38908 66 150 305
428 82 [1000] 300 80 82 [500] 625 56 787 897 969 39099
58 79 134 315 72 404 26 97 [500] 517 772 87 874 241 34 74
40960 118 243 33 [500] 58 82 622 638 45 63 [500]
975 77 82 41032 39 [500] 233 278 437 38 45 63 [500] 820
78 [500] 607 699 906 49 42007 277 85 284 417 [500] 827
82 820 [500] 43173 230 227 91 455 748 58 278 426 52
44134 481 673 781 84 870 87 90 45081 245 278 426 52
873 709 83 [3000] 46700 4 417 908 [500] 811 31 61 48180
[1000] 47248 871 89 4

19. Generalversammlung der Bergarbeiter Deutschlands.

Bochum, 22. Mai 1911.

Die Verhandlungen beginnen mit der Wahl einer fünfzehngliedrigen Statutenberatungskommission aus je einem Delegierten der verschiedenen Bezirke und den Vorstandsmitgliedern Hufemann und Jungesblut.

Statutenänderung.

Es liegen dazu über 250 Anträge vor, die zum Teil wichtige, in das Verbandsleben tief einschneidende Neuerungen vorschlagen. Bis jetzt ist die Bestimmung im Statut enthalten, daß Personen über 60 Jahre nicht in den Verband aufgenommen werden können.

Dann hat der Vorstand, und neben ihm eine Reihe Filialen, Vorschläge auf Erhöhung der Beiträge gemacht. Bis jetzt beträgt der Beitrag pro Mitglied und Woche: Klasse a für alle Mitglieder, welche netto unter 3 M. im Durchschnitt verdienen, 30 Pf.

Weiter erfuhr der Redner, alle Anträge abzulehnen, die eine Erhöhung der Mitglieds- und Umzugslosten, der Arbeitslosen-, Kranken- und Notstandsunterstützung bezwecken.

Die Verhandlungen beginnen mit der Wahl einer fünfzehngliedrigen Statutenberatungskommission aus je einem Delegierten der verschiedenen Bezirke und den Vorstandsmitgliedern Hufemann und Jungesblut.

Zentralkasse zu verwenden. Die Herabsetzung der Karenzzeit bei Kranken- und Notstandsunterstützung von 14 auf 8 Tage würde allein schon eine Mehrausgabe von 11000 bis 12000 M. verursachen.

Generaldebatte

wurden zu den Hauptvorschlägen eine Reihe von Einwendungen gemacht. Delegierte aus dem Ruhrgebiet und auch einzelne aus den Außengebieten (Röppeler-Stützer, Krämer-Heilendorf, Uhlmann-Lugau, Berning-Boing) wandten sich gegen die Aufhebung der Altersgrenze.

für die Aufnahme der Frauen in die Organisation traten alle Redner ein. — Aus der Debatte über die Beitragserhöhung sprach auch im großen und ganzen die Stimmung durch, daß die Mehrheit der Delegierten von der Notwendigkeit der Stärkung des Kampffonds überzeugt ist.

In seinem Schlußwort erklärte Hufemann, nachdem er die gemachten Einwände auf ihre Stichhaltigkeit untersucht hatte: soweit brauchbare Anregungen gegeben sind, wird die Statutenberatungskommission sich damit befassen.

Sämtliche Anträge wurden der Kommission übergeben. Nach Schluß der Sitzung befüllten die Delegierten die Räume der Bochumer „Volksblatt“-Druckerei.

Marktpreise von Berlin am 22. Mai 1911, nach Ermittlung des Königl. Reichspräsidenten, Markthallenpreise (Kleinhandel): 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—30,00.

Knaben = Boys

Noch 2 Tage — Schluß morgen.

ca. 20 000 Waschanzüge, Blusen, Hosen etc.

Ungewöhnlich billige Preise

- Wasch-Anzüge blaugestreift, für 3-8 Jahre durchweg 1.10 M.
Blusen-Anzüge Schöne Muster und Formen, für 3-8 Jahre, durchweg 3.75 u. 2.50 M.
Blusen-Anzüge Aermel mit Stickerei, für 9 bis 14 Jahre 4.50 M.
Kieler Anzüge gestreift und weiss, für 4 bis 9 Jahre 3.50 M.
Kieler Anzüge gestreift und weiss, für 10 bis 14 Jahre 4.50 M.
Schul-Anzüge Joppen-Formen, für 7 bis 12 Jahre 3.50 M.
Wasch-Blusen verschiedene Muster 1.85, 0.95, 50 Pf.
Kittel-Anzüge schöne Modelle, nur soweit Vorrat 4.75 M.
Wasch-Hosen aus Resten 1.10 u. 60 Pf.
Lüster-Anzüge Joppen-Formen, für 8 bis 14 Jahre 8.00 M.
Spiel-Höschen praktischer Spielanzug 2.50, 1.75 u. 1.25 M.
Loden-Pelerinen für Knab. u. Mädch. 100 und 110 cm lang 6.00 bis 7.00 bis 4.50 M.

BaerSohn

Kleider-Werke □ Deutschlands größte Fabrik dieser Art

Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Straße 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Nächsten Sonntag bis 6 Uhr geöffnet.

Der neueste Haupt-Katalog No. 42 kostenfrei.

Früher oder später

kommt jeder Automobilist u. Radfahrer zu der Ueberzeugung, dass er auf

Continental Pneumatik

am billigsten fährt.



Continental-Caoutchouc- und Gutta-Percha-Co., Hannover

Monats-Garderobe!

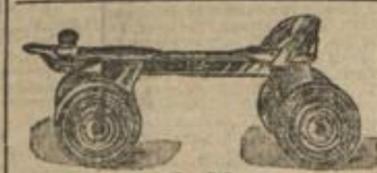
Die besten Sommer-Feiertags- und 3-400 getragene Anzüge für Herren, Smoking-Anzüge, Frackanzüge, sowie von Kavaliereu getragene, fast neue Socken, für jede Figur passend, in größter Auswahl zu unübertroffenen billigen Preisen.

Hirsch Kieferbaum, Wasserstr. 12/13 I

Stoffe

Restaurant zum „Schwan“

Tegelort Rob. Jurock, Tegelort. Empfehle mein herrlich am Wald und Wasser gelegenes Lokal für Land- und Herrenpartien. Gemüthlicher Familien-Aufenthalt. Großer Tanzsaal. Zwei Kegelbahnen. Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.



„Tipp-Topp-Rollschne“ aus der Berliner Rollschuh-Fabrik G. m. b. H. Berlin Bülow-Str. 66

sind die besten der Welt! Verkauf werktäglich direkt in der Fabrik, 2. Hof rechts, im Kontor, kein Laden, in der Zeit von 9-7 Uhr. — Reparaturen billig und sachgemäß. — Mit Kugellager schon von 5,- Mark an bis 20,- Mark.

Haus- u. Küchengeräte
Dähnert, O.
Hammick
Küchen-Schreiber
Lindner, Nachf.
Messow, M.
Palme, H.
Reckstroh, Karl
Sandow, Rad.
Sandow, F.
Otto Sandow Nachf.
R. Wandgerin
Wormsee, Max.

Hellanst. für Stotterer
„Stottern“
besichtigt gründlich und dauernd
bei jedem, der stotterhaft angt.

Herren-Artikel
Anton, Schönhäuser Allee 110.
Felix Brikow, Köpenick.

Magazin England
Dittmer, Adolph, 81a, Hutgeschliff.
Martini, Franz, Altmühlstr. 113.

Karl Hoffmann
Rich. Jahn, Treptow, Grätzerstr. 10.
S. Kadisch, Thurmstr. 10.

Herren- u. Knabengard.
Amerikan. Verkaufsbüro
E. Bänisch, Bellealliancestr. 4.
J. Baer

Besser, Friedrichstraße 100.
Besser, Julius, R. Bergstr. 19.
Hamburg-Steglitz
Hirschfeldt

Herren-Konfektionshaus
Frank & Co., Brunnensstr. 60.
Mohr, A.
Nöke, J.
Paul Ikenfeld, Thurmstr. 14.

Inhaber Perleberg
nur in Fa. S. Perleberg
S. Posner

Max Kaplan,
Friedrichstr. 1.
Große Auswahl fertiger Kleidung.

S. Kainer
O. Gr. Frankf. Str. 104
D. Perleberg
S. Posner

Heinr. Ferster
Reinickendorferstr. 8.
Raitzig, Ad.
Rosner, Max

77 Kottb. serdamm 77
August Schega
Herth Schwermer, Wenzelstr. 30

Hüte, Hülsen u. Pelze.
Antoni, Schönhäuser Allee 110.
Apelt, E. R.

Bazar Norden
Beine, Rud.
Casper, Ed.
Cohn, Simon

M. Grund
Hansen, Ostern, Koppstr. 18.
Hut-Centrale
Jacob, Oskar

Kehr-Hüte
J. Kock, Kastanien Allee 80.
A. Lemnitz, Wilmersdorferstr. 113.
Lieber, B.

LOBER-HÜTE
Mandel's Hutfabrik
Oscar Ortman

Prager, Hutfabr., Franz-Allee 27
C. Rettig, Schönhäuser Allee 178.
Rieck, Em.
Ring, A.

Vereinigte Hut-Compagnie
Gastwirth, Wilmersdorferstr. 124.
Große Frankfurterstr. 120.
Türmer, 61 (Ecke Süsskindstr.)
Leser d. Zeitung erhält 5% Rabatt

Vester, E.
Wolner, H.
„Zur Flora“

Kaffee-Spezialgeschäft.
A. Kobbelt
Oskar Krösche

Kaffee-Surrogate
M. Bathke
Kartoffeln, Gemüse

Paul Henkel
Z. Alexander & Co., Badstr. 55.
Geschw. Blank, Sachsenstr. 17

Konsum-
Berlin u. Umgebung
Kleiderstoffe, Wäsche, Wollw.
S. Eisenstadt, Frankfurt Allee 103.

G. Kurtzahn
Adolf Hirsch, Ober-Schönweide.
Holz & Ascher

Adolph Lewinski
Alfr. Hirschner
Kaufhaus
Herm. Levy

Kaufhaus
Gaubr. Preuß
Berl. NW, Bismarck- u. Huttenstr.
Beste Besorgung für sämtl.
Manufaktur, Sperr, Damenkongf.

Gustav Levy, Spandau,
Lutz, Fr.
H. Weiss & Co., Friedrichshagen.

Kautabakfabriken
Kemper können nur Kautabak von
H. Carl Hagenbrach, Mühlhansstr. 70.
Kaufhaus für Mühlhanserkautabakfabr.

Kinematogr.-Theater
Gromadecki, F.
Reform-Kino, Reinickendorf, 81, 20/27
Hermann Wöhling, Brunnensstr. 151

Kohlen, Koks, Srikotts
Rud. Beier & Co., S. u. Mühlhansstr.
Gersberger & Müller

Ferd. Gräning
Aug. Grimberger
M. F. Leyke

J. Ferdinand Leyke sen.
P. Hant
Loebell, L.

J. Mannheim.
Gebr. A. & J. Podzuweit
L. Sager & Co.

Heinr. Schupke
Herm. Schupke & Co. G. m. b. H.
Siemon, A. R.

Kolonialwaren
Abend, R.
Otto Albrecht, Lybenerstr. 11.

Hermann Elias, Stephanstr. 59.
Arthur Enke, Amsterdamerstr. 10.
Walter Fahren, Cöllinerstr. 10.
A. Fiebach Nachf.

Rudolf Fink
Rud. Fink Nachf.
C. Fink,
Foerster, Helms,
W. Fricke

Herm. Garlipp
Max Gankle,
W. Gehring,
Gehr. Gläser,

Goetsch, Ernst
Grabitz,
Gräber, Emil,
Richard Grosgrat,

With. Grüning
Rabats, Franz
Gehr. Hajach,

C. Hanemann
Otto Hampa,
H. Hartung,

Max Hänsler & Co.
Kaffee und Kolonialwaren
Versand frei Haus.

O. Stubbenhagen
Gustav Stöcker,
Tiedemann, H.,

Heinrich R.
Gustav Henschel,
Herrfath, Eug.,

Herrmann, Alfr.
Paul Herrmann
Emil Hübner,

Fritz Hübner,
H. Jacobi,
Isert, Eugen,

Janik, L.
Georg Jonas,
Oscar Just,

Paul Just
Kamm, Max,
Kapele, K.,

Kasolitz
Kastier, M.
Max Katschke,

Willy Knobe
Wilk. Koch,
Max Kohlheim,

Kraatz, Georg,
Kramer, Rich.,
Krugger, O.,

Max Lange,
Paul Letzner,
L. Liebig,

Max Lligo,
Hilch. Liess,
Gottlieb Linke,

Lips, Chamissoplatz 8
Fritz Lobeth,

E. Rottig,
F. O. Richter
Max Richter,
Otto Rickheim,

Willy Roitzsch
Willy Rohne
Franz Rosen,
Franz Roske,

W. Schwarze
Schöffler, Carl,
Scheffler, Eugen,

Georg Schreier,
Alfr. Schiffer,
Schlenther, Emil,

C. Oscar Schwarz
Moabit,
Mohl,
Joh. Schulze,

Curt Seeling
P. Simund,
Stäuber, R.,

O. Stubbenhagen
Gustav Stöcker,
Tiedemann, H.,

W. Tietzsch,
P. Tippler,
F. Tugendhaft,

W. Thomas,
Otto Töck,
Berth. Urmacher,

Ulrich, O. R.,
Gustav Voels,
Gustav Voigt,

Carl Vogt,
Erich Vogt,
Walter, Karl,

Fritz Welzel
Ad. Wendig,
G. Werner,

Ernst Wilde,
W.G. Wiedeprcht,
Wittenbeck, Fr.

Korbwar., Kinderwag.
Metzners
Kinderwagen

Kinderwagen
Grundhe. Horn,
Kosny, O.,

Metzners
Fischer, W.,
Lange, A. E.

Letzwaren
Gg. Engnath
Carl Fessel

Glatz & Langner
Paul Kratky
M. Rector,

Otto Wahnert
Lehranstalten
Zuschnide-Schule des

W. Bachmann,
F. Banngrünner,
Bethke, Georg,
Hied, Elbest,

Fritz Brosius
Elbe Str. 29,
Kranoldplatz,
Hugge, Rob.,

O. Erhardt
Friedrichshof
J. A. Fürstenberg,

Gaige, Otto
Paul Gaige, Spandau,
Hugo Gessler

Grossien, Gebr.
Joh. Günther,
Emil Gürtel,

Hammerstädt, G.
Herm. Hecht,
Heerma, H.,

Heinrich, R.
P. Herzig,
Hesse, K.,

Hippel, Carl,
H. Hoffmann,
Karl Hübsch,

Janicke, F.
Kerker, J.,
Hans Key,

Korn, Hugo
B. Krüger,
E. Kunze,

Kurzleben, H.
Künzel, S. A.,
Gebr. Lange

Lau, W.
Lanz & Jagmann,
F. Lenzenberg,

Rob. Linde
Ludke, H.,
Manke, M.,

Gu. Meyer,
Heinrich Mühlberg,
C. Neuzbauer,

Nietsch & Rabsahl
Otto Nowack,
Paul, Helmut,

Jul. Penner
A. Plaetrich
Alex. Rombold

Reichpietsch
P. Rentner
Rosin, G.

Sachs, Julius,
Fr. Sacke
Scheibe, Adolf

Schleinitz, A.
Schneider, Emil
Sophie Charlottenstr. 100.

H. Gebert,
Grill,
Narack
Horn, Heinrich,

Hertel, R.
M. Hinrichs,
Gebr. R. & C. Homann

Janitzkow, F.
König, A. H.,
Herm. Kogel,

Ernst Krämer
A. Küster-Nfg
Lange, Max

L. Lazarus,
Lüddecke, R. H.,
Möbel-Eberhardt,

Misch
Möbel-Fabrik
Nagott, R.,

Neumann, M.
Neukirch, Gebr.
Rebsch, E.,

Rehfeld, A.,
O. Reihel Nachf.,
Gustav Richter,

Schmidt, Otto
A. Schuster,
Schwabe, Rixd.,

Rob. Seelisch
Berlin O.,
Klasse 2. Antiquar-Waschgeschäft

Siebig, W.,
Siegwart, D.
Seymuntz,

K. Thomas
Lieferant d. Konsumgenossenschaft.
Woodland, Ernst

Wendland, Ernst
Herm. Wendland
Jos. Werner

Werthers
Witt Wilhelmsdammstr. 84
Möbelerien
Milch Schmidt

Möbelerien
Milch Schmidt
Rixdorf, Hermannstr. 53.

Möbelerien
Nord-West
„Schweizerhof“

Maschinen
Braun, Emil
Kann, Richard,

Belimann, E.
Ed. Broda,
Pfaff

Lindemann, S.
Littauer, Vork. Wilke.
Pfaff-Nähmaschinen

Bertha Mierzwa
Schneelack H.
Resterhandlungen
Leiser, Franz,

Carl Joch,
Neumann, G.,
Koste-Spitz,

Ernst Adam,
Herm. Adler,
Amerikaner,

Anhalt, E.,
Ascher,
B. Bekiers,

Blüthgen,
Benedik
Damaschke,
Ed. Doehrer,

Ed. Drechsler
Engel, W.,
Fleier, Friedr.,

Formanowitz, E.,
Ottens,
Goldmann,

Heine, A.,
Hering, C.,
O. Hoffmann,

Janko, Hermann,
Janke, F.,
Herm. Jantsch,

Juhake, E. S.,
Kaufhaus für Schuhwaren,
Kosnowski,

St. Klina,
Otto Koppe,
G. Kramer,

P. Lange,
Paul Lehmann,
J. Lewy,

Liesen,
Ludke, Herm.,
E. Luckfeldt,

Rich. Maeder,
Mausch, Otto,

Paul Mille,
Nehring,
Neumann, Erich,

O. Ostendorf,
Ortmann, Rich.,
Petersohn, Osk.,

Fl. Plank,
Franz Quetschalla,
G. Rechenberg,

Fr. Rogosch,
S. Saalheim,
Schmidt, Gebr.,

Schuhhaus „Vorwärts“
Schuhwarenhaus des Westens
Schüller, Wilh.,

Sommer, Wilh.,

Sporkel's Weltstiel
Sinheltpreis 7,50 M.
Stolz, F.,

Tornow, Franz,
A. Trefftin,
Tugendreich,

Ad. Ueblich,
H. Wessling,

Schirmfabrik
Berliner Schirm-Fabrik
Eugen Lichtenstein

Schirm u. Stühle
G. Dabner,
Kopfabr.,

Urod, F.,
Franz Hase,

Arth. Henker,
G. Schieffner,

Selzen
Gustav Gumbel,
Heldke, Paul,

John, A.
R. Semrau,

Technische u. Gardinen
Frankenstein & Co.,

Carl Gehring,

Manoschaff, M.,

Trauer-Magazin
Westmann

Uron u. Goldwaren
Abel

Abel, Alfred,

Oscar Adolph,

Arth. Seim,

Joh. Beggeweg,

Arnold Boyer,

Brise, Ernst,

Brückmann,

Bürger, Jul.,

Max Busse

Emil Dippe

Ebert, Otto,

Bruno Fickner

E. Fickner,

W. Elpelt,

Ellinghausen,

Fennek, S.,

P. Fischer,

Fliegenschmidt,

J. Gebhardt

Fortsetzung siehe nächste Seite.

George, Adolph, Badstr. 60.
Carl Giesen, Oranienstr. 165 a.
Ernst Gräber, Brunnenstr. 78.
P. Hoffmann, Hohenfriedb. Str. 4.

Rampmaler, F., Skaltzerstr. 23.
Karl Reichel, Hermannstr. 7.
Riedel, Ncht., Reinickendorf, St. 74.

Wutke, Karl, Treckwstr. 7.
Vorsicherungen
„Deutschland“ Berlin
Arbeiterversicherung - Schützen-

Leopold Jacobsohn, Nostitzstr. 36.
Warenhaus M. Hirsch
Spandau
Weine, Liköre u. Fruchtsäfte

Welhe, W., Hermannstr. 100.
Wachmittel
Verlangen Sie
„Edelweiß“
Krone aller Waschmittel.

Jonas, Hermann, Küstrin-Pl. 1.
Juncker, H., Rixdorf, Hermannstr. 172.
Kaufh. Kätzki, Ri. Kas. Friedr. - Str. 243.

Rochmer, C., Andreasstr. 69.
Hermann Meyer, Schivelbinderstr. 21.
A. Nitschman, Bergmannstr. 111.

Advertisement for 'Die neue Marke: Josetti Admiral' featuring a large illustration of a ship and the text 'Beste 4 Pfennig-Cigarette'.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte
Worte). Stellensuche und Schlafstellen-Anzeigen
5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte
mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahme-
stellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis
12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69,
bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.
Teppiche. Die Restbestände einer
Teppichfabrik kommen zum schließlichen
Verkauf. Preise bedeutend herab-

Hermannplatz 6.
Wandteppich-Handl. Täglich spottbilliger Waren-
verkauf. Jedermanns allerbilligste Ein-

Leihhaus „Brunnen“ und Ver-
kaufsgeschäft, alles spottbillig: Betten,
Stuhl mit 2 Kissen 10,-, Stuhl-

Möbel.
Möbel-Rechner, Brunnenstraße 7,
am Rosenfelder Tor, Wohnungsein-

Verrentenrad, freilauf, elegantes,
billig. Witwe Friedberg, Schwedter-
straße 17. 26658*

Möbliertes Zimmer, 15,- im
Küche, Donaustraße 21 II, III.
Behagliches Balkonzimmer, Witwe
Dröbler, Holzgerstraße 46. 19206

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zur Unterstützung des Verbandes der Bäcker im Kampfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen wird am Freitag, den 26. Mai, 7 Uhr abends beginnend, eine

Flugblattverbreitung

in den sechs Berliner Kreisen und den Vororten

Aldershof, Alt-Glienike, Baumjulenweg, Bohnsdorf, Borstwald, Britz, Charlottenburg, Cöpenick, Franz-Buchholz, Friedenau, Friedrichsfelde, Groß-Lichterfelde (Ost und West), Grünau, Johannisthal, Karlshorst, Kaulsdorf, Lankwitz, Lichtenberg, Mahlsdorf, Mariendorf, Mariensfelde, Nieder-Schöneweide, Nieder-Schönhausen, Ober-Schöneweide, Pankow, Reinickendorf (Ost und West), Rixdorf, Rummelsburg, Rudow, Schmargendorf, Schöneberg, Spandau, Steglitz, Tegel, Tempelhof, Treptow, Weissensee, Wilhelmsberg, Wilhelmshagen, Wilmersdorf und Zehlendorf — stattfinden.

Wir bitten die Genossen und Genossinnen prompt zur Stelle zu sein, damit die Arbeit recht rasch erledigt wird.

Am Dienstag, den 30. Mai, werden gleichfalls zur Unterstützung der Gewerkschaftsmitglieder des Bäckerverbandes circa

32 Versammlungen

abgehalten, in welchen zu diesem wirtschaftlichen Kampfe Stellung genommen werden soll.

Auch hierzu bitten wir schon heute eine wirksame Agitation in die Wege zu leiten. Das Nähere über diese Versammlungen in der Sonntagsnummer des „Vorwärts“.

Genossen und Genossinnen, seid wie stets am Platze.

Der Zentralvorstand.

Waidmannslust und Umgegend. Die Flugblattverbreitung findet für unseren Bezirk nicht am Freitag, sondern am Sonntag, den 28. Mai, früh 1/2 9 Uhr, statt, und zwar nur in den Orten Waidmannslust und Hemsdorf von den bekannten Lokalen aus.

Groß-Lichterfelde. Sonntag, den 26. d. M., findet für unsern Ort Flugblattverbreitung statt. Der Vorstand.

Britz-Buckow. Freitag, den 26. Mai, abends 7 Uhr: Wichtige Flugblattverbreitung. Material ist diesmal abzugeben im Lokal „Bilz, Werder“, Ecke Rungiusstraße. Der Vorstand.

Partei-Angelegenheiten.

Mariensfelde. Mittwoch, den 24. Mai, 8 1/2 Uhr, findet bei Schuler, Kirchstraße, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Genosse Vogel spricht über: „Unsere Aufgaben in Anbetracht der nächsten Reichstagswahl.“

Britz-Buckow. Donnerstag Besuch der Wohnungsausstellung bei Altem Hofenheide 13. Treffpunkt bei Hoffmann, Rudower Str. 85, früh 8 Uhr.

Tegel. Morgen Donnerstag: Herrenpartie nach Heiligensee-Niederneudorf-Finkenkrug. Abmarsch in Tegel früh 7 Uhr (nicht wie irtümlich 8 Uhr) vom Lokal Drewitz, Schloßstr. 23. Für Nachzügler Treffpunkt bis 9 Uhr im Lokal „Heiligenseer Schweiz“, Sandhausen.

Berliner Nachrichten.

Was ist der Zweck der Waldschulen?

Und wird geschrieben: In den letzten Jahren hat sich erfreulicherweise die Erkenntnis, daß für die Großstadtjugend Bewegung in der freien Natur unumgänglich nötig ist, immer mehr und mehr Bahn gebrochen. Eine Frucht der verschiedenartigen Bestrebungen auf diesem Gebiete sind die Waldschulen, die zweifellos segensreich wirken können. Unsere Asphaltjungens braucht ogonhaltige Luft, braucht Sonne und Wald und Sonnenschein, um sich im fröhlichen Spiel tummeln, sich aus dem Dunst der Großstadt auf kurze Zeit retten zu können. Den Körper kühlen, die Lungen weiten und so den Schäden unserer städtischen Wohnungsbauverhältnisse entgegenzuwirken, soll der vornehmste Zweck dieser Waldschulen sein, deren einige draußen im Grünwald, bei Fischfang, errichtet sind. Soweit, so gut. Leider scheint man jedoch an maßgebender Stelle der Ansicht zu haften, daß die Jugend nicht früh genug sich im Kriegsspiel versuchen könne. Wir wissen wohl, daß gesunde Kinder sich gerne ausziehen und Kämpfe liefern. Aber auch hierin sollte man die Jügel nicht schiefen lassen und Vorbeugungsmaßnahmen treffen, wo die Gesundheit und die Glieder der anvertrauten Kinder Gefahr laufen, Schaden zu erleiden. Wir glauben nicht, daß die Eltern der betreffenden Kinder ruhig einer Unterhaltung zusehen würden, deren Zeuge wir dieser Tage waren. In dem unruhigen Terrain der Charlottenburger Waldschule für höhere Lehranstalten vergnügten sich die Jungen damit — es waren auch Mädels darunter —, Krieg zu spielen. Eine Ede, die durch einige eingerammte Pfähle und Bretter zur Festung erhoben war und in der sich ein paar „Belagerer“ befanden, wurde von einer großen Schar „Feinde“ mehrere Male „gestürmt“. Verteidiger und Angreifer waren mit Säbeln aus Holz und Metall, mit Spaten, Stöcken, Krügen u. s. w. ausgerüstet, ja selbst der Trompeter, der zum Sturm blies, schlo nicht. Bei dieser Schlacht ging es denn nicht weniger als harmlos her. Beide Parteien zeigten Mut und Ausdauer und hieben und stachen „mörderisch“ aufeinander ein. Wie durch ein Wunder ging die Sache ohne ernste Folgen ab. Immerhin verschludete ein Amrups tapfer die Tränen, die ihm ein heftiger Schlag über den Arm ausgepreßt hatte. Wir sind der Meinung und glauben, alle verständigen Eltern auf unserer Seite zu haben, daß diese Art von Unterhaltung nicht zweckmäßig ist. Säbel und dergleichen gefährliche Gegenstände sind unserer Ansicht nach keine Spielzeugen für eine Waldschule. Wie leicht ist ein Auge ausgehoben und ein Kind fürs ganze Leben unglücklich gemacht. Ganz zu schweigen von dem namenlosen Jammer, der über die betreffenden Eltern in einem solchen Falle hereinbricht. Und nicht nur das: die Jugend wird durch solche „Spiele“ zur Roheit erzogen, dazu von einer Stätte, die der Bildung und Gesittung dienen soll. Die amnestischen Aufführungspersonen, denen das mit tosendem Geschrei ausgeführte Spiel nicht entgangen sein kann, scheinen das Bedenkliche der Sache nicht zu empfinden und wollen sicherlich das Weite der Kinder, wenn sie dieselben gewähren lassen. Auch wir sind gewiß dafür, daß den Kindern im Spiel die weitesten Grenzen gezogen werden, damit sie sich austoben, ihre überschüssigen Kräfte erproben können, womit wir gleichzeitig den Vätern vom Schloß der „Post“ begegnen wollen, die bei solchen Gelegenheiten immer ihr Sprüchlein von der Erziehung zum „Selbsten“, das bei ihnen allerdings nur mit dem Maul gepflegt wird, bereithalten. Man soll die Gruel des Bruderermordes nicht schon in frühester Zeit in das empfindliche Gemüt der Kinder pflanzen, schlimm genug, wenn sie es später lernen.

Schulstatistische Erhebungen. Am 24. Mai werden in allen Schulen Preußens, mit Ausnahme der höheren Knaben- und der höheren Mädchenschulen statistische Erhebungen vorgenommen. Sie erstrecken sich auf Schuleinrichtung, Schülerzahl, Alter der Kinder, Konfession, Muttersprache und auf die amtlichen und persönlichen Verhältnisse der Lehrenden. Die gewonnenen Ergebnisse werden vom statistischen Amt in Berlin geprüft und bearbeitet werden und sollen als Unterlagen für die Regierung dienen.

Besuch aus der Türkei. Mitte nächsten Monats kommt eine türkische Studentkommission, bestehend aus sechzig höheren Staatsbeamten und Deputierten usw., nach Berlin. Die Kommission beabsichtigt hier Staats-, Kommunal- und Privatbetriebe zu besichtigen.

Maulkorbzwang auf der Eisenbahn. Was der Berliner Polizeipräsident v. Jagow für den Landespolizeibezirk Berlin für nützlich hält, betrachtet die Eisenbahndirektion für schädlich. Bekanntlich ist seit dem 1. Mai in Berlin der Maulkorbzwang für Hunde aufgehoben, auch die Direktion der Straßenbahn hat den Maulkorbzwang bei Beförderung von Hunden in den Straßenbahnwagen beseitigt. Aber die Eisenbahndirektion denkt anders. Am Sonntag konnte man beispielsweise am Bahnhof Frankfurter Allee manchen Ausritt von Passagieren, die Hunde bei sich hatten, mit Bahnsteigschaffnern beobachten. Es wurde dort Passagieren der Zutritt zum Bahnsteig verweigert, weil die Hunde keinen Maulkorb trugen. Diese Maßnahme der Bahnbeamten wurde auf eine am Sonntag eingegangene Verfügung der Eisenbahndirektion zurückgeführt, nach der Hunde nur mit Maulkorb versehen ins Bahnabteil mitgenommen werden dürfen. Diese Anordnung wendet sich in letzter Linie gegen die Verfügung des Berliner Polizeipräsidenten. Sie wird begründet mit dem Hinweis, daß angeblich maulkorblose Hunde Passagiere belästigt haben. Was an der Verfügung der Eisenbahndirektion besonders mißfällig ist, außer ihrem Inhalt auch die plötzliche Art der Inkraftsetzung. Weiteren Kreisen war von dieser neuen Bestimmung nichts bekannt, es konnte deshalb niemand sich darauf einrichten. So kam es, daß die ganz unschuldigen Bahnbeamten manches bittere Wort über die Eisenbahnverwaltung zu hören bekamen.

Die Polizei

erregte am Freitag wieder einmal großes Aufsehen durch die Art, wie sie einen Arrestanten zur Wache brachte. Abends nach 8 Uhr wurde von fünf bewaffneten Polizisten aus einem Hause der Pasteurstraße ein Mann herausgeschafft, der nur mit Hemd und Hose bekleidet war. In dieser mangelhaften Bekleidung wurde er — barfuß, wie er war — über den Arnswalder Platz nach der Polizeiwache in der Elbinger Straße geführt. Zu beiden Seiten Polizisten, die ihn an Handfesseln hielten und sie fest zuzogen. Welches Schwere hatte der Mann verbrochen, daß man ihn so über die Straße schleppte? War es einer der bisher noch immer nicht gesunden Räder, der durch einen glücklichen Zufall den Polizisten in die Hände geraten war und ohne Aufschub nach Nummer Sicher gebracht wurde?

Wir erfahren, daß es sich um eine sehr viel harmlosere Angelegenheit handelte. Der Arrestant war ein Reisender S., der eine Geldstrafe von 10 M. nicht rechtzeitig bezahlt hatte und nun zur Haftverbüßung abgeführt werden sollte. Als zwei zu ihm gesandte Schulheute seine Wohnung betreten, fanden sie ihn im Bett liegend. S., der bruchleidend ist und sich nicht wohl fühlte, lehnte es ab, aufzustehen und mitzukommen. Ihm wurde geantwortet: „Na, dann werden wir mal einen Krankenwagen holen!“ Die Gattin des Herrn S. bot sofortige Zahlung der 10 M. an und legte das Geld vollzählig hin, aber sie bekam zur Antwort, jetzt gehe das nicht mehr. Einer der beiden Polizisten verließ die Wohnung und kehrte bald zurück mit drei anderen, so daß ihrer fünf beisammen waren. Da S. auf seiner Weigerung beharrte, so griffen jetzt zwei oder drei Mann zu, holten ihn aus dem Bett heraus, zogen ihm die Hosen an und fesselten ihm sofort die Hände. Frau S., die diese aufregende Szene entsetzt mit ansah, hielt das Bruchband bereit, damit es dem Manne angelegt werden könne. Aber die Polizisten hatten in ihrem Eifer hierfür weder Auge noch Ohr. Die fünf Mann transportierten S. zur Türe hinaus und die Treppe hinab und hinaus auf die Straße, während er immer wieder laut aufschrie. Seine Frau blieb wie betäubt zurück, lief aber dann mit dem Geld herunter, um auf der Polizeiwache nochmals Zahlung anzubieten und die Inhaftnahme abzuwenden. Einen Beamten, den sie für einen Leutnant hielt, verstand sie: „Der Mann bleibt die Nacht über hier.“ Als sie daraufhin die Wache verlassen wollte, sagte ein anderer Beamter, da müsse das Bruchband geholt werden. Jetzt änderte plötzlich der erwähnte Beamte seine Meinung und willigte in sofortige Entlassung. Frau S. legte ihre Schuhe ab und zog sie ihrem Manne auf die nackten Füße; sie selber lief auf Strümpfen nach Hause. S. mußte noch an demselben Abend sich nach der Rettungswache im Friedrichshain-Krankenhaus begeben, um Verletzungen an den Handgelenken, die von den Fesseln herrührten, durch einen Arzt behandeln zu lassen.

Wünscht einer, daß wir diesem preussisch-polizeilichen Kulturbild noch ein Wort der Erläuterung hinzufügen?

Die Berliner Untergrundbahnprojekte. Die Berliner städtische Verkehrsdeputation beriet in ihrer gestrigen Sitzung den Vertrag mit der Gesellschaft für Hoch- und Untergrundbahnen über die Untergrundbahn von der Klosterstraße über den Alexanderplatz zur Frankfurter Allee und über die Hoch- und Untergrundbahn vom Gleisdreieck bis zur Reichsbahngrenze an der Roststraße. Die Beratung wurde nicht zu Ende geführt.

Der Bilderhändler, der für die Firma Erich Rumpf sozialdemokratisches Hauslegen anbot und sich wie ein Beauftragter der sozialdemokratischen Partei gab, hat — wie wir leider erst jetzt erfahren — bereits im Oktober vorigen Jahres durch sein Auftreten Verdacht erweckt.

Von mehreren Familien, denen er damals seine Bilder vorlegte, sind uns neue Mitteilungen gemacht worden, die ganz zu seinem von uns schon geschilderten Treiben aus letzter Zeit passen. Daß es sich tatsächlich wieder um den Reisenden Raed handelt, ergaben die von ihm ausgefertigten Quittungen über geleistete Anzahlungen. Er führte sich so ein, daß auch dort die Frauen, die er in Abwesenheit der Männer aufsuchte, zu der Ansicht kamen, einen Beauftragten der sozialdemokratischen Partei vor sich zu haben. Bei Männern, die nachher davon erfuhr, fand der Schwindler keinen Glauben, aber leider hielten auch sie es nicht für nötig, von dem Treiben des Menschen sofort und in Kenntnis zu setzen. Einmal sagte die Nachbarin einer von ihm aufgesuchten Familie ihm ins Gesicht, es sei nicht wahr, daß er von der Partei komme. Da wurde er sehr ungemächlich und bestritt, daß es das gesagt habe.

Schon damals hat Raed die Frauen zu bewegen gewußt, ihm auch in Steuerangelegenheiten und Rechtsstreitigkeiten die Auffertigung von Schriftstücken zu übertragen. Er besaß viel Geschick, das Gespräch sofort auf dieses Thema hinüberzuführen, und bot dann seine Hilfe an. „Bisviel Steuern zahlen Sie eigentlich?“ „Und welches Einkommen haben Sie?“ „Ach, da zahlen Sie ja viel zu viel! Ich mache Ihnen eine Reklamation, ich verstehe das.“ Für eine Frau, die Verwandte an die Bezahlung einer Schuld mahnen wollte, sollte Raed den Mahnbrief schreiben. Er riet aber, sofort zu klagen und legte dann die Klagedrüse auf. Einen Erfolg hat seine Schreiberei in keinem der uns bekannt gewordenen Fälle gehabt. Wenn es ans Bezahlen ging, war mit ihm nicht zu spaken. Als ihm einmal 1 Mark angeboten wurde, machte er dem Entzücktesten, und erst bei 3 Mark beruhigte er sich. In einem anderen Fall nahm er von einer Frau 6 Mark und aus ihrer Schwestern wußte er 10 Mark herauszuholen. Diesen beiden Frauen suchte er dadurch zu imponieren, daß er mit den Verbindungen prahlte, die er bei den Gerichten habe. Einmal führte er sie nach Moabit, ging mit ihnen in den Zuschauerraum eines Gerichtszimmers und nannte ihnen allerlei Namen der Richter, um zu zeigen, wen alles er kenne. In dieser Familie ging er ziemlich 14 Tage hindurch fast täglich ein und aus, wie wenn er zu Hause wäre. Er kam schon am frühen Morgen, um immer wieder noch Informationen für die bestellte Klagedrüse zu holen. Dann machte er sich's bequem, fertigte Schreibereien an, ging wieder mal weg, um anderswo sich neue Arbeit zu beschaffen, kam zurück, sah umher und blieb manchmal bis zum Abend. Daß er dabei oft an den Mahlzeiten teilnahm, am Frühstück, am Mittagessen, auch am Abendessen, das verstand sich von selbst. Er war in diesem Punkt gar nicht zimperlich, und schon des Morgens, wenn er ankam, mahnte er: „Haben Sie nicht eine Tasse Kaffee?“ Als schließlich der Hausherr von der Häufigkeit dieser Dauerbesuche erfuhr, warf er den lästigen gewordenen Gast hinaus, wobei dieser noch den beleidigten spielte und mit einer Klage drohte. Die Frau fragte dann telefonisch bei Herrn Rumpf an, ob sie nicht am Ende einem Schwindler in die Hände gefallen sei. Herr Rumpf verneinte das damals — es war etwa Anfang November 1910 —, und sein Reisender Raed diente ihm darauf noch bis in den Mai 1911, wo im „Vorwärts“ auf sein Treiben aufmerksam gemacht wurde. Es ist sehr bedauerlich, daß diesem Menschen nicht schon viel früher sein Handwerk gelegt werden konnte.

Adoptionschwindel. In voller Blüte steht seit vielen Jahren der Adoptionschwindel, und weil ihm die Strafbehörden nicht leicht bekommen können, so wird er auch weiter blühen, solange nicht diejenigen, die Kinder abzunehmen wünschen, vorsichtiger werden und nicht vor allen es ablehnen, vorweg Auskunftgebühren zu zahlen. In Berlin bestehen jetzt nicht weniger als vier Adoptionsbüros, die es auf die Taschen linderloser Leute abgesehen haben. Die Inhaber standen früher miteinander in Verbindung, haben auch voneinander gelernt. Jetzt sind sie selbständig, weil das wohl noch mehr einbringt. Die Unternehmungen nennen sich Adoptions- und Pflegefrauenbüros. Nach ihren großsprecherischen Ankündigungen „arrangieren“ sie „Adoptionen“, erledigen „diskrete Angelegenheiten“, haben „vertrauenswürdiges Gehörnen an der Hand“, besorgen ein „diskretes Heim“ usw. Eines dieser Büros machte neuerdings in Leipzig eine „Fisale“ auf. Raum hatte der Inhaber dort ein möbliertes Zimmer bezogen, als auch schon täglich an die 1000 Briefe bei ihm einliefen. Dann schrieb er selbst sehr eifrig, und nun erliefen bald auch der Geldbriefträger, der an einem Tage 100 Anweisungen brachte. Der Birtin wurde unheimlich. Sie vermutete einen Schwindel und ging zur Polizei. Jetzt verhielt sich ihr Mieter. Die Briefe, die er unter Verfertigung einer Photographie verhandelt hatte, sind sehr bezweifelnd. Sie lautet: „Höflichst Bezug nehmend auf ihr werthes Schreiben, aus dem ersichtlich ist, daß Sie auf ein Kind reflektieren, gestatte ich mir folgendes zur Kenntnis zu geben. Es handelt sich um ein zeta drei Jahre altes, hübsches, gesundes Mädchen, bester, diskreter Herkunft (obige Photographie). Von den Eltern des Kindes ist der Vater Rechtsanwalt, die Mutter eine Bankierstochter. Das Kind soll an eheliche, anständige Leute vergeben werden, da der Vater des Kindes gestorben ist. Dem Kinde werden 4000 M. mitgegeben. Das Kind befindet sich zurzeit in Pflege. Ueber eventuelle Herausgabe, Transport usw. wird Ihnen noch näheres bekanntgegeben. Falls Sie auf das Mädchen reflektieren, erlaube ich um genaue Angabe ihrer Verhältnisse usw. Unrichtige Angaben versehen ihren Zweck, da dieselben nachgeprüft werden. Bevor ich jedoch mit Ihnen in nähere Verbindung treten kann, muß ich mich auf Wunsch der Mutter über ihre Verhältnisse genau informieren. Die entstehenden Unkosten usw. müssen Sie aber tragen, falls Ihnen daran gelegen ist, das Kind zu erhalten, den Betrag von 650 M. einbringen. Nachdem ich mich über ihre Verhältnisse informiert habe, schlage ich Sie der Dame sofort vor. Erlaube um halb gefällig, Angaben und die Gebühr für entstehende Unkosten und sichere Ihnen strengste Diskretion zu Hochachtungsvoll E. Nachschrift: Falls Sie aber auf das Kind nicht reflektieren, dann bitte ich um Rücksendung obiger Photographie.“ — Die Adoptionsvermittler gehen nun so vor: In Provinzzeitungen zeigen sie bald in dieser, bald in jener Gegend an: „Mädchen von (folgt Alter), guter Herkunft, an Kindesstatt zu vergeben. Erziehungsbeitrag 4000 Mark“. Darauf melden sich Tausende, die ein Kind annehmen möchten. Sie alle bekommen dann den fotografierten Brief und senden darauf an die angegebene Adresse die verlangten 650 M. als Auskunftgebühr ein. Weiter will der Vermittler nichts. Von den 650 M. bleiben ihm nach Abzug der Anzeigekosten, des Portos und anderer Auslagen mindestens 5, vielleicht auch 6 M. übrig. Ein Kind bekommt kein Bewerber. Die Kriminalpolizei hat sich mit diesem Treiben schon wiederholt befaßt, sie kann aber nichts ausrichten. Verlangt sie Auskunft über das zu vergebende Kind, so wird sie verweigert, weil die Sache diskret sei. Fragt man, wo es sich befindet, so wird irgend ein so abgelegener Ort angegeben, daß eine Nachprüfung, ob es wirklich vorhanden ist, unmöglich erscheint. Auf den Vorhalt, daß man doch nicht mit einem Kinde 1000 Bewerber beglücken könne, heißt es, das sei ein Geschäft, ein Pferdehändler biete einen Gaul durch eine Anzeige auch 1000 Kunden an. — Es hilft also alles nichts, wenn die Leute, die gern ein Kind annehmen möchten, sich nicht selbst schämen. Solange sie ohne weiteres die „Auskunftsgebühr“ einfinden, erreichen sie nur, daß sich die Vermittler auf ihre Kosten ohne viel Mühe die Taschen füllen.

Lebendig verbrannt. Einen qualvollen Tod fand die 29jährige Ehefrau Gertrud des Buchhalters Buchheister, Hufschmidtstr. 44. Frau W. hatte für ihren Ehemann Strümpfe stopfen wollen. Sie vernichte dabei Stopfgarn und als sie dies in einer dunklen Kammer suchen wollte, zündete sie ein Streichholz an. Ohne daß die junge Frau etwas davon bemerkt hatte, entzündete sich ihr Kleid. Es begann hinten zu brennen und erst als eine helle Flamme an der Brennenden emporstieg, sah Frau W., was geschehen war. Sie rief jetzt laute Hilferufe aus, worauf Nachbarn hinzueilten. Sie fanden die unglückliche lichterloh brennend vor und erstickten die Flammen an ihr. Es war aber leider zu spät. Frau W. hatte inzwischen am ganzen Körper so schwere Brandwunden erlitten, daß sie wenige Minuten später auf dem Transport nach dem Lazarus-Krankenhaus unter qualvollen Schmerzen verschied.

Ueber fünfzig Wohnungseinbrüche hat eine dreiflüßige Bande auf dem Reichsholz, die jetzt von der Kriminalpolizei unschädlich gemacht wurde. In allen Stadtteilen tauchten in der letzten Zeit Klingelfahrer und Sonntagnachtsmittagsdiebsteher auf, die überall gute Beute machten. Nie wurde einer der Einbrecher auf frischer

Zat erlappt. Daß aber ein Mann stets seine Hand im Spiel hatte, wurde der Kriminalpolizei bald klar, dem wiederholt wurde ihr bei den Nachforschungen gesagt, daß um die Zeit des Einbruchs ein ziemlich großer unbekannter Mann in der Gegend gesehen worden war. Die Beschreibung stimmte immer überein, nur hätte der Mann an der einen Stelle eine Brille und an der anderen einen Kneifer getragen. Die Beschreibung wurde nach und nach so genau, daß die Beamten in dem Verdächtigen einen alten Bekannten wiederfanden, einen gewerkschaftlichen Einbrecher Bruno Pils, der zuletzt zehn Jahre Zuchthaus verbüßt und erst seit einigen Monaten wieder auf freiem Fuße war. Pils, der in der Fagelbergstraße eine Wohnung gefunden hatte, wurde nun sorgfältig beobachtet, und hierbei ergab sich, daß er in regem Verkehr mit den Arbeitern Max Wendling und Franz Kaska, die gemeinsam in einem Fremdenlogis in der Schumannstraße wohnten. Nach längeren Beobachtungen überraschten die Kriminalbeamten gestern alle drei zu gleicher Zeit in ihren Wohnungen und fanden dort eine ganze Menge von Wertgegenständen, insbesondere Schmuckstücke, aus den Wohnungseinbrüchen, außerdem viele Pfandscheine über den Verkauf anderer Sachen. Nach dieser Entdeckung wurden die drei festgenommen und legten auch ein Geständnis ab. Pils trug bei seiner Verhaftung die Brille, den Kneifer fand man in der Wohnung. Ein großer Teil der gestohlenen Sachen konnte von der Kriminalpolizei wieder herbeigeschafft werden, es fanden sich auch andere, die aus noch nicht aufgeklärten Einbrüchen stammen, Bombomieren mit den Zeichen C. und B. und anderes mehr.

Die leidige Lustige des Anhängens an vorüberfahrende Wagen hat wiederum ein bedauerndes Unglück hervorgerufen. Der 8 Jahre alte Kurt Teschner aus der Greifenhäger Str. 8 hing sich gestern mittag an die Seite eines vorüberfahrenden Wagens des böhmischen Brauhauses an. Durch einen großen nachspringenden Hund erschreckt, ließ der Knabe plötzlich los und fiel zwischen den Rädern zur Erde, so daß er von dem Hinterrad erfasst wurde. Dem Knabe wurde das Fleisch des rechten Beines vom Schenkel bis über das Knie vollständig losgetrennt, so daß der Knochen freilag. Hinguziehende Passanten hoben den Knaben auf schnell herbeigekommene Decken und trugen ihn nach der Unfallstation in der Gaudystraße. Von dort wurde er nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht, wo ihm voraussichtlich das Bein amputiert werden muß. Der Rutscher hatte von dem Vorgang nichts bemerkt. Er wurde erst von einem radsahrenden Postbeamten auf das Unglück aufmerksam gemacht.

Ein Oxyer des Kollschußports ist der 17 Jahre alte Gärtlerlehrling Bruno Hanne geworfen, der in der Voelckstr. 14 bei seinen Eltern wohnte. Der junge Mann „rollte“ am Freitagabend zwischen 9 1/2 und 10 Uhr in der Nachbarschaft seiner Wohnung. Hierbei lief er an der Ecke der Voelck- und Schönleinstraße so heftig gegen die Stoßstange eines Handwagens, daß er schwer verletzt nach dem Kronenhaus am Urban gebracht werden mußte. Dort ist er jetzt an innerer Verblutung gestorben.

Von religiösem Wahnsinn besessen. Die 48 Jahre alte Ehefrau Hedwig M. aus Köpenick, Agiser-Wilhelm-Straße 7 wohnhaft, verursachte Montag abend gegen 7 Uhr dadurch großes Aufsehen, daß sie auf dem Galenfeer Bahnhof mit einem Male laut zu predigen anfing. Da sich um die zwieselflos plötzlich von religiösem Wahnsinn besessene Frau große Menschenmassen ansammelten, wurde sie von Polizeibeamten in Schutzhaft genommen und ihr Ehemann benachrichtigt. Nachdem dieser gegen 11 Uhr nachts erschienen war, weigerte sie sich, mit ihm zu gehen. Sie wurde deshalb nach der Maison de santé gebracht, wo sie gegen 1 Uhr Aufnahme fand.

Ein aufregender Vorfall spielte sich in der letzten Nacht auf dem Tempelhofer Felde ab. Dort versuchte sich ein junges Mädchen in selbstmörderischer Absicht vor einem in voller Fahrt herannahenden Straßenbahnwagen auf die Schienen zu werfen. Glücklicherweise war der Vorgang von mehreren Passanten beobachtet worden, denen es gelang, die Lebensmüde noch im letzten Augenblick vom Gleis herunterzuziehen. Das junge Mädchen, das einen sehr verstorbenen Einbruch machte und die Kleidung zum Teil abgelegt hatte, wurde nach der Unfallstation am Tempelhofer Ufer gebracht, wo in der Selbstmordlandbahn eine 23jährige Tänzerin Margarete Vredow festgefaßt wurde. Die Vredow gab an, daß sie nach Hannover habe fahren wollen, um dort ein Engagement anzutreten. Während der Fahrt sah sie das Mädchen, die offenbar auch stark unter übermäßigem Alkoholgenuss zu leiden hatte, bemerkt, wurde die Patientin plötzlich todsüchtig und konnte nur mit größter Mühe überwältigt werden. Von der Unfallstation aus wurde die Vredow, die anscheinend auch geisteskrank ist, nach der Charité übergeführt.

Von einem Geschäftswagen überfahren und getötet wurde gestern nachmittag in der Feilnerstraße ein kleiner taubstummer Knabe Kurt Müller.

Wegen einer Explosion wurde gestern mittag die 6. Kompanie der Berliner Feuerwehre nach der gemischten Fabrik von J. D. Nibel u. Sohn, K.-G., Gerichstr. 12 alarmiert. Dort war ein Salon mit Säuren ausgelassen und dann in Brand geraten. Durch schnelles Eingreifen gelang es, die Gefahr in kurzer Zeit zu beseitigen. Der Schaden soll nicht bedeutend sein. Die Feuerwehr konnte nach Befreiung der ausgelassenen Säuren bald wieder abrücken.

Bei dem Waldseß, welches Genossen der 10. Abteilung des vierten Wahlkreises am Sonntag, den 21. d. M., abhielten, wurden ein Damenhirn und ein Spazierstock gefunden; verloren hat eine arme Frau ihr Portemonnaie mit circa 10 M. Inhalt. Die Verlierer sowie der ehrliche Finder werden gebeten, die Gegenstände bei Heinrich Fiebiger, Kameruner Straße 7, abzugeben respektive abzuholen.

Vermisst wird seit dem 1. Mai die 27 Jahre alte Kassiererin Martha Begietz, Chorlottenburg, Krumme Str. 56 wohnhaft; bei der Mutter. Bekleidet war dieselbe mit marinembleuem Jackettleid, weißer Bluse, schwarzem Strohhut mit blauer Reiterfeder. Sie trug eine Handtasche mit familiären Papieren, einen Schwam, hatte an den Händen zwei goldene Ringe mit weißem und rotem Stein, die Wäsche war gezeichnet mit M. W.

Vorort-Nachrichten.

Weißensee.

Im Jahresbericht des Realgymnasiums erklärt der Direktor unter anderem folgende Mitteilungen an die Eltern ergehen: Um ein geistliches Zusammenwirken von Schule und Haus zu ermöglichen, ist es erforderlich, daß die Eltern sich mit ihren Wünschen und Anliegen vertrauensvoll an den Direktor oder an die Herren des Kollegiums wenden, die gern zu jeder Auskunft bereit sind. Anonyme Beschwerden werden nicht berücksichtigt. Der Direktor begrüßt es mit großer Freude, daß im abgelaufenen Schuljahr in unserer Presse in der Rubrik „Eingekandt“ Einrichtungen unserer Anstalt nicht mehr wie früher einer mehr oder weniger wohlwollenden Kritik unterzogen worden sind, und er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß unser internes Schulleben vor allem im Interesse der Schuldisziplin nicht mehr vor das Forum der Presse gezogen wird. Die Schule richtet ferner an die Eltern die Bitte, Urlaubsgelände für ihre Söhne nur in den allerdringendsten Fällen einzurufen oder vorzutragen. Lanpartien von Vereinen, Einkäufe in Berlin u. a. m. sind kein Grund, die Schüler, sei es auch nur eine Stunde, vom Unterricht fernzuhalten. Den Schülern wird empfohlen, Mitglieder des hiesigen, von Herrn Pfander geleiteten Jugendschwimmvereins zu werden. Beste Empfehlung zeigt von einer gewissen Parteilichkeit des Direktors, denn es besteht noch ein anderer Schwimmverein im Ort, der eine Jugendabteilung hat, und das sollte doch auch im Interesse der Schule unterbleiben, wenn die Kritik der Presse nicht einsehen soll.

Königs-Wusterhausen.

Achtung! Der Kriegerverein schießt scharf! Folgende amtliche eigenartige Bekanntmachung finden wir im „Teltower Kreisblatt“:

Bekanntmachung.

Der Kriegerverein in Pöhl hält am Sonntag, den 28. Mai 1911, von nachmittags 2 Uhr bis abends 8 Uhr, auf seinem Scheibensstand in Pöhl ein Scharfschießen ab. Schußrichtung ist Großförde. Vor dem Betreten des gefährdeten Geländes wird gewarnt. Königs-Wusterhausen, den 19. Mai 1911.

Der Amtsvorsteher. Herbst.

Diese amtliche Bekanntmachung nimmt sich recht sonderbar aus. Wenn bei militärischen Veranstaltungen solche amtliche Warnungen ergehen, so ist das noch zu verstehen. Daß aber ein Kriegerverein durch seine Schießerei das Publikum gefährden kann und daß der Amtsvorsteher, anstatt diese Gefährdung zu verhindern, amtlich öffentlich warnt, mutet recht eigenartig an.

Steglich-Friedenau.

Der Bildungsauschuß teilt mit: Morgen: Familien-Ausflug. Treffpunkt 8 Uhr früh. Steglich, Grunewald, Ecke Kaiser-Wilhelmstraße. 9-11 Uhr Frühstück und Spiele im Wald, gegenüber Jagdschloß Grunewald. Rucksäcke warten um 2 Uhr in Pöhlendorf, Alsenstr. 56, Schwarz, „Vögelgarten“, zum Kaffeeloch um 2 Uhr.

Nieder-Schönhausen.

In der letzten Gemeindevorversammlung wurde zunächst mitgeteilt, daß die gegenwärtige Einwohnerzahl 18 079 betrage. In dem Neubau der höheren Mädchenschule wurde, da man in der letzten Sitzung seinen Beschluß herbeigeführt hatte, nochmals Stellung genommen. Die Vertretung war der Ansicht, daß das Projekt nicht zur Beschlußfassung auf die Tagesordnung gestellt war, sondern nur zur Beratung. Der inzwischen vom Urlaub zurückgekehrte Bürgermeister wies darauf hin, daß auch diesmal ein solcher Hinweis fehle, da alle Gegenstände der Tagesordnung durch die Einladung der Beschlußfassung unterliegen. Hieraus wurde das Projekt in unveränderter Form mit allen gegen die Stimme des Herrn Herrn. Kaufmann angenommen. Zu einer langen und lebhaften Aussprache kam es bei Bewilligung der Kosten zur Einföhrung von orthopädischen Turnkursen und Anstellung eines Schularztes. Der Bürgermeister verlas hierzu ein Schreiben des Landrats, worin darauf hingewiesen wird, daß in vielen Gemeinden eine große Anzahl Schulkinder an Rückgratverkrümmungen leiden. In den Schulen, die den orthopädischen Turnunterricht eingeführt haben, seien sehr günstige Resultate erzielt worden. Die Schuldeputation, die sich mit der Frage beschäftigt hatte, ist der Auffassung, daß sie die Verantwortung über die 2000 Schulkinder nicht mehr übernehmen könne, sie schlägt deshalb der Vertretung vor, für die Anstellung eines Schularztes 600 M. für die Ausbildung eines Lehrers 60-80 M. und 20 bis 40 M. für die Anschaffung der Geräte zu bewilligen. In der Debatte traten unsere beiden Vertreter energisch für den Antrag der Schuldeputation ein und wiesen nach, daß schon jetzt ein Teil krankhaft veranlagter Kinder nach Berlin fahren müssen, um an dortigem Unterricht teilnehmen zu können. Ferner sei notwendig, daß besondere Hilfsklassen für schwach begabte Kinder eingerichtet werden. Herr Herrmann K u h m a n n wollte die Sache verzögern, indem Erhebungen in anderen Gemeinden erst angestellt werden sollen. Treffend fertigte ihn der Bürgermeister ab, indem er erklärte, daß die Anstellung des Schularztes absolut notwendig sei, er sehe deshalb nicht ein, warum bei anderen Gemeinden erst Erhebungen eingezogen werden sollen. Seine Abneigung gegen Neuerungen sozialpolitischer Natur brachte Dr. Pr a t i c h deutlich zum Ausdruck. Der Herr meinte, es sei geradezu entsetzlich, was man von der kleinen Gemeinde verlange, daß sie eine ethisch-soziale Liebetouche rung. Im Laufe der Diskussion ließ er sich wenigstens von der Notwendigkeit eines Schularztes überzeugen. Nach nahezu zweistündiger Debatte wurde dem Vorschlage der Schuldeputation zugestimmt. Damit ist einer Anregung stattgegeben worden, die seit langem von der hiesigen organisierten Arbeiterkraft ausging. Für die Herstellung eines Fußweges in der verlängerten Bismarckstraße zwischen Fingergärten und Vögelkiststraße wurden 400 M. bewilligt. Ferner wurde noch beschlossen, daß die Baukommission Arbeiten, für die im Etat bereits eine Dedung vorgezogen ist, bis zum Betrage von 5000 M. selbständig vergeben kann.

Neuenhagen (Ostbahn).

Zum ersten Male fand am Sonntag in G a u f e l d e eine öffentliche Versammlung statt. In dem neu erbauten Lokale des Herrn Schmidt hielt Genosse Hans Weber einen Vortrag über die Entrechtung des Volkes. Obwohl einige bürgerliche Herren anwesend waren, fand eine Diskussion nicht statt.

Aldershof.

Der Arbeiter-Bildungsaußchuß gibt bekannt, daß am Donnerstag (Himmelfahrt) eine Versammlung des Verbundvereines stattfinden wird. Die Genossinnen und Genossen, die daran teilnehmen, treffen sich nachmittags 2 Uhr im Jugendheim, Bismarckstr. 11.

Spandau.

Arbeiter-Samariterkolonne Spandau. Die für Donnerstag angelegte Übung fällt aus, die Mitglieder werden ersucht, sich an der Beerdigung des Genossen Seeland zu beteiligen.

Jugendveranstaltungen.

Schöneberg. Am Himmelfahrtstage: Spielstätte nach Nischelwerder zum alten Freund. Treffpunkt: Mittags 1 Uhr Bahnhof Odenstraße.

Gerichts-Zeitung.

Bohlot und Schadenersatzklage.

Der Inhaber eines Konfektionsgeschäftes Böhm hatte Schadenersatzsprüche in Höhe von 80 000 M. gegen den Schneiderverband und dessen Vorsitzenden, dem Genossen Runge, sowie gegen den „Vorwärts“ geltend gemacht, weil im Jahre 1907 gegen ihn der Bohlot verhängt wurde. Die Bohlotverhängung geschah deshalb, weil Böhm sich geweigert hatte, in seinem Geschäft in der Halitzer Straße Betriebsverhältnisse einzurichten und die Heimarbeiter zu beschäftigen. Böhm hatte seinerzeit gegen den „Vorwärts“ und den Schneiderverband eine einseitige Verfügung erwidert auf Verbot der Weiterverbreitung des Bohlots auf ausdrücklichen Flugblättern und Weiterankündigung des Bohlots im „Vorwärts“. Die einseitige Verfügung wurde vom Kammergericht bestätigt, indem angenommen wurde, daß das Ziel des Bohlots, die Abschaffung der Heimarbeiter, ebenso wie die angewendeten Mittel, nämlich der Inhalt der Inserate im „Vorwärts“ und der Inhalt des Flugblatts, wider die guten Sitten verstoßen. In der Hauptsache hatte das Landgericht den Schneiderverband zur Leistung des Schadenersatzes verurteilt, indem es sich den vorstehend genannten Gründen des Kammergerichtsurteils in der einschlägigen Verfügungssache anschloß. Gegen den „Vorwärts“ wurde das Verfahren ausgesetzt, bis die Sache gegen den Verband der Schneider und Runge rechtskräftig entschieden sei. Der Schneiderverband legte gegen das Urteil des Landgerichts Berufung ein. Vor dem Kammergericht schwebte der Hauptprozeß seit mehr als drei Jahren, insbesondere wurden eine große Zahl von Zeugen darüber vernommen, wie die Flugblattverbreitung statgefunden habe, ob, wie der Schneiderverband behauptete, nur in den Häusern, oder, wie Böhm behauptete, vor seinem Geschäftslokal und auf der Straße in besonders ärmlicher Weise. Die Genossen Ernst und Weiss wurden als Zeugen darüber gehört, wie überhaupt die Partei Bohlotflugblätter verteilt. Die Beweisaufnahme bestätigte durchaus die Behauptungen des Schneiderverbandes. Inzwischen ist auch das Urteil des Reichsgerichts in der Sache wegen des Bohlots des Fürstentums in Pöhlendorf ergangen. Dieses Urteil demängelt scharf die Gründe des Kammergerichts und hob das zugunsten des Inhabers des Fürstentums ergangene Urteil des Kammergerichts zum Teil auf. Am 22. d. M. wurde nun vom Kammergericht in der Sache Böhm gegen den vom Rechtsanwalt Dr. Heinemann vertretenen Schneiderver-

band das Urteil des Landgerichts aufgehoben und die Klage Böhm in vollem Umfang als unbegründet abgewiesen.

Der Knabenmord in Grunewald.

Der vor fast Jahresfrist berechtigtes Aufsehen erregte, wird nun in der Sitzung des Schwurgerichts am Landgericht III zur Verhandlung kommen. In der Nähe des Bahnhofs Grunewald im Jagden 58 hörten Passanten am 18. August v. J. die Hisselrufe eines Knaben aus einer Wohnung heraus, und als sie dort eindringen, fanden sie einen etwa fünfjährigen Knaben, dessen Mund durch eine ägende Flüssigkeit verbrannt war. Eine neben dem Knaben liegende Zylinderschale deutete darauf hin, daß dem Knaben Gift eingegeben worden war, und auf diesbezügliche Fragen erklärte der Knabe mit schwacher Stimme: er habe trinken müssen. Auf dem Transport nach dem Sanatorium Grunewald in der Jagdenstraße verstarb schon das Kind, ohne daß es noch weitere Angaben über die mysteriöse Tat hätte geben können. Am nächsten Tage meldete sich der Vater des in so entsetzlicher Weise getöteten Knaben, der Klavierarbeiter Hermann Schmalke aus Weißensee und gab an, daß er selbst sein Kind durch Zisol getötet habe. Nach seiner Befragung hätten ihn ein quälendes Magenleiden und andere auf sein Gemüt einwirkende Verhältnisse zu dem Entschluß gebracht, seinen Sohn und sich zu töten. Er habe geglaubt, ein gutes Werk zu tun, wenn er seinen Sohn nicht hilflos in dieser Welt zurücklasse, sondern ins Jenseits mitnähme. Am 18. August ist er dann mit dem Kinde nach dem Grunewald gefahren und dort längere Zeit umhergeirrt. Als dann der Knabe müde und durstig wurde, hat er ihm die mitgenommene Zylinderschale an den Mund gedrückt. Der arme Junge trank gierig einige Schlucke daraus, und als sich sofort die fürchterliche Wirkung zeigte, fing er laut zu schreien an. Schmalke behauptet, daß er die Absicht gehabt habe, nun selbst aus der Zylinderschale zu trinken, daran aber verhindert worden sei, da das Schreien des Kindes vorübergehende Personen herangelockt hatte, so daß er sich schleunigst entfernen mußte. Es war der Verdacht naheliegend, daß Schmalke die fürchterliche Tat in einem Zustande geistiger Innachtung vollführt haben könnte. Er ist deshalb längere Zeit durch den Medizinalrat Dr. Störmer auf seinen Geisteszustand untersucht worden. Dem Vernehmen nach ist das Ergebnis dieser sehr eingehenden Untersuchung dahin festgestellt worden, daß Schmalke zwar ein minderwertiger Mensch ist, der § 51 des Strafgesetzbuches aber keine Anwendung finden kann. Schmalke wird sich daher wegen Mordes zu verantworten haben. Als Verteidiger steht ihm Rechtsanwalt Daniel zur Seite. Die Verhandlung wird Landgerichtsrat Hesse als Vorsitzender leiten.

Das Reichsgericht verwarf die Revision des Wirtschaftslebens Ulrich von den Velsen, der am 18. März vom Schwurgericht zu Danzig wegen Ermordung und Beraubung des Rechnungsführers Ehler zum Tode verurteilt worden war. Das Reichsgericht verwarf ferner die Revision des Schlossers Paul Bod, der am 11. Januar vom Landgericht I in Berlin in dem Raubiter Krawallprozeß wegen gefährlicher Körperverletzung und Mißhandlung von Schülern zu drei Jahren und sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden war.

Sozialdemokratischer Verein und Diktatorklub „Heinrich Heine“. Heute Mittwoch: Sitzung bei Grünberg, Koblenbergstr. 8: Vortrag. Gäste willkommen.

Arbeiter-Vanderverein „Berlin“. Wanderschaft am Donnerstag, den 25. Mai: Busch-Chorinier-Eisenquelle-Ordnung. Abfahrt: 6.40 Uhr Etablissement Vorortbahnhof. Gäste willkommen. — Teilnehmer an dem Vögelwunderfahrten nach der Ruppiner Schweiz und Insel Rügen treffen sich am Freitag, den 26. Mai, abends 8 Uhr, bei Köplich, Halitzer Str. 22.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, von vier bis sechs Uhr abends, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabend von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Envelope und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Anträge wird nicht erwidert. Einige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

H. H. 76 u. G. M. 83. Krankenkasse für Frauen und Mädchen. Wilhelm Hing, Vögelstr. 66. — M. R. 12. Darüber sind die Meinungen verschieden. Wir möchten uns darüber kein Urteil erlauben. — P. U. 33. Sektion des Transportarbeiter-Verbandes, Engelstr. 15. — W. M. 21. Rein. — J. W. 111. 1. Vermählt 30. Mai 09, registriert seit 17. Mai 09, vorher führte seine Mutter die Regenschaft. Sein Vater ist eines natürlichen Todes gestorben. 2. Der König von Portugal mit seinem ältesten Sohn. Manuel, der zweite Sohn, kam dann auf den Thron, bis er vorzeitig abtrat und wurde Kaiser des Reiches von Spanien nicht. 3. Petroleum oder auch Brennstoffpulver. — G. F. 1544. Buchhandlung Bornstr. 62, zu erfahren. — S. P. 100. An die Hamburg-Amerika-Verkehrsgesellschaft in Hamburg oder auch an deren Filiale in Berlin, Unter den Linden. — M. R. 100. Rein, uns nicht bekannt. — G. 99. Diese Versicherung ist uns nicht bekannt. — Vorsicht und vorberge genaue Einsichtnahme in die Statuten ist immer angebracht; wenn zweifelhaft erscheint, dann lieber darauf verzichten. Einzelne Hülle im Briefkasten nachzuweisen ist nicht angebracht. — G. W. 412. Wenden Sie sich an die Buchhandlung Bornstr. 62. — H. J. 11. Mit derartigen Fragen müssen Sie sich an den Ratmann wenden. — G. R. 30. Eine solche Unterrichtsanstalt ist der Charité angegliedert. — G. 37. Debel am 12. Februar 1867. Niederricht am 31. August 1867. Dufencleer 25. Januar 1869. 2. ist am 29. März 1826 geboren. — S. 18. Ja.

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Veckh, Busch und anderen Heilstätten. Diesenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben, wollen uns wegen der Ueberweisung von Freirezepturen sofort ihre Adresse einleiden, da bei verspäteter Befolgung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingekandt werden.

Witterungsberichte vom 23. Mai 1911.

Stationen	Barometer-Höhe am 23. Mai	Windrichtung	Windstärke	Temperatur am 23. Mai	Stationen	Barometer-Höhe am 23. Mai	Windrichtung	Windstärke	Temperatur am 23. Mai
Amstelveen	759.6	SW	1 mäßig	11	Amstelveen	762.6	SW	4 mäßig	8
Hamburg	760.0	SW	3 mäßig	11	Petersburg	757.0	ONO	1 Regen	7
Berlin	759.0	SW	3 mäßig	12	Stettin	765.0	SW	2 hell	12
Königsberg	761.0	SW	2 mäßig	12	Magdeburg	758.0	SW	4 heiter	13
Wien	761.0	SW	3 mäßig	11	Danzig	764.0	SW	1 mäßig	10

Wetterprognose für Mittwoch, den 24. Mai 1911.

Wirklich mäßig mit leichten Regenfällen, ziemlich lebhaften westlichen Winden, etwas wärmerer Nacht und wenig veränderter Tagestemperatur. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 22. 5.	am 21. 5.	Wasserstand	am 22. 5.	am 21. 5.
Remel, Tüft	187.0	187.0	Saale, Großh.	114	-4
Bregel, Unterburg	-29	-1	Havel, Spandau	56	+3
Reichel, Thorn	74	+4	Havel, Potsdam	100	-5
Ober, Rathor	65	+4	Spree, Spremberg	90	0
Kroffen	125	0	Deestam	69	0
Frankfurt	143	-4	Biser, Wenden	-75	-6
Walden, Schirmitz	28	+12	Wenden	10	-1
Landberg	20	-4	Rhein, Ruppertsberg	519	-31
Bordum	13	-8	Rhein, Ruppertsberg	288	+41
Reimnitz	130	+8	Rhein, Ruppertsberg	201	+29
Dresden	3	-5	Redar, Heilbronn	99	-4
Bach	302	+20	Walden, Ruppertsberg	155	-12
Magdeburg	158	+20	Walden, Ruppertsberg	68	-3

+) + bedeutet Hoch, —) —) Unterwasser. Die Ober erreichte bei Rathor ihren höchsten Stand mit 702 cm am 21. um 5 Uhr nachmittags und ist von 7 Uhr abends bis heute morgen auf 583 cm gefallen. Auch das Fall der Glaser Reife dauert fort. Der Scheitel des Ober-Bochwassers hat heute nacht 602 cm erreicht. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.